



universität
wien

MASTERARBEIT / MASTER'S THESIS

Titel der Masterarbeit / Title of the Master's Thesis

„Bäume in Köpfe pflanzen“: Die Implementierung von
Partizipation am Beispiel nachhaltiger
Stadtentwicklungsprojekte in Wien

Eine Analyse im Rahmen des Participatory-Governance Ansatzes

verfasst von / submitted by

Yvonne Gaspar

angestrebter akademischer Grad / in partial fulfilment of the requirements for the degree of
Master of Arts (MA)

Wien, 2021 / Vienna 2021

Studienkennzahl lt. Studienblatt /
degree programme code as it appears on
the student record sheet:

UA 066 855

Studienrichtung lt. Studienblatt /
degree programme as it appears on
the student record sheet:

Master Geographie/
Master Geography

Betreut von / Supervisor:

Univ.- Prof. Mag. Dr. Martin Heintel



Abbildung 1: Französisches Studierendenposter aus (Arnstein, 2019)

Dieses Poster zeigt eins von etwa 350 im May/Juni 1986 entworfenen Kunstwerken des Atelier Populaire, ein Graphikzentrum gegründet von Studierenden des Sorbonne Ecole des Beaux Art und Ecole des Art Decoratifs. Übersetzt bedeutet es „ich partizipiere, du partizipierst... sie profitieren“.

Eidesstattliche Erklärung

Hiermit versichere ich, **Yvonne Gaspar, geb. 31.01.1993,**

- dass ich die vorliegende Masterarbeit selbstständig verfasst, andere als die angegebenen Quellen und Hilfsmittel nicht benutzt und mich auch sonst keiner unerlaubter Hilfe bedient habe,
- dass ich dieses Masterarbeitsthema bisher weder im In- noch im Ausland in irgendeiner Form als Prüfungsarbeit vorgelegt habe
- und dass diese Arbeit mit der vom Begutachter beurteilten Arbeit vollständig übereinstimmt.

Wien, am 13.08.2021

A. Danksagung

Eine Masterarbeit zu fertigen ist bereits eine Herausforderung an sich, vor allem wenn man bereits im Berufsleben steht. Sich täglich hinzusetzen und im Fluss zu bleiben, Theorien und Ideen zu überarbeiten, wegzuerwerfen und motiviert nach vorne zu blicken, wo noch kein Ende in Sicht ist. Ist das Thema interessant/relevant? Finde ich geeignete Betreuung? Wo ist mein roter Faden? All diese Fragen beschäftigen einen bereits während des Exposees.

Sie während einer globalen Krise zu schreiben, die die Universitäten schloss und damit einfacher Kommunikation im Wege stand, erschwerte einiges. Eine kleine Frage an zuständige Behörden, ein kurzer Gang in die Bibliothek, der Austausch mit Kommilitonen, bleibt seit über einem Jahr aus. De facto gab es keine Kommilitonen zum Zeitpunkt des Schreibbeginns, da ich die Hälfte meines Studiums zu Hause verbrachte. Corona forderte viele Opfer, aber ich möchte hier kein Politikum daraus machen.

Sie während einer Schwangerschaft zu schreiben, sprengt alle bis dato genannte Hürden. Diese Situation verlangte eine gänzlich andere Herangehensweise. Hinsetzen wurde zu einer körperlichen Herausforderung, ganz zu schweigen von unzähligen Stimmungsschwankungen und Mittagsschläfchen. Schwangerschaftsdemenz ist ein reales Problem, immer wieder fielen Dinge vom Schreibtisch und aus meinem Kopf, obwohl sie doch gerade noch da waren...

Ich möchte mich deshalb bei Professor Martin Heintel bedanken. Für seine kurzfristige Zusage zur Betreuung dieser Arbeit, als ich schon dachte, ich müsse wohl mit Baby noch meinen Master fertig stellen. Für die reibungslose und äußerst zügige Kommunikation, selbst, während er physisch nicht anwesend sein konnte. Für die Freiheiten im Schreibprozess und ein offenes Ohr zu Fragen, die die Masterarbeit überstiegen. Und für dieses ganz private Projekt in meinem Bauch, welches er klar priorisierte und mir so Ruhe spendete, dass „alles klappen würde“ und für jedes Problem eine Lösung parat ist. All diese Punkte zeichnen für mich eine ausgezeichnete Betreuung aus, weshalb ich mich überaus glücklich schätzen darf, dass ich jene wahrnehmen durfte.

Auch an die drei Interviewpartner*innen ein herzliches Dankeschön für Ihre Zeit, Mühen und rücksichtsvollen Umgang mit meiner Situation. Ohne Sie wäre diese Arbeit reine Spekulation.

Ein letzter Dank geht an meinen Lebensgefährten und baldigen Papa, ohne dessen Hilfe ich gänzlich aufgeschmissen gewesen wäre.

B. Zusammenfassung

Der Forschungsbereich der Bürger*innenbeteiligung sowie der Partizipation hat sich in den letzten 50 Jahren weiterentwickelt. Ging es Anfang der 70er Jahre noch um die Einordnung in demokratiethoretischen Ansätzen linearer top-down gerichteter Regierungsstrukturen, spricht man heute von netzwerkartiger Kooperation verschiedener Akteur*innen in politischen Arenen. Dieser Paradigmenwechsel von Government zur Governance öffnete ein Feld neuer partizipatorischer Möglichkeiten für Bürger*innen, Institutionen und anderen Beteiligten, brachte jedoch gleichzeitig einen Diskurs mit sich, inwiefern aktive, bottom-up initiierte Partizipation im realen politischen Alltagsgeschehen möglich ist.

Diese Arbeit untersuchte deshalb auf stadtpolitischer Ebene, inwiefern moderne Stadtentwicklungskonzepte auf Basis aktueller Forschungsansätze dem Anspruch einer von Bürger*innenseite eingebrachte Partizipation genügen können. Anhand zweier Beispiele aus der österreichischen Hauptstadt Wien, die beide in ihrer nachhaltigen Stadtentwicklungsagenden eingebettet sind, konnte herausgefunden werden, dass Bürger*innenbeteiligung einen enormen Stellenwert genießt und auf allen Ebenen berücksichtigt wird. Die Stadt Wien ist sich ihrer Vorbildfunktion einer modernen nachhaltigen Stadt bewusst und gliedert partizipatorische Ansätze in Form ihrer Entwicklungskonzepte selbstverständlich ein. Selbstgesteuerte bottom-up gerichtete Partizipation erfährt immer mehr Zuwachs, stellt aber eine Ausnahme dar. Hinderlich ist hier auch der große Interpretationsspielraum des Begriffes der „Partizipation“ und seine intransparente und wenig einheitliche Verwendung. Um eine stringente Partizipationsarbeit in diesem sich kontinuierlich weiterentwickelnden Bereich der Stadtforschung gewährleisten zu können, braucht es einheitliche Begrifflichkeiten und Methodenpläne. In der Umsetzung ihrer Vorhaben steht der träge und vielschichtige Verwaltungsapparat der Hauptstadt und nicht zugordnete Zuständigkeiten in der Verantwortung einigen hoch-engagierten städtischen Einrichtungen im Wege. Die allgemeine politische Leitlinie ist noch vorrangig im „Government“ angesiedelt, auch wenn immer offenere Strukturen die Richtung angeben. In den nächsten Jahren wird sich mit den neu gestarteten Stadtentwicklungsprojekten zeigen, ob Wien ihr Vorhaben umsetzen kann, die Stimmen aus der Bevölkerung so einzufangen, dass sie auch Wirkung zeigen und ihre diversen und multikulturellen Bürger*innen am Stadtgeschehen aktiv teilhaben lassen können.

C. Abstract

The field of research on citizen participation has evolved over the last 50 years. Whereas in the early 1970s it was still a matter of classification in democratic theoretical approaches of linear top-down government structures, today one speaks of network-like cooperation of different actors in political arenas. This paradigm shift from government to governance opened up a field of new participatory possibilities for citizens, institutions and other stakeholders, but at the same time brought about a discourse on the extent to which active, bottom-up initiated participation is possible in real everyday political events.

This paper therefore investigated on the level of urban policy to what extent modern urban development concepts based on current research approaches can meet the demand of citizen-initiated participation. Based on two examples from the Austrian capital Vienna, both embedded in its sustainable urban development agendas, it could be found out that citizen participation enjoys an enormous importance and is considered on all levels. The city of Vienna is aware of its exemplary function of a modern sustainable city and naturally incorporates participatory approaches in the form of its development concepts. Self-directed bottom-up participation is experiencing more and more growth but is an exception. Another obstacle is the wide scope of interpretation of the term "participation" and its non-transparent and inconsistent use. In order to be able to guarantee stringent participation work, uniform terminology and method plans are needed in this continuously developing area of urban research. In the implementation of their projects, the capital's sluggish and multi-layered administrative apparatus and unassigned responsibilities stand in the way of some highly committed urban institutions. The general policy guideline is still primarily "government", even though increasingly open structures are leading the way. In the coming years, the newly launched urban development projects will show whether Vienna can implement its plan to capture the voices of the population in such a way that they can have an impact and allow its diverse and multicultural citizens to actively participate in the city's life.

D. Inhaltsverzeichnis

A.	Danksagung	3
B.	Zusammenfassung	4
C.	Abstract.....	5
D.	Inhaltsverzeichnis	6
E.	Abbildungsverzeichnis.....	8
F.	Tabellenverzeichnis	9
1.	Hinführung zum Thema	10
1.1	Forschungsfrage und Ziele	10
1.2	Aufbau der Arbeit	12
2.	Theoretische Grundlagen: „The Right to the City” – Recht auf Demokratie	14
2.1	Partizipative Demokratietheorie	15
2.2	Vom Government zur (Good-)Governance.....	16
2.3	Partizipative Governance.....	18
2.3.1	Definition.....	18
2.3.2	Toolkit von Civicus	19
2.4	Partizipation.....	20
2.4.1	Definition.....	21
2.4.2	Partizipationsformen	23
2.4.3	Modelle	24
2.5.	Agenda 2030: Nachhaltige Stadtentwicklung.....	28
2.5.1	Definition.....	29
2.5.2	Kriterien einer nachhaltigen Stadtentwicklung	29
2.5.3.	Sechs Handlungsfelder einer nachhaltigen Stadtentwicklung nach Kliesow (2015)	31
2.5.4	Nachhaltige Stadtentwicklung in Wien	32
2.6	Partizipative nachhaltige Stadtentwicklung.....	34
2.6.1	Definition.....	35
2.6.2	Beteiligungsmethoden.....	36
2.6.3	Von Beteiligung zur Partizipation	40
2.7	Zusammenfassung und Einleitung in die Forschung.....	44
3.	Methodik.....	46
3.1	Qualitative Inhaltsanalyse nach Gläser und Laudel	46
3.2	Bestimmung der Indikatoren	48
3.2.1	Nachhaltigkeit.....	48
3.2.2	Partizipation	49
4.	Forschung: Partizipative nachhaltige Stadtentwicklungsprojekte in Wien	51
4.1	Vorstellung der Projekte und Interviewpartner*innen.....	51
4.1.1	„Smarter Together = Gemeinsam g`scheiter“ – Wien Simmering	51
4.1.2	„WieNeu+“ – Wien Favoriten.....	53
4.2	Qualitative Inhaltsanalyse.....	55
4.2.1	Analyse der Nachhaltigkeitsindikatoren	55

4.2.2 Analyse der Partizipationsindikatoren	61
4.3 Auswertung und Einordnung der Ergebnisse	72
5. Allgemeine Handlungsempfehlungen	76
6. Conclusio: „mehr Partizipation wagen“	79
G. Literatur	80
H. Annex	85

E. Abbildungsverzeichnis

<i>Abbildung 1: Französisches Studierendenposter aus (Arnstein, 2019)</i>	<i>1</i>
<i>Abbildung 2: Government vs. Governance, eigene Darstellung nach (Haus, 2010).....</i>	<i>17</i>
<i>Abbildung 3: Unterscheidung Beteiligung/Partizipation, eigene Darstellung nach (Balbach, 2018).....</i>	<i>21</i>
<i>Abbildung 4: Vier-Felder-Tafel der Partizipation mit Beispielen aus der Stadtentwicklung, eigene Darstellung nach (Buse & Nelles, 1975).....</i>	<i>24</i>
<i>Abbildung 5: Ladder of Participation, eigene Darstellung nach (Arnstein 2019)</i>	<i>25</i>
<i>Abbildung 6: Determinanten vier- stufiger politischer Partizipation, eigene Darstellung nach (Lüttringhaus, 2019).....</i>	<i>27</i>
<i>Abbildung 7: "Mehr Partizipation wagen": Der Prozess von Bürger*innenbeteiligung zu mehr Partizipation durch den Participatory Governance Ansatz in Abhängigkeit der Beteiligungstiefe, eigene Darstellung (2021).....</i>	<i>40</i>
<i>Abbildung 8: Schema der qualitativen Inhaltsanalyse, eigene Darstellung nach (Gläser & Laudel, 2009)</i>	<i>47</i>
<i>Abbildung 9: Smarter Together Projektgebiet in Simmering, bearbeitet nach (Stepahn Hartmann et al., 2021: 25).....</i>	<i>52</i>
<i>Abbildung 10: Projektgebiet des WieNeu+ in (Hartmann, 2020: 8).....</i>	<i>54</i>

F. Tabellenverzeichnis

<i>Tabelle 1: 9-Phasen-Toolkit zur partizipativen Governance, eigene Darstellung nach (Civicus, 2020)</i>	<i>19</i>
<i>Tabelle 2: Schlüsselemente einer nachhaltigen Stadtentwicklung, eigene Darstellung nach (Piskorz, 2009)</i>	<i>30</i>
<i>Tabelle 3: Die sechs Handlungsfelder einer nachhaltigen Stadtentwicklung nach Kliesow (2015)</i>	<i>31</i>

1. Hinführung zum Thema

Erst kürzlich veröffentlichte der *Standard* einen Artikel, in dem die Notwendigkeit von partizipativen Stadtentwicklungsprojekten deutlich wird. In Form eines Ideenwettbewerbs sollen Bürger*innen motiviert werden, sich Gedanken zum Thema „Stadt Begrünung“ zu machen (Winkler-Hermaden, 2021). Die Bürger*innen zu Expert*innen zu machen, wie es der *Standard* schreibt, ist eine der vielen Möglichkeiten, die Bevölkerung für ihre Stadt zu mobilisieren und ihnen somit Teilhabe an den Entscheidungen und der Ausführung der Stadtpolitik zu ermöglichen. Dies ist auch Teil des Vorhabens der Agenda 2030, die in ihrem Artikel 11 erklärt, Bürger*innen an politischen und wirtschaftlichen Entscheidungen in der Stadt teilhaben zu lassen (UN, 2017). Städte sind heute mehr denn je Katalysatoren nachhaltiger Entwicklung, gleichzeitig jedoch treibende Kraft hinter starkem Ressourcenverbrauch und hohen Treibhausgasemissionen (Haas et al., 2017), (Würzner, 2014). Ein Schulterschluss zwischen Bevölkerung und Stadtregierung in Form von Partizipation, um diesen Herausforderungen gerecht zu werden, liegt also nahe. Dabei ist Partizipation kein neuer Ansatz, er ist so alt wie die Demokratie selbst, schließlich ist der Grundgedanke der Demokratie das Volk in die Mitbestimmung der Entscheidungsfindung miteinzubeziehen (Pateman, 1970). Diese Annahmen belegen auch Arbeiten von Carole Pateman (1970), die durch ihre Thesen zur Demokratietheorie den Begriff der „Partizipation“ in den Vordergrund der Öffentlichkeit rückte. Pateman kritisiert jedoch die sogenannte partizipative Demokratie, die als Grundlage heutiger Governanceansätze gesehen werden kann, dahingehend, dass sich die Bürger*innenbeteiligung lediglich auf das Mitbestimmen der politischen Repräsentant*innen beschränkt. Partizipation geht jedoch laut Pateman und anderen wissenschaftlichen Meinungen weit über reine Bürger*innenbeteiligung hinaus, so wird heute auch vom Ansatz des „participatory governance“ gesprochen, welcher die aktive Mitbestimmung der Bürger*innen noch mehr in den Vordergrund rücken soll (Somerville, 2011).

Es besteht also Bedarf, neuere partizipative Governance-Ansätze in die Forschung miteinzubeziehen und zu untersuchen, wie Partizipation in diesem Ansatz den Zielen einer nachhaltigen Stadtentwicklung gerecht werden kann.

1.1 Forschungsfrage und Ziele

Zum „participatory governance“ - Ansatz gibt es seit einigen Jahren Studien, die unterschiedliche Zusammenhänge des Forschungsbereichs untersuchen: Eine Studie aus

Ungarn zeigt auf, dass sich partizipative Governance in Sozialunternehmen positiv auf das Mitarbeiter*innenklima auswirkt (Takács, 2021), eine andere Studie aus Stockholm befasst sich mit den Motiven der Bürger*innen, weshalb sie an partizipativen Stadtentwicklungsprojekten teilnehmen (Gustafson & Hertting, 2017) und eine Dritte aus Deutschland analysiert Gefahr und Hoffnung der partizipativen Governance für die Demokratie anhand des Entwicklungsprojekts Lokalagenda 21 (Geissel, 2009).

Für den Bereich Stadtentwicklung, vor allem in Bezug auf Österreich, lassen sich zu diesem Ansatz bisher nur wenig aktuelle Studien ausfindig machen. Eine Studie von (Schraml & Kleinszig, 2014) untersuchte anhand zweier Projektbeispiele in der Stadt Wien den Kosten-Nutzen-Faktor von Bürger*innenbeteiligung im Kontext des Smart City Governance und stellt ein Partizipationstool vor, mit dem Beteiligung noch besser gelingen soll. Die Studie kann als erster Anhaltspunkt für die vorliegende Forschung gesehen werden, es besteht jedoch aufgrund des zeitlichen Abstandes Bedarf, diese Forschung weiter auszubauen und Projekte zu beleuchten, die zu den aktuellen Stadtentwicklungskonzepten passen. Wien, die sich selbst als „lebenswerteste Stadt der Welt“ deklariert (Schraml & Kleinszig, 2014), wirbt mit ihren Stadtentwicklungskonzepten „STEP 2025“ und der „Smart City Wien Rahmenstrategie“ für einen stärkeren Fokus auf die Beteiligung der Bevölkerung als zentrales Element einer guten Stadtentwicklung (Magistrat der Stadt Wien, 2019). Darüber hinaus bietet der „Masterplan Partizipative Stadtentwicklung“ einen ausführlichen Leitfaden, wie die Stadt ihre Vorhaben umsetzt (Brosenbauer et al., 2017) sowie der Monitoringbericht der Smart City Wien von 2017 Aufschluss über weitere Erkenntnisse in diesem Bereich liefern kann (Homeier et al., 2017). Gleichzeitig wurde mit der Verabschiedung der Agenda 2030 im Herbst 2015 die globale Stadtentwicklungspolitik grundlegend reformiert (Martens & Ellmers, 2020), weshalb auch für Wien ein neuer Forschungsbedarf vorliegt.

Diese Masterarbeit soll deshalb Aufschluss auf folgende Frage geben: *Wie gelingt es der Stadt Wien im Kontext des participatory governance- Ansatzes „Partizipation“ in ihre nachhaltige Stadtentwicklungsagenda zu implementieren?*

Dies impliziert die Frage, ob Kriterien der Partizipation eingehalten werden oder ob es hier lediglich um Bürger*innenbeteiligung geht? Werden die Kriterien der Nachhaltigkeit eingehalten oder steht Green-Washing im Vordergrund?

Ziel der Arbeit ist es, Problembereiche der Stadtentwicklung aufzudecken und Handlungsempfehlungen für nachfolgende Stadtentwicklungsprojekte auszusprechen.

1.2 Aufbau der Arbeit

Henri Lefebvres Gedanken in „Right to the city“ sollen in den theoretischen Teil der Arbeit einleiten, da die Bürger*innen ein fundamentaler Teil der Stadt sind und ihnen somit ein gewisses Recht der Beteiligung und Mitbestimmung zusteht (Lefebvre, 1996). Im Anschluss werden einige Begriffe definiert. Angefangen bei der partizipativen Demokratietheorie ausgehend von Pateman (1970), über den Shift von Government zu Governance (Haus, 2010) und der steigenden Miteinbeziehung der Bürger*innen bis hin zum partizipativen Governance und dem darauf aufbauenden Partizipationsbegriff (Walz et al., 2012). Um Partizipation überprüfbar zu machen, was den Kern dieser Arbeit darstellen soll, wurden Modelle entwickelt, die hier kurz vorgestellt werden. Anschließend wird nachhaltige Stadtentwicklung im Rahmen der Agenda 2030 definiert, um auch hier für die folgende Analyse Parameter ausfindig zu machen, anhand derer Nachhaltigkeit im späteren Verlauf geprüft werden kann. Stadtentwicklungskonzepte sollen dafür hier beleuchtet werden. Zusammenfassend wird partizipative nachhaltige Stadtentwicklung definiert, die das Fundament dieser Arbeit darstellt. Unterschiedliche Beteiligungsmethoden, den Wandel von Bürger*innenbeteiligung zur Partizipation, sowie mehrere Handlungsempfehlungen werden vorgestellt, um auch hier Schlüsselemente für die folgende Analyse zu bestimmen.

Methodisch teilt sich die Arbeit in zwei Teile: Zum einen sollen Stadtentwicklungsprojekte, die für die Recherche herangezogen werden, qualitativ auf ihren Inhalt untersucht werden, indem Monitorings, Projektberichte, Zeitungsartikel und aussagekräftige Onlineauftritte untersucht werden. Die qualitative Inhaltsanalyse eignet sich hier vor allem auf Grund der zu erwartenden großen Textmenge unterschiedlicher Texttypen, die später ein einheitliches Bild abgeben sollen (Gläser & Laudel, 2009). Zum anderen werden drei Expert*innen für noch detailliertere Informationen, gerade im Hinblick auf Hintergrundwissen, ergänzend herangezogen.

Die Auswertungsmethode nach Gläser und Laudel wurde gewählt, da sie sich besonders für große und unterschiedliche Textmengen eignet und somit sowohl die Projektberichte als auch die Expert*inneninterviews gut untersuchen kann (Gläser & Laudel, 2009). Die Anwendung von nur einer Methode auf beide Herangehensweisen soll zu einer einheitlichen und übersichtlichen Analyse durch die beiden Parameter führen, die später gut nachvollziehbar dargestellt werden können.

Für die Forschung werden im ersten Schritt die zu untersuchenden Projekte vorgestellt, die sich mit partizipativer Stadtentwicklung beschäftigen.

„Smarter Together“ ist ein erst kürzlich abgeschlossenes Projekt, welches einigen Evaluierungen unterzogen wurde und mit seinem 200-seitigen Abschlussbericht einen umfassenden Aufschluss über nachhaltige Stadtentwicklungskonzepte für diese Arbeit geben kann. Bei dem Projekt handelt es sich um eine Stadterneuerungsinitiative, die von der EU gefördert wurde und in drei Städten (Wien, Lyon und München) umgesetzt wird (Hartmann, 2021b). Ziel ist es, mit den Menschen vor Ort ein innovatives, lebenswertes und umweltfreundliches Simmering (11. Bezirk) und Wien der Zukunft zu gestalten (Morishita-Steffen et al., 2021). Dieses Projekt wird durch die Expertenmeinungen von Bojan Schnabl ergänzt.

Ein weiteres Projekt ist WieNeu+, was als Fortsetzung des Smarter Together behandelt wird und gerade im 10. Wiener Gemeindebezirk Favoriten angelaufen ist (Hartmann, 2021a). In diesem Projekt soll es vor allen Dingen darum gehen, soziale und ökologische Innovationen für besseres Wohnen, Arbeiten, Lernen und Fortbewegen vor Ort weiter zu etablieren. Der Plan sieht außerdem für alle angesprochenen Stadtteile bis 2030 eine Schonung des Ressourcenverbrauch vor und die Verfolgung des Ziels einer noch höheren Lebensqualität künftiger Generationen (Hartmann, 2020).

Linda Schneider wird hier als Interviewpartnerin herangezogen sowie Clara Römhild von der Gebietsbetreuung Stadterneuerung.

Für die Beantwortung der Forschungsfrage, finden nun die vorher festgelegten Kriterien im Bereich „Partizipation“ und „nachhaltige Stadtentwicklung“ Anwendung. Mit diesen Kategorien kann dann nach Gläser und Laudel die Auswertung der Texte und der Interviews erfolgen. Sowohl positive als auch negative Entwicklungen und Ergebnisse sollen ersichtlich werden, um deutlich zu machen, wie Partizipation und Nachhaltigkeit in der Wiener Stadtentwicklung implementiert wurden. Auch eine kritische Auseinandersetzung mit den Mängeln und Defiziten der Projekte, wo Verbesserungsbedarf besteht und welche etwaigen Änderungen bereits angedacht sind, sollen angesprochen werden. Abschließend soll eine Bewertung der Wiener Stadtentwicklung erfolgen, ob es gelingt Partizipation an Stelle von Bürger*innenbeteiligung umzusetzen und wo noch Handlungsbedarf besteht. Ein Ausblick über ihre Möglichkeiten in der Zukunft soll die Arbeit abrunden.

2. Theoretische Grundlagen: „The Right to the City“ – Recht auf Demokratie

“If man is dead, for whom will we build? How will we build? It does not matter that the city has or has not disappeared, that it must be thought anew, reconstructed on new foundations or overcome. It does not matter whether terror reigns, that the atomic bomb is dropped or that Planet Earth explodes. What is important? Who thinks? Who acts? Who still speaks and for whom?” (Lefebvre, 1996: 111)

Diese Fragen, die sich der französische Soziologe Henri Lefebvre in seinem Werk „The right to the City“ von 1968 stellte, haben bis heute nicht an ihrer Aktualität verloren. Es sind Fragen, mit denen sich moderne Stadtentwicklungen beschäftigen, an die sich politische Agenden orientieren und die sich die Bewohner*innen der Städte stellen. Was wäre die Stadt ohne Menschen? Lefebvres Parole war ein Aufruf, nicht aus dem städtischen Leben exkludiert und werden und er formulierte damit die Forderung nach souveränen, nicht von kapitalistischen Interessen und staatlicher Kontrolle beherrschten Räumen. Er definiert in dieser Schrift das Recht auf Stadt, als eines, welches ihren Bürger*innen zusteht:

“The right to the city manifests itself as a superior form of rights: right to freedom, to individualization in socialization, to habitat and to inhabit. The right to the oeuvre, to participation and appropriation (...) are implied in the right to the city” (Lefebvre, 1996:1 41).

Das Recht auf Freiheit, auf Individualisierung und Partizipation, auf die Lefebvres Kategorien abzielen, finden sich auch in der allgemeinen Auffassung von Demokratie wieder, die im engen Wechselspiel mit Stadtentwicklung steht.

Die Demokratie gilt „als ein politisches System, das auf der Basis der Volkssouveränität weitgehende Partizipation (=politische Beteiligung) gewährleistet, Grund- und Menschenrechte respektiert und solidarische Gerechtigkeit anstrebt“ (von Alemann, 2002: 79).

Neben der Achtung grundlegender Rechte, spielt Partizipation also eine wichtige Rolle im Demokratiedanken. Der Begriff erfährt heutzutage häufiger Verwendung, wenn gleich er unterschiedlich ausgelegt werden kann. Für diese Arbeit ist eine klare Definition des Partizipationsbegriffs notwendig, um der vorliegenden Forschung ihre Validität gewähren zu können.

Dafür wird in erster Linie die Demokratietheorie aus ihrem partizipativen Betrachtungswinkel historisch aufgegriffen, kritisiert und ihre aktuellen Auslegungen vorgestellt. In der Praxis sollen diese Theorien dann anhand des Governance-Begriffs dargestellt und der Wandel weg

vom Government hin zu (Good-)Governance ausgeführt werden, um dann anhand dessen den Ansatz des „Participatory Governance“ einordnen zu können, der letztendlich die Basis des heutigen Partizipationsverständnisses darstellt.

2.1 Partizipative Demokratietheorie

Demokratie (griech. *démos kratía*) bedeutet wörtlich übersetzt „Volksherrschaft“, wobei sich im Laufe der Geschichte die Auffassung, wer das Volk ist und wie es herrscht, gewandelt und erweitert hat. Die drei Grundprinzipien der Demokratie definiert (von Alemann, 2002) als:

1. Herrschaft des Volkes (Verankerung in der Volkssouveränität),
2. Herrschaft durch das Volk (Verfahren weitgehender politischer Teilhabe der Bevölkerung) und
3. Herrschaft für das Volk (Ziel einer sozialen Verantwortung der Politik).

Dabei muss in Bezug auf Volkssouveränität angemerkt werden, dass alle Macht auf den Willen des Volkes zurückgeführt wird, dass grundsätzlich das Prinzip der Willensbildung von unten nach oben gilt. Das bedeutet allerdings nicht, dass das Volk unmittelbar herrscht (von Alemann, 2002). Diese ursprüngliche Form der direkten (Versammlungs-) Demokratie, die aus 2000 Jahre alten griechischen Schriftstücken bekannt ist, kann in modernen Staaten kaum realisiert werden, weshalb sich das Konzept der Repräsentation durch Parteien bzw. Partei-Politiker*innen, legitimiert durch Wahlen, durchgesetzt hat (Geissel, 2020). Die Herrschaft des Volkes ist in diesem Kontext lediglich auf das Wählen von Partei-Politiker*innen beschränkt, weshalb das repräsentative Demokratieverfahren heute immer mehr Kritik erfährt, zu wenig demokratisch im ursprünglichen Sinne zu sein (Geissel, 2009). (Abromeit, 2008) bezeichnet dieses Phänomen als „Elend der Demokratietheorie“ und beschreibt dabei ein Defizit an Legitimität, Repräsentativität und Partizipation in vorherrschenden Demokratiesystemen.

Eine Alternative ist die partizipative oder partizipatorische Demokratietheorie, die je nach Auslegung auch unter anderen als „deliberative Demokratie“ oder „starke Demokratie“ bezeichnet werden kann. Schlüsselwörter dieses Ansatzes sind Teilnehmen, Teilhaben und Beteiligung am politischen Prozess (Walk, 2008). Vertreter*innen dieses Ansatzes wehren sich gegen den „elitezentrischen“ Ansatz aus Wählenden und Gewählten und betonen, dass Wahlen nur eine von vielen demokratischen Methoden sind und nicht den innersten Kern der Demokratie ausmachen (Geissel, 2020). Demokratie wird von ihnen nicht als Markt

konkurrierender Eliten gesehen und ist nicht durch Institutionen definiert. Volkssouveränität, mit umfassender Beteiligung der Bürger*innen an politischen Willensbildungs- und Entscheidungsprozessen sowie der Auffassung, dass Demokratie eine Lebensform oder sogar Wirtschaftsform ist, stehen hier im Vordergrund (Pateman, 1970).

Eine zentrale These aller partizipativer Demokratietheorien ist, dass die Individuen und Institutionen in einer Gesellschaft nicht getrennt voneinander betrachtet werden können und Repräsentation ein unzureichendes Werkzeug im demokratischen System darstellt. Für eine politische und soziale Stabilität von Gesellschaften im Sinne einer starken Demokratie ist eine kontinuierliche breite Partizipation notwendig (Walk, 2008).

Aufbauend auf diesen Theorien, die sich bereits durch Carole Patemans 1970 veröffentlichtes Werk „Participation and Democratic Theory“ bemerkbar machten und die Auslegung demokratischer Verfahren zu dieser Zeit stark kritisierten, konnte man seit Mitte der 1980er Jahre in der Praxis eine Wandlung des Regierens vom reinen Government hin zur Governance feststellen, die als Antwort auf diese Thesen zurückzuführen sind (Haus, 2010).

2.2 Vom Government zur (Good-)Governance

Regieren kann im Allgemeinen verstanden werden als das effektive Ausrichten der politischen Willensbildung und der Entscheidungsumsetzung auf Ziele hin (Haus, 2010). In der Regel erfolgt die Entscheidungs- und Zielsetzung von der Regierung aus, was lange als klassisches „government“ bezeichnet wurde (Haus, 2010). In der englischen Sprache hat sich nach Ende des kalten Kriegs ein weiteres Wort etabliert, welches das Regieren hinsichtlich seiner Entscheidungsmechanismen nochmals differenziert. So bezeichnet „government“ das Regieren als Form direkter Kontrolle, das aus einem politischen Zentrum hervorgeht, während „governance“ Formen der indirekten Beeinflussung sowie der Zusammenarbeit mit unterschiedlichen Agierenden in einem ausdifferenzierten Netzwerk aus politischen Arenen meint (Newman et al., 2004). Die Abb. 2 dient zur Veranschaulichung der beiden Regierungsformen.

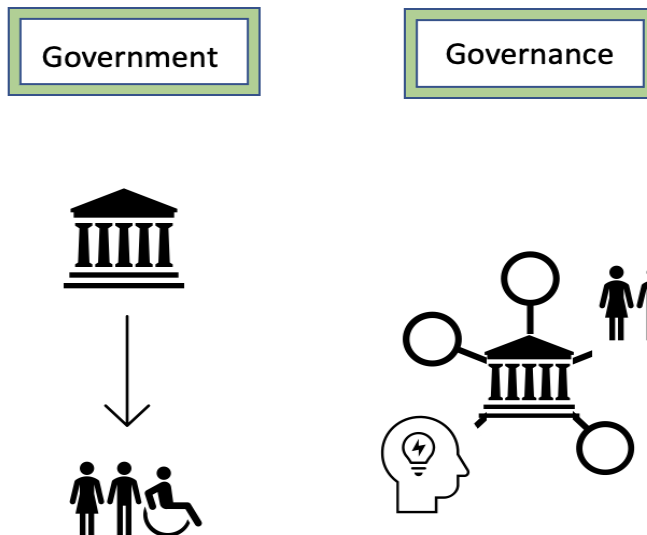


Abbildung 2: Government vs. Governance, eigene Darstellung nach (Haus, 2010)

Governance wird als neue normative und konzeptionelle Leitbegrifflichkeit des Regierens und der Verwaltungspolitik bezeichnet, welche Orientierung in der Reform öffentlicher Politiken und Institutionen stiften soll. Im Zentrum steht die Kooperation mit geeigneten, gesellschaftlichen Partner*innen interorganisationaler Netzwerke, da man der Auffassung ist, dass in netzwerkförmigen Konstellationen komplexe Probleme besser verstanden, erfolgsträchtigere Strategien zu ihrer Lösung ausgearbeitet und diese schließlich effektiver umgesetzt werden (Haus, 2010). In einem politisch immer weiter ausdifferenzierten System der Souveränität (EU, Bund, Länder, Kommunen), ist eine Regierungsform nötig, die diesen Ansprüchen auch gerecht werden kann.

Zwar wird über Governance Partizipation gefördert, aber an sich kein strategisches Ziel vorgegeben (Newman et al., 2004). Governance ist also nicht gleichzusetzen mit mehr sozialer Gerechtigkeit oder Demokratie, weshalb das Konzept des „Good Governance“ entwickelt wurde, welches sich auch im „Weißbuch über European Governance/Europäisches Regieren“ der Europäischen Kommission wiederfindet. In diesem Programm wird Partizipation als eigenes demokratisch-rechtsstaatliches Prinzip formuliert, welches die Stärkung von Partizipation von der Politikformulierung bis hin zur Implementierung politischer Programme vorsieht (Joerges, 2002). Mit Formulierung dieser Prinzipien wurde auf europäischer Ebene ein Grundstein gelegt, Partizipation als eigenständiges wichtiges Element einer funktionierenden Demokratie wahrzunehmen. Der Ansatz des „Participatory Governance“, dessen theoretische Grundlage Basis für die vorliegende Arbeit ist, etablierte sich letztendlich auf Grund dieser

Entwicklung und lässt sich seit der Jahrtausendwende nicht mehr aus der partizipativen Fachliteratur wegdenken (Gustafson & Hertting, 2017).

2.3 Partizipative Governance

Der Begriff der „Partizipativen Governance“ wirft zunächst folgende von (Somerville, 2011) formulierte Frage auf: Wenn Governance das Engagement von nichtstaatlichen Akteur*innen in staatlichen Strukturen bedeutet, dann ist nicht klar, wie sich, wenn überhaupt, partizipative Governance von partizipativer Demokratie unterscheidet. Beide beinhalten, dass Bürger*innen als oder mit demokratischen politischen Akteur*innen und/oder innerhalb demokratischer politischer Prozesse arbeiten.

Es stellt sich also die weiterführende Frage, wozu es diesen Neologismus braucht und was jener im Vergleich zu seinen Vorgängern darüber hinaus berücksichtigen kann.

2.3.1 Definition

Bisher gibt es keine eindeutige Definition des partizipativen Governance-Ansatzes, weshalb an dieser Stelle einige unterschiedliche Herangehensweisen aufgegriffen werden.

Zuerst kann hier eine wortetymologische Erklärung versucht werden, den Begriff zu verstehen: Die auftretende Redundanz der beiden Begrifflichkeiten kann als ein stilistisches Hervorheben des Offensichtlichen durch einen Pleonasmus verstanden werden. Dadurch rückt der Fokus klar auf die „Beteiligung“, die innerhalb der Governance zwar stattfindet, aber nicht den notwendigen Stellenwert erfährt.

Die Definition von (Walk, 2008) kommt dieser Einschätzung recht nahe. Für sie bringt die partizipative Governance-Forschung zum Ausdruck, dass der Beteiligung der verschiedenen zivilgesellschaftlichen Gruppen in der Analyse eine besondere Bedeutung beigemessen wird. „Die Inanspruchnahme des Begriffs der partizipativen Governance impliziert die These, dass nur durch eine ernsthafte Ausweitung partizipativer Elemente im Sinne einer Bürgerpartizipation auch ein Demokratisierungsprozess in Gang gesetzt werden kann“ (Walk, 2008: 14). Phillipe Schmitter versucht einen politisch-neutralen Ansatz. Für ihn ist partizipative Governance „die regelmäßige und garantierte Anwesenheit bei verbindlichen Entscheidungen von Vertretern derjenigen Kollektive, die von der beschlossenen Politik betroffen sein werden“ (Phillipe Schmitter in Grote & Gbikpi, 2002:23).

Die internationale NGO „Civicus“ weist einen praxisorientierten Bezug vor. Für sie ist partizipative Governance in Prozessen verankert, die Bürgerinnen und Bürger dazu befähigen,

sich an öffentlichen Entscheidungsprozessen zu beteiligen. Der Ansatz gewinnt zunehmend an Akzeptanz als wirksames Mittel, um "Demokratiedefizite" zu beheben und die öffentliche Rechenschaftspflicht zu verbessern (Civicus, 2020).

Allen Ansätzen zur Definition ist gemein, dass partizipative Governance im öffentlichen Interesse die Beteiligung der Interessensgruppen steigert, ein stärkerer Fokus auf horizontale Beteiligungsmöglichkeiten gelegt wird und Ko-operation, sowie -ordination im Zentrum stehen. Eine Anleitung, wie dies auch in der Praxis gelingen kann, bietet der Entwurf des Civicus.

2.3.2 Toolkit von Civicus

CIVICUS ist eine internationale Non-Profit-Organisation, die sich selbst als "eine globale Allianz zur Stärkung von Bürgerengagement und Zivilgesellschaft auf der ganzen Welt" beschreibt (Civicus, 2020). 1993 gegründet, konzentriert sich die NGO insbesondere auf Regionen, in denen die partizipative Demokratie und die Vereinigungsfreiheit gefährdet sind, vor allem im Ländern des globalen Südens (Cronin & Perold, 2008).

In ihrem „Participatory Governance Programme“, welches seit 2006 läuft, steht die Stärkung der Kapazitäten von Akteur*innen der Zivilgesellschaft des Südens (CSOs und Regierungsakteur*innen) zur Förderung einer partizipativen und rechenschaftspflichtigen Regierungsführung öffentlicher Institutionen auf lokaler und nationaler Ebene im Fokus. CIVICUS hat dafür ein Toolkit entworfen, welches die einzelnen Schritte zu einer gelingenden partizipativen Regierungsführung aufzeigt. Ein ausführliches Instrumentarium begleitet dieses Toolkit, welches in der Praxis bereits Anwendung findet. Die Hauptkategorien, welche für die vorliegende Arbeit zu einem Grundverständnis führen sollen, werden hier kurz vorgestellt (Civicus, 2020).

Tabelle 1: 9-Phasen-Toolkit zur partizipativen Governance, eigene Darstellung nach (Civicus, 2020)

1. Öffentliche Information	Unterstützung der Bürger*innen beim Zugang zu relevanten Informationen über Politik, Entscheidungen und Maßnahmen der Regierung.
2. Bildung und Beratschlagung	Sensibilisierung der Bürger*innen für ihre Rechte und Pflichten (politische Bildung) und eine Vielzahl innovativer Methoden, um ihnen zu helfen, sich kollektiv über Themen von vorrangigem öffentlichen Interesse zu informieren und diese zu diskutieren.
3. Interessensvertretung und Bürger*innenbeteiligung	Stärkung der Bürger*innenbeteiligung und Unterstützung der Bürger*innen bei der öffentlichen Äußerung ihrer Meinungen und Anliegen.

4. Öffentlicher Dialog	Förderung produktiverer Interaktionen und Verbesserung des Dialogs zwischen verschiedenen staatlichen und nichtstaatlichen Akteur*innen.
5. Wahltransparenz und Rechenschaftspflicht	Sicherstellen, dass Wahlen frei und fair sind und den Bürger*innen helfen, informierte Entscheidungen zu treffen und Politiker*innen für ihre Wahlversprechen zur Verantwortung zu ziehen.
6. Politik und Planung	Instrumente ermöglichen es Bürger*innen und zivilgesellschaftlichen Organisationen, einen sinnvollen Beitrag zu Prozessen der öffentlichen lokalen und nationalen Politikgestaltung und Planung zu leisten, die auf Prioritäten und Bedürfnisse der Bürger*innen eingehen.
7. Öffentliche Haushalte und Ausgaben	Instrumente helfen Bürgern*innen, Entscheidungen über Zuweisung öffentlicher Mittel zu verstehen und zu beeinflussen, öffentliche Ausgaben zu überwachen und Regierungen für ihre Verwaltung öffentlicher Finanzmittel zur Rechenschaft zu ziehen.
8. Monitoring und Bewertung öffentlicher Dienstleistungen	Instrumente bieten innovative Möglichkeiten für Bürger*innen, Zugänglichkeit, Qualität und Effizienz öffentlicher Dienstleistungen (Gesundheitsfürsorge, Bildung, Wasser- und Sanitärversorgung, öffentliche Verkehrsmittel) zu überwachen und zu bewerten.
9. Öffentliche Kontrolle	Instrumente, um öffentliches Handeln zu überwachen und zu beaufsichtigen und Vergeltung für Ungerechtigkeiten, Korruption, Klientelismus oder Missetaten zu fordern.

Besonders bemerkenswert ist die Häufigkeit zum Bezug des Öffentlichen. In fünf der neun Kategorien wird „Öffentlichkeit“ konkret angesprochen, was erneut die Relevanz an Transparenz für das gesamte Volk zeigt. In jeder der übrigen Kategorien hat sie darüber hinaus einen gewissen Stellenwert. Die Einbeziehung aller Vertreter*innen angesprochener Kollektive ist also in der partizipativen Governance nicht wegzudenken. „Kommunikation“ spielt ebenfalls eine wichtige Rolle, sowie Entscheidungsfreiheit auf Bürger*innenseite.

Alle Parameter, die hier angesprochen wurden, finden sich im Begriff der Partizipation wieder. Dieser für die Arbeit zentrale Begriff wird nun nach seiner theoretischen und praktischen Elaborierung eingeordnet.

2.4 Partizipation

Partizipation ist heute ein häufig verwendeter Begriff und erfährt daher vielfältige Interpretationen. Eine Begriffsdefinition ist an dieser Stelle essentiell, um in Folge zu einer einheitlichen Auffassung von Partizipation für die Stadtentwicklungsplanung zu gelangen. Partizipation umfasst mehrere Dimensionen, unterliegt gewissen Prinzipien und wurde in

Modellen visualisiert, um ihn für die sich stets weiterentwickelnde Partizipationsforschung wissenschaftlich analysierbar zu machen. Das folgende Kapitel möchte einen tiefgründigen Aufschluss über den Begriff geben.

2.4.1 Definition

Partizipation, aus dem Lateinischen (*particeps* = „teilnehmend, beteiligt“), bedeutet allgemein Teilhabe/Teilnahme (Stowasser, 1971) und bezeichnet grundsätzlich die aktive Beteiligung von einzelnen Personen oder Gruppen an gemeinsamen Angelegenheiten. Der Begriff der Partizipation wird im politischen Kontext heute genauer differenziert und ist nicht mit Bürger*innenbeteiligung gleichzusetzen, obwohl die Begriffe häufig synonym verwendet werden.

Bürger*innenbeteiligung erfordert einen aktiven, gezielten Dialog zwischen Bürger*innen und öffentlichen Entscheidungsträger*innen (Balbach, 2018). Es ergeben sich daraus sehr ähnliche, jedoch unterschiedliche Kooperationsansätze, die die nachfolgende Graphik (Abb.3) besser veranschaulichen soll.

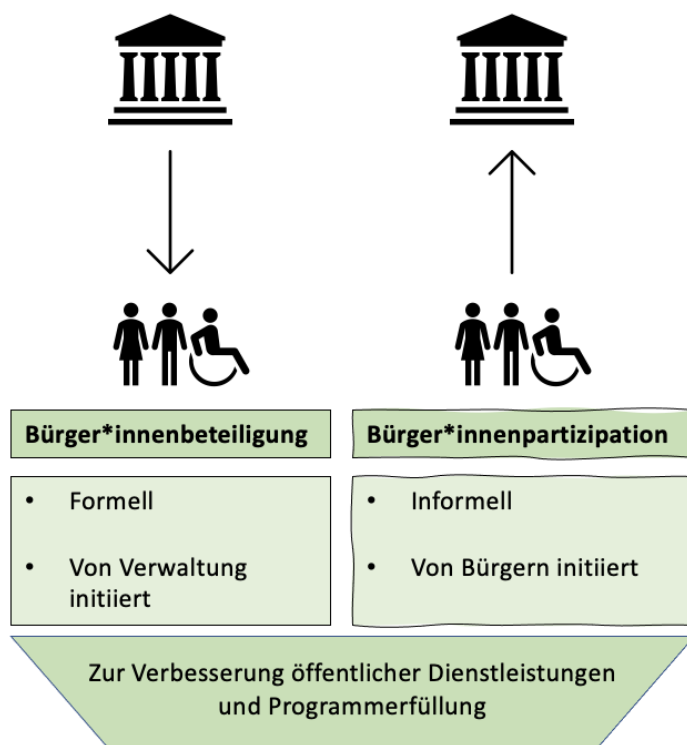


Abbildung 3: Unterscheidung Beteiligung/Partizipation, eigene Darstellung nach (Balbach, 2018)

Bei Bürger*innenbeteiligung handelt es sich um einen formellen, von der Verwaltung initiierten Akt öffentlicher Entscheidungsbildung. Er wird in dieser Arbeit als „Partizipation im weiteren Sinne“ bezeichnet. Partizipation wird dahingehend als informeller von Bürger*innen

initiiertes Akt gesehen und wird in dieser Arbeit als „Partizipation im engeren Sinne“ verstanden. Beide haben das gleiche Ziel, öffentliche Dienstleistungen und die Programmumsetzung zu verbessern, jedoch ist ersteres als Top-Down Prozess zu sehen, während letzteres einen Bottom-Up-Prozess darstellt (Balbach, 2018).

Partizipation wird wegen seiner Informalität als inoffiziell angesehen und lässt sich in dieser Form nicht auf alle politischen Projekte anwenden. Es ist zum Beispiel schwierig, Partizipation auf größere Politiken, wie Beteiligungshaushalte, anzuwenden, welche ein höheres Maß an Inklusivität und Bewusstsein erfordern (Balbach, 2018). Welche Rolle diese eigentliche Form der Partizipation für die Gesellschaft als Ganzes spielt, soll im Laufe dieser Arbeit noch ersichtlich werden¹.

Partizipation spielt in einer Vielzahl von Lebensbereichen eine Rolle. So definiert (Vilmar, 1973) Partizipation als die Möglichkeit, Fähigkeit und Bereitschaft sich gleichberechtigt mit allen Partner*innen aktiv am Willensbildungs- und Entscheidungsprozess in allen Lebensbereichen zu beteiligen. Verschiedene Lebensbereiche fordern unterschiedliche Formen der Partizipation. Darum existieren neben der politischen Partizipation, um die es in dieser Arbeit am meisten gehen wird, auch andere Varianten. Partizipation zeigt sich als soziale Variante in alltäglichen Lebenssituationen, wie Einkaufen, Wohnen oder der Infrastrukturnutzung. Ökonomische Partizipation bezeichnet die Teilnahme an Arbeits- und Wertschöpfungsprozessen und auch die Eingebundenheit im Wirtschaftskreislauf. Kulturell gesehen kann Partizipation die Teilnahme an Veranstaltungen, Kino- und Theaterbesuchen bedeuten und hängt somit von den materiellen Möglichkeiten der Bürger*innen ab (Walk, 2008).

Letztendlich ist für die vorliegende Arbeit die politische Partizipation und ihre Gewährleistung am bedeutendsten, welche essentiell für die Gesellschaft und ihre Stadtentwicklung ist. Die bekannteste Möglichkeit der Partizipation ist die Teilnahme am politischen Willensbildungsprozess durch Wahlen. Diese Variante wird auch als politische Beteiligung bezeichnet und umfasst all jene Tätigkeiten, die Bürger*innen freiwillig mit dem Ziel unternehmen, Entscheidungen auf den verschiedenen Ebenen des politischen Systems zu beeinflussen (Kaase, 1992).

¹ Diese Definition von Partizipation ist sicherlich eine der Genauesten aktueller Forschungen. Ältere Literatur, gerade im Englischen, verwendet beide Begriffe jedoch nach wie vor synonym, weshalb in der vorliegenden Arbeit zwar ein Augenmerk genau auf diese Form der Beteiligung gelegt wird (und auch Teil des Prüfungsgegenstandes sein soll), letztendlich aber von „Partizipation“ auch im Rahmen der formellen Bürger*innenbeteiligung gesprochen werden muss, da oft nicht eindeutig ist, welche Definition gemeint ist.

Dass Bürger*innenbeteiligung bzw. freie Wahlen nur einen kleinen Teil der Partizipation darstellen, wurde in den vorangegangenen Kapiteln bereits deutlich dargestellt und wird hier der Vollständigkeit halber angesprochen, aber nicht mehr weiter ausgeführt. Wichtig für den weiteren Verlauf der Arbeit sowie dem Herausarbeiten der Partizipationskategorien für die Analyse sind nun die verschiedenen Parameter, die (politische) Partizipation ausmachen.

2.4.2 Partizipationsformen

In erster Linie kann zwischen direkter und indirekter Partizipation unterschieden werden. Bei direkter (unmittelbarer) Partizipation können Bürger*innen auf spezifische Entscheidungen Einfluss nehmen (z.B. Bürgerinitiativen), im Gegensatz zu indirekter (mittelbarer) Partizipation, in der lediglich eine generalisierte Handlungsvollmacht erteilt wird (z.B. Wahlen). In dieser Hinsicht unterscheidet man auch zwischen verfasster/formeller und unverfasster/informeller Beteiligung. Ersteres gilt für Wahlen, letzteres für Bürger*inneninitiativen (v. Alemann, 1975).

Informelle Beteiligung lässt sich zusätzlich noch in konsultative und kooperative Verfahren unterscheiden. Ersteres bedeutet, die Beteiligten können zu einem Entwurf oder einer Frage Stellung nehmen, letzteres beinhaltet gemeinsam mit der Verwaltung, externen Planer*innen und anderen relevanten Akteur*innen ein Projekt zu planen (Brosenbauer et al., 2017).

Außerdem kann Partizipation anhand von Legalität und Legitimität unterschieden werden, wobei ersteres die Notwendigkeit einer gesetzlichen Grundlage der Beteiligung betont und damit politische Gewalt von legalen Beteiligungsformen trennbar macht. Politischer Ungehorsam wird in diesem Kontext beispielsweise als illegal eingestuft. Legitimität ist ein subjektives Element der Bewertung, da laut (Kaase, 1992) die Legitimitätsgeltung einer Beteiligungsform der aggregierte Ausdruck der individuellen Einstellungen der einzelnen Bürger*innen zu dieser spezifischen Form ist. Beteiligung kann also auch legitim sein, wenn sie illegal ist (Kaase, 1992).

Die drei wesentlichen Unterscheidungskriterien stellen also Verfasstheit, Legalität und Direktheit dar. Besser ersichtlich werden die nach diesen Hauptkriterien unterschiedenen Partizipationsformen mit der Zuteilung von Verfahren aus lokalen Planungsprozessen, womit schon auf die für die Stadtentwicklung relevanten Formen der Partizipation hingewiesen wird (ausführliche Erläuterung folgt in Kapitel 2.6.2 Beteiligungsmethoden partizipativer Stadtentwicklung).

Um jene drei Unterscheidungskriterien kohärent miteinander darstellen zu können, soll hier in Anlehnung an die Vier-Felder-Tafel nach (Buse & Nelles, 1975) die nachfolgende Graphik

(Abb. 4) eine verständlichere Übersicht erzeugen. Demonstrationen, sowohl angemeldete, also auch unangemeldete, bilden in diesem Kontext eine Ausnahme und stellen einen Graubereich zwischen legaler und illegaler Direktheit bzw. Indirektheit dar.

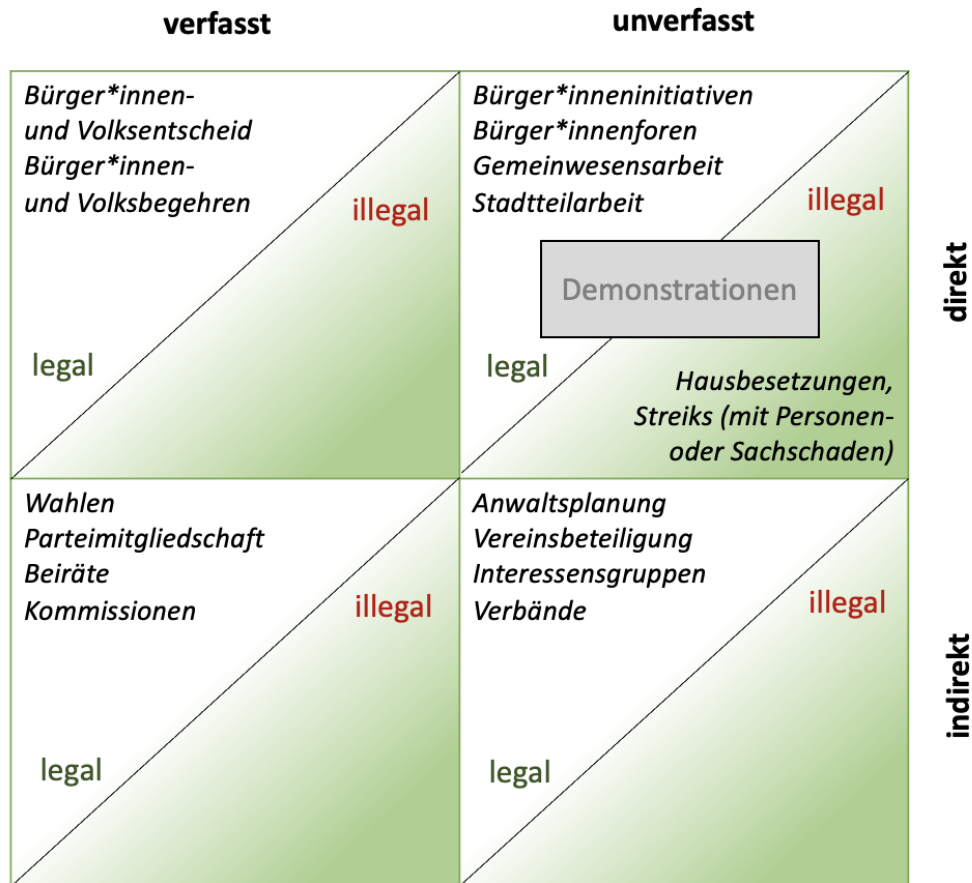


Abbildung 4: Vier-Felder-Tafel der Partizipation mit Beispielen aus der Stadtentwicklung, eigene Darstellung nach (Buse & Nelles, 1975)

2.4.3 Modelle

Um die unterschiedlichen Begrifflichkeiten, die Partizipation ausmachen in Einklang zu bringen, haben sich Ende des letzten Jahrhunderts in der Partizipationsforschung gewisse Modelle herauskristallisiert, nach dessen Schema Partizipation in der Praxis auf seine Wirksamkeit geprüft werden kann. Die Politikwissenschaftlerin Sherry Arnstein legte in ihrem 1969 veröffentlichten Artikel „A Ladder of Participation“ den Grundstein für die Erarbeitung von Analysemodellen zur Messung der Beteiligungstiefe in Partizipationsprozessen. Ihr Modell sowie die heutige Auslegung dessen werden im Folgenden näher beleuchtet.

Leiter der Partizipation nach Sherry Arnstein (1969)

Entscheidend für die Qualität von Partizipationsverfahren ist laut Arnstein nicht die Anzahl der durchgeführten Verfahren, sondern ihre Beteiligungstiefe. Beteiligungsformate ohne inhaltliche Relevanz können für die spätere Entscheidungsfindung sogar kontraproduktiv sein. Erfolgreiche Prozesse hingegen setzen eine inhaltliche Mitwirkung voraus (Arnstein, 2019). Aufgrund ihrer These entwickelte sie ein 8 Stufen Modell, das aus Abbildung 5 hervorgeht.

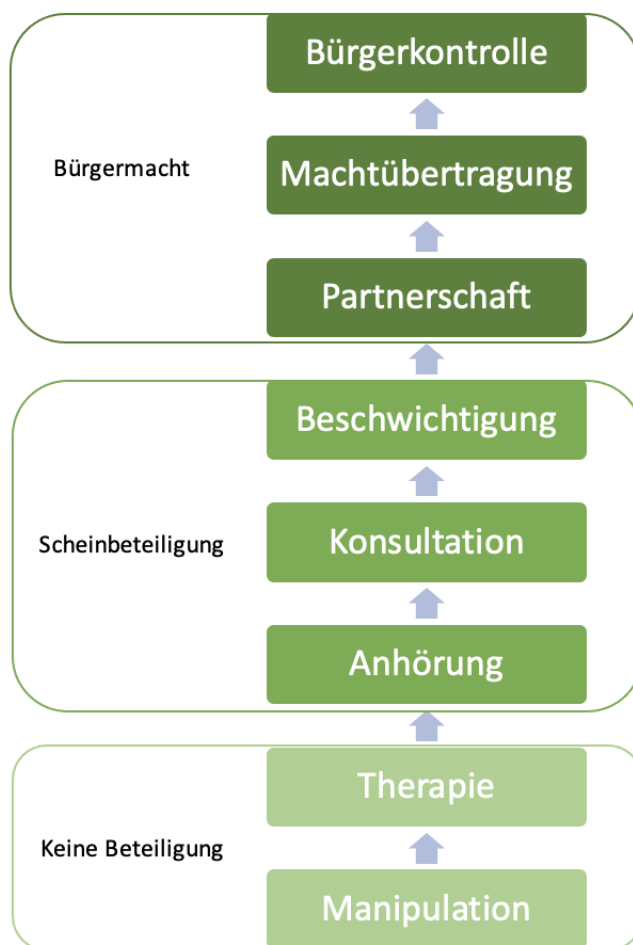


Abbildung 5: Ladder of Participation, eigene Darstellung nach (Arnstein 2019)

Die Stufen umfassen manipulative Prozesse über Konsultation bis hin zur Selbststeuerung der Bürger*innen und werden in drei Großgruppen zusammengefasst: „Keine Beteiligung“, „Scheinbeteiligung“ und „Bürgermacht“, welche bezüglich ihrer Beteiligungstiefe aufeinander aufbauend sind. Nur letztere wird von Arnstein als echte Beteiligung bezeichnet (Arnstein, 2019). Die Kategorie „Keine Beteiligung“ umfasst die untersten Leitersprossen „Manipulation“ und „Therapie“. Bürger*innen erhalten hier lediglich ausgewählte

Informationen, um so mögliche Bedenken bei einem geplanten Vorhaben vermeiden zu können. In der Kategorie „Scheinbeteiligung“ besitzen die Bürger*innen zwar die Möglichkeit, ihre Stimme in den Entscheidungsprozessen mit einfließen zu lassen, jedoch besteht keine verbindliche Berücksichtigung dieser Meinungen. Arnstein subsumiert in dieser Kategorie die Verfahren „Anhörung“, „Konsultation“ und „Beschwichtigung“. Die höchste Ebene der Leiter ist die „Bürgermacht“. Sie setzt sich aus den Kategorien „Partnerschaft“, „Machtübertragung“ und „Bürgerkontrolle“ zusammen. Innerhalb dieser Kategorie wird den Bürger*innen immer mehr Entscheidungsmacht übertragen, sodass auf der Ebene der Bürgerkontrolle die Hauptentscheidungsmacht bei den Bürger*innen liegt (Collins & Ison, 2009).

Sherry Arnsteins Modell hat einen wesentlichen Beitrag zur Abgrenzung des Begriffes „Partizipation“ beigetragen, es findet heute jedoch in seiner Reinform kaum Anwendung. Grund dafür sind kritische Stellungnahmen aus der Wissenschaft (Collins & Ison, 2009). Zum einen wird die hierarchische Struktur der Leiter heute in Frage gestellt. Diese setze jede andere als die höchste Beteiligungsstufe mit Versagen gleich und hebt Partizipationsprozesse zufriedener Teilnehmer*innen aus, wenn diese nicht auf der höchsten Ebene der Bürgermacht zu finden sind. Die lineare Struktur des Modells wird ebenfalls als problematisch wahrgenommen. Aufeinander aufbauende Prozesse, sowie wichtige Feedback-Schleifen würden hier nicht repräsentiert (Collins & Ison, 2009).

Heutige Evaluationsschemata für Beteiligungsprozesse bedienen sich implizit und explizit der Überlegungen Arnsteins, allerdings nutzen sie zur analytischen Betrachtung von Bürger*innenbeteiligung oft nur noch drei bzw. vier Stufen bestehend aus Information, Konsultation und Kooperation und versuchen die hierarchisch/linearen Strukturen aufzubrechen (Brosenbauer et al., 2017).

Stufenmodell der Partizipation nach Dr. Maria Lüttringhaus (2000)

Einen Entwurf legt Dr. Maria Lüttringhaus mit ihrem „Stufenmodell der Partizipation“ dar, welches neben vier Stufen der Beteiligungstiefe zudem zwei Beteiligungsseiten, nämlich Bürger*innen und Staatssystem, gegenüberstellt und damit die rein lineare Struktur Arnsteins aufbricht. Das Modell, welches durch Lüttringhaus um Determinanten politischer Partizipation ergänzt wurde, soll im Folgenden vorgestellt werden.

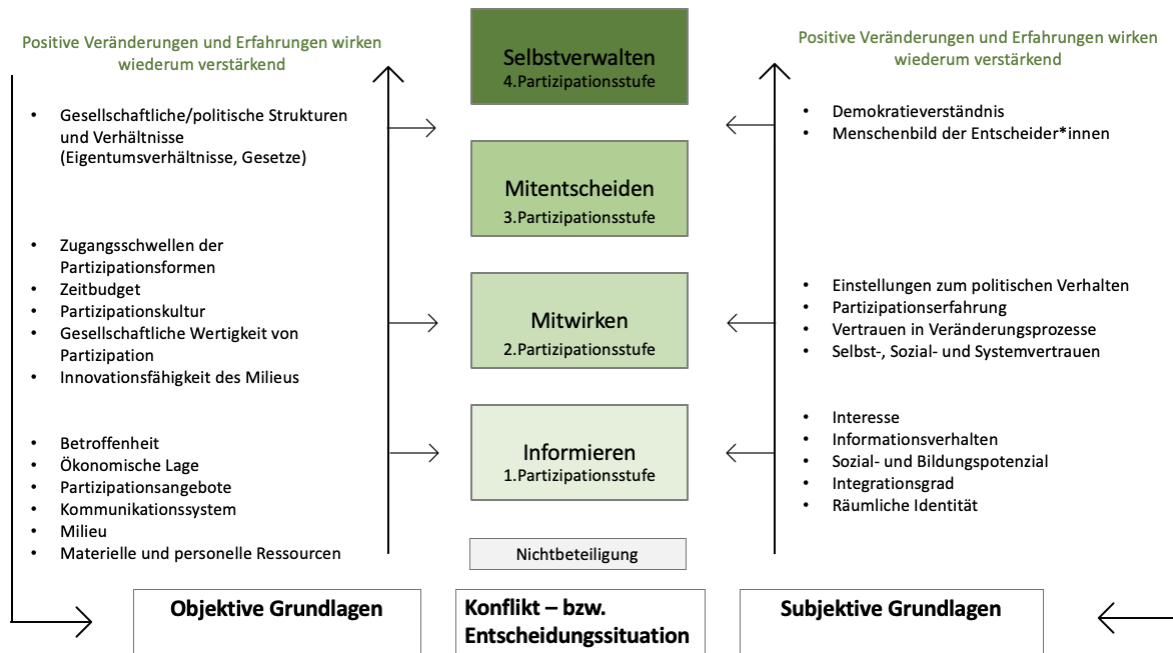


Abbildung 6: Determinanten vier- stufiger politischer Partizipation, eigene Darstellung nach (Lüttringhaus, 2019)

Wie aus Abb. 6 ersichtlich wird, ist Partizipation von objektiven Faktoren des politisch-administrativen Systems sowie subjektiven, persönlich bezogenen Grundlagen beeinflusst. Diese strukturellen Grundvoraussetzungen von Partizipation zeigen Hürden zum Übergang zur nächsthöheren Partizipationsstufe an. Angefangen von der ersten Partizipationsstufe „Informieren“, bis hin zur obersten Kategorie „Selbstverwalten“ ergeben sich unterschiedliche Determinanten. Der Integrationsgrad kann eine Hürde sein, um die Bürger*innen von der Information zum Mitwirken zu steigern, während es zur Stufe der Selbstverwaltung ein gewisses Demokratieverständnis der teilnehmenden Subjekte braucht und somit auch schwieriger zu erreichen ist. Aus dieser Situation kann die passende Beteiligungsvariante aus den unterschiedlichen Formen und Stufen der Partizipation ausgewählt werden. Wenn es die Voraussetzungen erlauben, kann die Intensität der Partizipation von einer Stufe auf die Nächste gelangen. Die Möglichkeiten für Partizipation sollen erweitert werden und mit dem Bewusstsein, dass weiterhin beeinflussende Faktoren wirken, können Partizipationsprozesse entsprechend geführt werden (Lüttringhaus, 2019).

Es gilt also festzuhalten, dass Partizipation als freiwillige, gleichberechtigte und aktive Beteiligung von Personen an Willensbildungs- und Entscheidungsprozessen des sozialen und politischen Lebens definiert ist und sich mit Demokratie und der heutigen Governance-Struktur gegenseitig bedingt. Es zeichnen sich verschiedene Formen der Partizipation je nach Art der Beteiligung ab (Verfasstheit, Legalität, Direktheit). Bezüglich ihrer Intensität oder Tiefe wird

Partizipation in Stufenmodellen kategorisiert. Die geringste Form der Partizipation ist Information und die unterschiedlichen Stufen reichen bis zur Selbstverwaltung der Bürger*innen. Neben diesen Klassifizierungen existieren objektive sowie subjektive Einflussfaktoren, welche das Zustandekommen und die erreichbare Stufe der Partizipation beeinflussen.

Die in diesem Kapitel beschriebenen, Partizipation charakterisierenden Faktoren und Definitionen machen den Begriff nun gut erfassbar. Im folgenden Kapitel wird sich der nachhaltigen Stadtentwicklung gewidmet, in dessen Kontext Partizipation für die vorliegende Arbeit untersucht wird.

2.5. Agenda 2030: Nachhaltige Stadtentwicklung

Am 25. September 2015 verabschiedeten die 193 Mitgliedsstaaten der Vereinten Nationen auf einem Gipfeltreffen in New York die „Agenda 2030 für nachhaltige Entwicklung“ als Fortführung des bereits 1992 in Rio entstandenen Handlungsprogramm „Agenda 2021“ (Martens & Ellmers, 2020). Mit ihr sollte der globale Rahmen für die (Nachhaltigkeits-)Politik der folgenden 15 Jahre abgesteckt werden. Im Rahmen dieser Agenda wurden 17 Ziele definiert, die „Sustainable Development Goals“ (SDGs), die sich für eine großflächige Entwicklung aller Länder einsetzen mit besonderem Fokus auf den sogenannten „Globalen Süden“, der aufgrund erschwerter Rahmenbedingungen, wie Ressourcenmangel oder diktatorische Regierungsführung, hinter dem globalen Entwicklungsstand steht. Zu den Zielen gehören die Bekämpfung von Armut und Hunger (Ziel 1 und 2), aber auch Bildung (Ziel 4), Wirtschaftswachstum (Ziel 9) und die Bekämpfung des Klimawandels (Ziel 13) (UN, 2017). Alle UN-Mitgliedsstaaten einigten sich zudem auf Ziel 11, welches besagt, Städte und Siedlungen inklusiv, sicher, widerstandsfähig und nachhaltig zu gestalten. Damit wurde „nachhaltige Stadtentwicklung“ zum nationalen Ziel aller Länder deklariert und findet sich seitdem in lokalen Agenden der Städte wieder (Martens & Ellmers, 2020).

Somit kann Partizipation in der Stadtentwicklung nur unter Berücksichtigung von Nachhaltigkeit untersucht werden, um den aktuellen städtischen Entwicklungsplänen gerecht zu werden. Dafür wird im folgenden Kapitel Stadtentwicklung knapp definiert, um im weiteren Verlauf einen räumlichen Bezug zum Forschungsbeispiel - die Stadt Wien - herzustellen. Dafür werden Kriterien und Messinstrumente der nachhaltigen Stadtentwicklung herausgearbeitet

und die beiden wichtigsten Stadtentwicklungskonzepte der österreichischen Hauptstadt vorgestellt.

2.5.1 Definition

Nachhaltige Stadtentwicklung wird als integrativer Bestandteil und Ableitung einer nachhaltigen Entwicklung angesehen, die ökonomische, ökologische und soziale Belange integrativ behandelt und die Lebensbedingungen heutiger Generationen nicht auf Kosten zukünftiger Generationen ausgestaltet. Nachhaltige Entwicklung ist zu gleichen Teilen ein Ziel politischen Handelns und ein ergebnisoffener Prozess ohne Endpunkt. Darüber hinaus ist sie nur erreichbar, wenn sie Akzeptanz bei relevanten Institutionen und gesellschaftlichen Gruppen findet und von diesen getragen wird (Dietrich et al., 2010).

Dafür ist eine Bewertung von nachhaltiger Stadtentwicklung für die Gewährleistung dieser Erreichbarkeit essenziell. Sie zielt auf die Arbeit in Städten und Kommunen ab und dient der Überprüfung von Erfolgen und Misserfolgen sowie der Weiterentwicklung und Anpassungen von Projekten und Programmen. Sie ist ebenso Orientierungsrahmen, wie Entscheidungshilfe und Legitimation für zukünftige Arbeiten. Außerdem kann diese Bewertung nachhaltiger Stadtentwicklung die Grundlage für nachträgliche Evaluation sein und die Bewertung vergangener Projekte ermöglichen. So kann eine Vergleichbarkeit von Projekten und Erfolgen nachhaltiger Stadtentwicklung erzielt und ein Instrument der Kommunikation sowie der politischen Arbeit erschaffen werden. Eine Bewertung kann sowohl die Effizienz und Effektivität der Arbeit von Kommunen und Städten fördern sowie die Vergabe von Fördermitteln begründen (Ahlke et al., 2011).

Somit ist eine nachhaltige Siedlungs- oder Stadtentwicklung die Konkretisierung des Nachhaltigkeitsleitbildes für die lokale bzw. stadtreionale Ebene und damit fester Bestandteil heutiger Stadttagenden.

2.5.2 Kriterien einer nachhaltigen Stadtentwicklung

Um nachhaltige Stadtentwicklung überprüfbar zu machen, müssen gewisse Kriterien vorher festgelegt werden, anhand derer Stadtentwicklung messbar wird. Um Grundsätze festlegen zu können, an denen sich europäische Städte zukünftig orientieren sollen, veröffentlichte die Europäische Kommission im Jahre 2009 sechs Kernelemente einer nachhaltigen Stadtentwicklung. Im Sinne des europäischen „Acquis Urbain“ (einer Erklärung zur EU Gemeinschaftsinitiative „URBAN“) führte die Kommission damit Nachhaltigkeit und

Integration in der Stadtentwicklung zusammen. Diese werden hier kurz tabellarisch festgehalten (Piskorz, 2009).

Tabelle 2: Schlüsselemente einer nachhaltigen Stadtentwicklung, eigene Darstellung nach Wladyslaw Piskorz (Piskorz, 2009: 43)

1. Entwicklung einer Vision für die gesamte Stadt, die über das einzelne Projekt hinausgeht und in den stadt-regionalen Kontext eingebunden ist (Analyse der Zielgebiete, Strategieentwicklung, Festlegung langfristiger und mittelfristiger Ziele, Prioritäten, Maßnahmen und Projekte)
2. Der integrierte Ansatz als Mehrwert ➤ starke „horizontale“, sektorenübergreifende Koordinierung von Stadterneuerungsmaßnahmen und Stadtbauernierung als zentrale Elemente eines integrierten Ansatzes zur nachhaltigen Stadtentwicklung (Aspekte der lokalen Wirtschaftsentwicklung, Wirtschaft und Beschäftigung, allgemeine und berufliche Bildung sowie Qualifikation, soziale Eingliederung, Kultur, Umweltmaßnahmen, städtische Mobilität und qualitativ hochwertige öffentliche Anlagen) ➤ starke „vertikale“ Koordinierung aller relevanten Ebenen, Kohärenz mit europäischen, nationalen und regionalen Zielen)
3. Finanzierung und Investition mit anhaltender Wirkung; Konzentration der Ressourcen und Finanzmittel auf ausgewählte Zielgebiete
4. Schaffung starker lokaler und regionaler Partnerschaften (stärkere Beteiligung von Bürger*innen sowie lokaler und regionaler Stakeholder*innen, einschließlich des Privatsektors, gemeinsame Verantwortlichkeiten, für die Durchführung zuständiger Stellen); neue Instrumente der städtischen Governance und Verwaltung und des Stadtmanagements
5. Nutzung von Wissen, Austausch von Erfahrungen und Know-how (Benchmarking, Vernetzung)
6. Überwachung der Fortschritte (Ex-ante-, Zwischen- und Ex-post-Evaluierung anhand von bestimmten Kriterien und Indikatoren)

Auch hier lässt sich wieder die dezidierte Schlüsselrolle des institutionellen Wandels hin zu mehr Partizipation und neuen Governance Strukturen erkennen (siehe Punkt 4), um eine aktive Beteiligung und breite Akzeptanz bei der Bevölkerung zu erreichen. Vor allem die räumliche Umsetzung steht im Vordergrund, neben jenen prozessorientierten Elementen (Piskorz, 2009).

Auf Grundlage dieser Schlüsselemente, wurden in der Vergangenheit eine Vielzahl an Indikatoren zur Messung einer nachhaltigen Stadtentwicklung herausgearbeitet. Hier sind vor allem Prozess- und Zielerreichungsindikatoren zu nennen, die für die nachhaltige Stadtentwicklung besonders relevant sind. Prozessindikatoren beziehen sich auf die Qualität

von Arbeitsabläufen und Dienstleistungen in einer Prozesskette, wie z.B. die Zufriedenheit und die tatsächliche Teilnahme, während Ergebnisindikatoren objektiv messbare Ergebnisse beschreiben, wie beispielsweise den Zielerfüllungsgrad oder den Output (Toepler, 2015).

Mit allen existierenden Indikatoren zu arbeiten, würde den Rahmen dieser Arbeit sprengen und auch das Ziel verfehlen, einen guten Überblick über die Umsetzung von Nachhaltigkeit in partizipativen Stadtentwicklungsprojekten zu gewähren. Außerdem befindet sich das Forschungsfeld im räumlichen Kontext Wiens, weshalb nicht alle Indikatoren sinnvoll bzw. einsetzbar sind. Eine vergleichende Analyse verschiedener Messungen von Martin Kliesow kam zum Schluss, dass es sich bei nachhaltiger Stadtentwicklung um sechs große Handlungsfelder handelt, denen gewisse Indikatoren zu Grunde liegen (Kliesow, 2015). Der Autor räumt ein, dass es sich dabei nur um eine Auswahl handeln kann, wenn gleich ein umfassender Aufschluss über die Möglichkeit der Messung von nachhaltiger Stadtentwicklung gegeben wird, der nun kurz aufbereitet wird.

2.5.3. Sechs Handlungsfelder einer nachhaltigen Stadtentwicklung nach Kliesow (2015)

Martin Kliesow untersuchte im Rahmen seiner Forschungsarbeit wie nachhaltige Stadtentwicklung in der Praxis umgesetzt werden kann und formulierte hierfür sechs Handlungsfelder, die zusammengefasst folgende Bereiche ansprechen:

Tabelle 3: Die sechs Handlungsfelder einer nachhaltigen Stadtentwicklung nach Kliesow (2015)

1. Lebensqualität und individuelle Freiheit (Beachtung individueller Bedürfnisse der Menschen und soziale Aspekte)
2. Ressourceneffizienz (schonender und sinnvoller Umgang natürlicher Ressourcen)
3. Stadtverträgliche und bedarfsgerechte Mobilität (ressourceneffiziente, raumschonende und bedarfsgerechte Elemente von Mobilität, qualitätsvolle und barrierefreie Bewegung innerhalb des Raumes für jede/n Bewohner/in und jede Gruppe)
4. Standortsicherheit, bedachtes Wirtschaften und fairer Wettbewerb (Maßnahmen zur Stärkung des Standortes auf wirtschaftlicher Ebene, ausgeglichene Wirtschaftsstruktur, soziale und ökologische Aspekte der Erwerbsarbeit)
5. Sozial-räumliche Gerechtigkeit und Inklusion (sozial und ökologisch gerechte Wohnraumversorgung)
6. Planungs- Umsetzungs- und Prozessqualität (Qualität und Abwicklung der Planung, soziale und räumliche Belange innerhalb der Planung)

Diese sechs Felder sind nicht in sich geschlossen zu betrachten und nicht eindeutig in die Nachhaltigkeitstriade Ökologie-Ökonomie-Soziales einzugliedern. Vielmehr bieten diese Kategorien die Möglichkeit flächendeckend und vernetzend Nachhaltigkeit in der Stadtentwicklung zu überprüfen (Kliesow, 2015). Weiter hat Kliesow Indikatoren für diese Handlungsfelder bestimmt, die im empirischen Teil dieser Arbeit zur Geltung kommen. Vorerst soll aber nachhaltige Stadtentwicklung auf Wien konzentriert betrachtet werden.

2.5.4 Nachhaltige Stadtentwicklung in Wien

Bereits 1998 startete die Lokale Agenda 21 am Alsergrund im 9. Bezirk als Pilotprojekt. Erstmals wurde damit ein Gremium geschaffen, in dem Bürger*innen und Bezirkspolitik gemeinsam an Projekten für den Bezirk arbeiteten. Die Erfolge des Pilotprojektes führten zur Entwicklung eines LA21-Modells für die gesamte Stadt. Dieses wird bis heute unter dem Namen „Lokale Agenda 21 Plus“ fortgeführt und beförderte unter anderem das Aktionsprogramm „Grätzloase - Wir verwandeln den Freiraum!“ mit dem die Belebung des öffentlichen Raums in Wien vorangetrieben wird (Czernohorszky, 2021).

Mittlerweile ist nachhaltige Stadtentwicklung in Wien mehr als nur ein Programm. Sie ist fester Bestandteil der Bauordnung Wien, der gesetzlichen Grundlage für die Raumordnung und -entwicklung des Landes und der Hauptstadt. In dem Gesetzestext wird an eine „geordneten und nachhaltigen Gestaltung und Entwicklung des Stadtgebietes“ (§1 Abs. 1 WBO) appelliert. Es wird außerdem auf die Erhaltung und Schonung der Ressourcen und Umweltbedingungen, insbesondere für Wohnen, Arbeit und Freizeit verwiesen und die Schaffung von Voraussetzungen für einen möglichst ökologisch und ökonomisch verträglichen Umgang mit den natürlichen Lebensgrundlagen (§1 Abs. 4 WBO). Die Formulierung dieser Ziel-Trias aus Ökonomie, Ökologie und Soziales lässt sich auch in anderen europäischen Gesetzestexten, wie beispielsweise im deutschen Baugesetzbuch, wiederfinden (Kliesow, 2015).

Die LA 21 kann als Startschuss für nachhaltige Stadtentwicklungsprojekte und diesbezüglichen Gesetzgebungen in Wien gesehen werden. Auf Grundlage dieses Erfolgskonzepts wurden weitere Programme entwickelt, die sich dem Leitgedanken nachhaltiger Stadtentwicklung anschließen und im folgenden Abschnitt anhand zweier aktueller Beispiele, der Smart City Wien Rahmenstrategie 2019-2050 und dem Stadtentwicklungsplan STEP 2025, kurz präsentiert werden.

Smart City Wien Rahmenstrategie 2019-2050

Geleitet vom EU-Strategieplan für Energietechnologie (SET-Plan) wurde am 25. Juni 2014 die Smart City Wien Rahmenstrategie vom Gemeinderat rechtlich verbindlich beschlossen. Sie umfasst die Bereiche Energie, Mobilität, Gebäude und Infrastruktur prioritär und miteinander verknüpfend und spricht im Wesentlichen drei Grundprinzipien an: radikale Ressourcenschonung, hohe Lebensqualität/soziale Inklusion und Innovation für eine zukunftsfähige Stadt (Stadt Wien, 2021).

Am 26. Juni 2019 trat die weiterentwickelte Fassung der Rahmenstrategie in Rechtskraft, auf Basis ausführlicher Evaluierungen im Rahmen des Monitoringberichts der ersten Smart City Strategie (Homeier et al., 2017). Diese erste Aktualisierung bringt elementare Neuerungen mit sich: Zum einen knüpfen alle Inhalte an die Nachhaltigkeitsziele der Agenda 2030 an, wobei jeder Zielbereich alle drei vorher erwähnten Grundprinzipien vereint. Zum anderen wurde die Anpassung an die Folgen des Klimawandels, die Kreislaufwirtschaft und der konsumbasierte Materialverbrauch als neue Themen in die Strategie integriert. Indikatoren und zugrundeliegende Berechnungsmethoden sind präziser formuliert worden sowie Prinzipien, Methoden und Instrumente der Governance (Management, Koordination, Umsetzung und Monitoring) kritisch reflektiert und, wenn nötig, angepasst worden (Magistrat der Stadt Wien, 2019).

Zwei wichtige Punkte für die vorliegende Arbeit sind außerdem die Bereiche „Digitalisierung“ und „Partizipation“, die als neue Zielbereiche definiert wurden. Die klare Formulierung der Bürger*innenbeteiligung verdeutlicht nochmals die Relevanz dieser Thematik für heutige Stadtentwicklungen (Stadt Wien, 2021).

Die beiden Programme „Smarter Together“ und „WieNeu+“, die für die Partizipationsforschung in dieser Arbeit herangezogen werden, sind eng mit dem Anliegen verbunden, die Smart City Wien Rahmenstrategie auf lokaler Ebene konkret modellhaft umzusetzen und so einen Qualitätsmanagementzyklus zu integrieren.

STEP2025

Der Wiener Stadtentwicklungsplan (kurz: STEP) wird von der MA 18 erstellt, legt die Richtlinien für die Stadtentwicklung in den folgenden Jahren fest und trägt dadurch maßgeblich zur Entwicklung städtischer Infrastruktur bei. Die Stadtentwicklungspläne werden seit 1984 und dem ersten STEP 84 in Abständen von zehn Jahren erstellt und unterliegen laufenden

Monitoring- und Reflexionsprozessen. Als Konsequenz der Evaluierungsergebnisse folgen Aktualisierungen und Ergänzungen. Die Sicherstellung der STEP-Umsetzung und der STEP-Ziele verpflichtet zur Mitwirkung der Stadtentwicklungskommission an den Planungen weiterer Dienststellen. Dazu zählen unter anderem Fachkonzepte, Flächenwidmungs- und Bebauungspläne, Stadtteilplanungen und Zielgebiete. Die Stadtentwicklungskommission ist in diesem Falle dafür zuständig, die Information des Stadtsenates und Gemeinderates über bedeutsame Planungen vorzubereiten (Rosenberger & Conrad, 2020).

Der aktuelle Plan wurde am 25. Juni 2014 unter dem Titel „STEP25“ vom Wiener Gemeinderat beschlossen. Er behandelt in drei großen Kapiteln „Wien baut auf“, „Wien wächst über sich hinaus“ und „Wien ist vernetzt“ acht Schwerpunktthemen, um die Wachstumspotenziale Wiens zu realisieren. Die Themen strecken sich von der Weiterentwicklung der „Bestandsstadt“ über Fragen der Flächenmobilisierung und des Wirtschaftsstandortes bis hin zur Vernetzung in der Metropolregion, der Freiraumgestaltung oder dem Mobilitätssystem im Zeichen der Nachhaltigkeit (Rosenberger, 2014).

Der STEP25 orientiert sich an der Smart City Wien Rahmenstrategie und stellt ebenfalls Partizipation in den Vordergrund seiner Bestrebungen. „Frühzeitig und gezielt eingesetzt, kann das Instrument Partizipation zu besseren, langfristig tragfähigeren Ergebnissen führen. Erfolgreiche Partizipation erfordert Respekt, Kommunikations- und Lernbereitschaft und Offenheit bei allen Beteiligten. Für Planungsprozesse bedeutet das oft ein neues Verständnis und neue Methoden“ (Rosenberger, 2014: 7).

Aus beiden Entwicklungskonzepten wird ersichtlich, dass kein zukunftsfähiger Stadtentwicklungsplan ohne einen Fokus auf Nachhaltigkeit zu setzen auskommt und welche Rolle Partizipation darin spielt. Dieses neue Verständnis und die für die Implementierung von Partizipation benötigten neuen Methoden sollen im letzten Teil der theoretischen Einbettung im zusammenfassenden Begriff der „partizipativen nachhaltigen Stadtentwicklung“ zusammengetragen werden.

2.6 Partizipative nachhaltige Stadtentwicklung

„Stadtentwicklung war und ist immer auch Produkt der Aktivitäten von Bürgern“ (Dietrich et al., 2010:358). So wird im letzten Teil des theoretischen Fundaments dieser Arbeit die Stadtentwicklung im Fokus der Bürger*innen betrachtet und eruiert, was partizipative

Stadtentwicklung ist, welche Ansätze der politischen Partizipation für die Stadtentwicklung Anwendung finden und welche Beteiligungsmöglichkeiten sich daraus für die Bevölkerung ergeben. Ein Fokus auf Wien leitet den empirischen Teil der Arbeit ein.

2.6.1 Definition

Zur partizipativen Stadtentwicklung kann in erster Linie anhand der Frage: „Wer ist an was, wie beteiligt?“ ein enger und ein weiterer Partizipationsbegriff in der Stadtplanung klassifiziert werden. Traditionell wird mit Partizipation die Teilhabe der Öffentlichkeit an raumbezogenen Planungsprozessen öffentlicher, z. B. kommunaler Akteur*innen bezeichnet, wie bereits in den Kapiteln zur Partizipation erläutert wurde. In der Regel erlauben diese Beteiligungsangebote den Bürger*innen „Anregungen und Einwände zu formulieren und so an der Meinungsbildung mitzuwirken. Eine Mitwirkung an der Entscheidungsfindung ist nur in Ausnahmefällen möglich“ (Dietrich et al., 2010: 357).

Der weitere Begriff bezeichnet „eine Vielfalt von Einflussnahmen auf Prozesse der Stadtentwicklung sowie die kommunikative Gestaltung der Bezüge zwischen den unterschiedlichen Akteur*innen“ (Dietrich et al., 2010: 357). Diese Kooperationsformen der Stadtpolitik werden als „local governance“ bezeichnet, in denen die Forderung nach Partizipation einen herausragenden Stellenwert erhält (Geißel, 2007).

Die Partizipationsformen der Stadtentwicklung können aus den vorherigen Erklärungen zur politischen Partizipation übernommen werden. So findet Arnsteins Leiter in Kombination mit Lüttringhaus‘ Modell häufig Anwendung, um die *Beteiligungstiefe* durch die drei Bereiche Information („Bürger*innen wurden informiert“), Konsultation („Bürger*innen wurden miteinbezogen“) und Kooperation („Bürger*innen arbeiten mit“) anzusprechen. Die Art der Partizipation kann durch die Vier-Felder-Tafel nach Buse und Nelles bestimmt werden, die Partizipation anhand der Verfasstheit, Legalität und Direktheit unterscheidet (Walz et al., 2012).

Gesetzlich geregelte Beteiligungsangebote von der Regierung zur Meinungsbeschaffung der Bürger*innen (z.B. bezüglich der Eigentumsrechte) gibt es bereits. Neuere Entwicklungen lassen die Bürger*innen im Sinne des Umschwungs von Government zu Governance darüber hinaus als eigenständige Akteur*innen in der Quartiersentwicklung agieren (Dietrich et al., 2010). Grundsätzlich lässt sich daher eine Bedeutungsverschiebung von der Beteiligung an Meinungsbildungsprozessen hin zur aktiven Mitwirkung an Aufgaben der Stadtentwicklung

feststellen, also von formellen, gesetzlich geregelten zu informellen, frei gestaltbaren Beteiligungsmöglichkeiten. Wie Bürger*innen weiter in die Stadtentwicklung miteinbezogen werden können, zeigt sich anhand der großen Auswahl an Beteiligungsmethoden, die nachfolgend exemplarisch dargestellt werden.

2.6.2 Beteiligungsmethoden

Wie in Kapitel 2.4. bereits verdeutlicht wurde, teilt sich Partizipation in Verfasstheit, Legalität und Direktheit. Bei verfasster (formeller) und legaler Partizipation, werden der Bevölkerung vom Staat gewisse Partizipationsmöglichkeiten eingeräumt. Die endgültigen Entscheidungen werden jedoch, mit Ausnahme vom Bürgerentscheid, von der Legislative und der Verwaltung getroffen. Als direkte Methode kann das Volksbegehren gesehen werden, als indirekte zählen Beiräte (Kaase, 1992).

Die unverfassten (informellen) Beteiligungsmethoden (Partizipation im engeren Sinne) stellen in der Stadtentwicklung eine besondere Rolle dar, da diese sich hauptsächlich am Konsens orientieren und keiner rechtsförmigen Normierung unterliegen (Kaase, 1992). Gerade diese Beteiligungsmethoden erfreuen sich einer großen Spannweite kreativer Umsetzungen und reichen von spielerischen eintägigen Workshops in Kleingruppen bis zu Zukunftskonferenzen für Großgruppen, die monatiger Vorbereitungen unterliegen (Alge et al., 2012).

Die Website „Partizipation und nachhaltige Entwicklung in Europa“ des Bundesministeriums für Klimaschutz, Umwelt, Energie, Mobilität, Innovation und Technologie (BMK) in Kooperation mit der Österreichischen Gesellschaft für Umwelt und Technik (ÖGUT) gibt einen ausführlichen Aufschluss über Partizipationsmethoden, den Ablauf der Methode, der Gruppengröße, zeitlichen Aufwand und weiteren Parametern (Handler, 2021b). Auch das „Praxisbuch Partizipation“ der Stadt Wien (Arbter, 2012) sowie das „Handbuch zur Partizipation“ der Stadt Berlin (Walz et al., 2012) bieten eine Vielzahl an Beteiligungsmethoden, aufgelistet nach denselben Prinzipien, an. Alle Beteiligungsmethoden zu erklären, würde über das Ziel dieser Arbeit hinausgehen und auch nicht der Forschung gerecht werden. Stattdessen soll hier exemplarisch aus Sicht der Beteiligungstiefe, anlehnend an Arnsteins Leiter (Information, Konsultation, Mitbestimmung), jeweils ein Beispiel gegeben sowie die Co - Creation vorgestellt werden, die für die beiden Beispielprojekte eine hohe Relevanz aufzeigt.

Informative Beteiligungsmethode – Das Brettspiel

Streng genommen ist die Information keine Beteiligungsmethode, da den Bürger*innen kein Einfluss auf den Entscheidungsprozess gewährt wird. Die Kommunikation verläuft nur in eine Richtung, nämlich von den Planungs- oder Entscheidungsträger*innen zur Öffentlichkeit (Dearing, 2009). Im „Handbuch zur Partizipation“ der Stadt Berlin wird jedoch das Brettspiel als rein informative Beteiligungsmethode genannt.

Es handelt sich dabei um eine spielerische Beteiligungsmethode, bei der die Teilnehmenden generationsübergreifend Gedanken und Visionen über das Planungsgebiet äußern. Ein Spielplan, der dem Gebiet angepasst wurde ist samt Ereigniskarten Grundlage für die Spielidee, nach der Spielfiguren entlang eines Pfades ins Ziel wandern. Primäres Ziel des Spieles ist es, in einen Austausch zu Ideen und Wünschen für das Planungsgebiet zu gelangen (Walz et al., 2012).

Aus vergleichenden Analysearbeiten zu Beteiligungsmethoden müsste es sich beim Brettspiel bereits um eine Mischform aus Information und Konsultation handeln, da Ideen sammeln über bloße Information hinausgeht. Rein informative Methoden wären Aushänge, Flyer oder Websites lediglich zur Einsichtnahme der Beteiligten (Arbter, 2012).

Konsultative Beteiligungsmethode- Die Fantasiereise

Unter konsultative Methoden versteht man jene, bei denen die Beteiligten zu einer gestellten Frage oder einem vorgelegten Entwurf Stellung nehmen. Dadurch können sie Entscheidungen beeinflussen, wobei jener Grad sehr unterschiedlich ausgeprägt sein kann. Die Kommunikation verläuft wechselseitig, von den Planungs- oder Entscheidungsträger*innen zur Öffentlichkeit und wieder zurück (Dearing, 2009).

Zu diesen Methoden zählt beispielsweise die Fantasiereise. Sie ist eine kreative Methode, bei der die Agierenden mithilfe einer Gedankenreise und Unterstützung durch eine Moderation in eine imaginäre Stadt geführt werden. Die Teilnehmenden stellen sich bei der Fantasiereise leitfadengerichtet jeweils ihr Bild der Stadt vor. Die Visionen zu Stadtentwicklungsmaßnahmen werden anschließend kreativ oder berichtend festgehalten (Walz et al., 2012).

Kooperative Beteiligungsmethode – Planning for Real

Bei kooperativen Beteiligungsmethoden können die Teilnehmenden bei der Entscheidung mitbestimmen. Der Grad der Einflussnahme ist groß und kann bis zur gemeinsamen Entscheidungsfindung mit den politischen Entscheidungsträger*innen reichen. Die

Kommunikation zwischen Planungs- oder Entscheidungsträger*innen und Öffentlichkeit ist als intensiv einzustufen (Dearing, 2009).

Ein Beispiel hierfür ist das sogenannte „Planning for Real“. Dabei wird ein Städtebaumodell des Istzustands eines Gebietes erstellt und an vielen Orten ausgestellt, um sich mit den dort lebenden Menschen über die Wohnverhältnisse auszutauschen. Impulse werden direkt am Modell visualisiert oder verschriftlicht. Daraufhin folgt eine Veranstaltung zu Stärken und Schwächen, in der Prioritäten gesetzt und Arbeitsgruppen zu Umsetzung gebildet werden. Die Ergebnisse fließen anschließend in einen Aktionsplan ein. Ziel ist eine niederschwellige Mobilisierung der Menschen vor Ort, Ermittlung von Defiziten und Potenzialen sowie das Erarbeiten von Handlungsschwerpunkten. Diese Methode ermöglicht es den Beteiligten, an der Gestaltung ihres Lebensumfeldes teilzuhaben. Durch den Austausch auf der Straße können außerdem neue Interessierte gewonnen werden (Walz et al., 2012).

Co-Creation

Darüber hinaus existiert heute die Annahme, dass Beteiligung ohne Zusammenarbeit nicht gelingen kann, was auch schon aus dem Governance- Ansatz hervorgeht. Die unterschiedlichen Formate finden sich im Begriff der „Co-Creation“ wieder, die allgemein eine kooperative Generierung neuer Ergebnisse beschreibt.

Co-Creation, Co-Produktion und Co-Design werden dabei häufig als Synonyme verwendet, obwohl sie sich unterscheiden. Co-Creation beschreibt erst einmal den Akt der kollektiven Kreativität, der von einer Menschengruppe ausgeführt wird und die beiden anderen Begriffe einschließt, während Co-Produktion und Co-Design spezifischere Ergebnisse (ein Produkt oder ein Design) beschreiben. Das Konzept stammt ursprünglich aus den 70er Jahren, wurde aber erst zur Jahrtausendwende und der damit verbundenen Globalisierung durch das Internet prominent. In diesem Zusammenhang wurde Co-Creation als der „Erlass einer interaktiven Schöpfung“ definiert, durch die verschiedenen Subgruppen verbunden, koordiniert und in gemeinsamen Online- oder Offline-Plattformen, mit der Fähigkeit zur Organisation und Vermittlung, in Gang gesetzt werden. Die Teilnehmer*innen am Co-Creation-Prozess, werden durch die Forschungsziele oder -aussagen definiert (Michelini et al., 2021).

Für diese Forschung relevant ist die Fähigkeit der Co-Creation, sich auf Bürger*innen beziehen zu können, damit sie sich aktiv an Entscheidungsprozessen beteiligen und diese mindestens genauso stark beeinflussen zu können, wie andere Entscheidungsträger*innen. Co-Creation kann dabei sowohl eine Methodik darstellen, als auch eine bestimmte Phase eines

Beteiligungsprozesses wiedergeben. Sie beinhaltet ein bestimmtes partizipatorisches Design, das die aktive Rolle der Zielgruppe durch die gemeinsame Teilnahme am Kurationsprozess beinhaltet. Partizipation kann dann als die gegenseitige Beeinflussung der interessierten Parteien eines Entscheidungsprozesses verstanden werden (Michelini et al., 2021).

Obwohl es weltweit eine umfangreiche Liste von Erfahrungen mit Co-Creation gibt, gibt es keine geregelten Implementierungsvorschläge, die man befolgen könnte. Auch eine komparative Auswertung dieser Aktivitäten, Methoden und Ergebnisse fehlt (Michelini et al., 2021). Für diese Forschung soll eine Auswahl an Co-Creation Formate vorgestellt werden, da im Kontext der Projekte wieder darauf zurückgegriffen wird.

„*Reallabore*“ oder auch „*Living Labs*“ genannt, stellen eine Form der Co-Creation dar und sind Realexperimente, „bei denen in einem kooperativen Prozess zwischen Akteur[*innen] aus der Wissenschaft und der Praxis Experimente geplant, durchgeführt und ausgewertet werden“ (Beecroft et al., 2018: 76). Dabei sollen Nachhaltigkeitstransformationen angestoßen und unerwünschte Folgen erkannt und vermieden werden (Transformationsziel), Ergebnisse auf andere Transformationsprozesse übertragen (Transfer- und Upscalingziel), Kultur der Nachhaltigkeit im Umfeld des Reallabors gefördert (Kulturziel), Kooperation der Akteur*innen stabilisiert (Kooperationsziel) und Empowerment der Akteur*innen aus der Praxis angestrebt werden (Empowermentziel). Gerade das Empowermentziel besitzt einen stark partizipativen Charakter und wird auf Arnstein’s Leiter der „Selbstverwaltung“ zugeteilt und übersteigt damit die kooperative Stufe (Beecroft et al., 2018).

Ein weiteres Beispiel ist *Gamification*, bei der die Umsetzung von Spielen und spielerischen Umgebungen im Zentrum stehen, die es den Spieler*innen ermöglicht, Alternativen zu erkunden und Risiken einzugehen, während sie sich mit komplexen Themen befassen. Spiele regen auch Lern- und Kompetenzbildungsprozesse an und fördern das Bewusstsein für städtische Kernthemen. Das Spielen schafft eine Grundlage für gemeinsames Lernen zwischen Designer*innen und Nutzer*innen, die die Möglichkeit bietet, sich in andere Rollen oder Perspektiven zu versetzen, um neue Ideen zu entwickeln (Michelini et al., 2021).

Workshops und *öffentliche Events*, die genau genommen aus einer Reihe Workshops bestehen, sollen hier auch kurz angesprochen werden, müssen aber nicht weiter ausgeführt werden, weil davon ausgegangen wird, dass die Begriffe geläufig sind. In diesen Workshops und Events werden vielzählige Co-Creation Tools angewandt, um möglichst viele Interessent*innen,

Stakeholder*innen und potenzielle Projektpartner*innen zu erreichen. Im Mittelpunkt steht das Werkzeug als soziale Organisationsform zur Konsensfindung für Entscheidungsprozesse (Michelini et al., 2021).

Im Anhang befindet sich eine Abbildung, die einen guten Überblick über die mit der Co-Creation in Zusammenhang stehenden Begriffe gibt (Annex 3).

2.6.3 Von Beteiligung zur Partizipation

Viele Beteiligungsmethoden lassen sich nicht eindeutig zu einer Partizipationstiefe zuordnen, wie an dem Beispiel des Brettspiels klar wurde. Gerade im Bereich Konsultation und Kooperation häuft sich die Methodenvielfalt, was darauf schließen lässt, dass partizipative Stadtentwicklungsagenden weg von reiner Information hin zu einen Fokus auf die Einbeziehung der Bürger*innen gehen, wie auch (Dietrich et al., 2010) eingangs bereits feststellte. Es stellt sich auch die Frage, wieweit Arnsteins Überlegungen zur bürgerlichen Einbringung über Kooperation hinaus möglich sein kann. Abbildung 7 soll diesen Prozess veranschaulichen, der sich in nachhaltigen Stadtentwicklungsstrategien heute widerspiegelt.

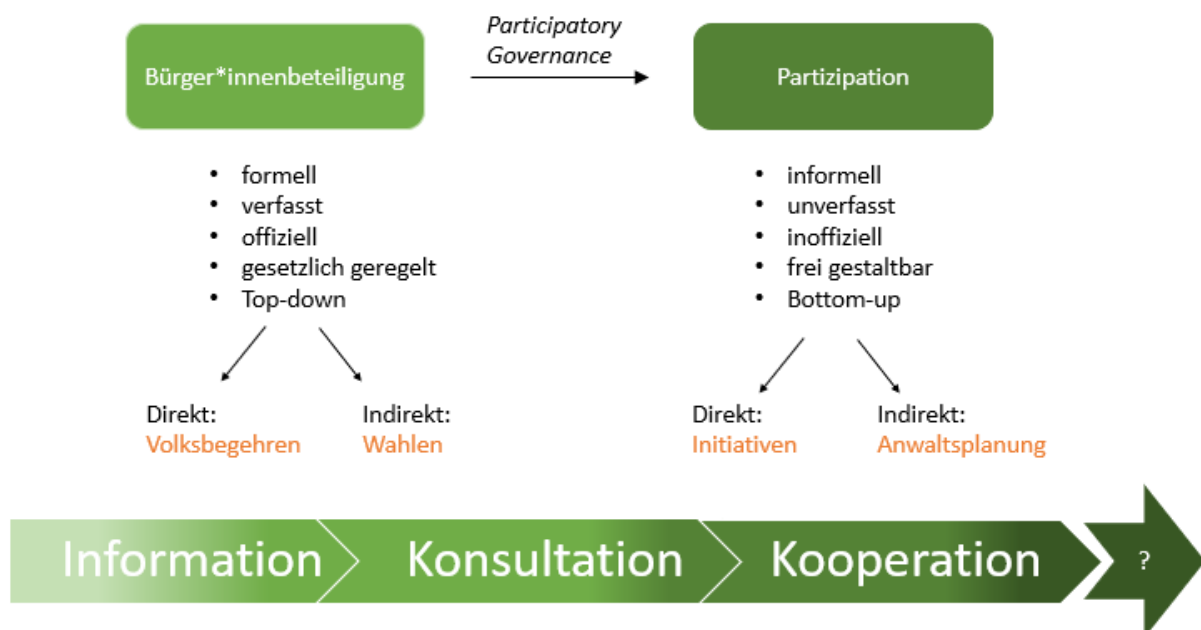


Abbildung 7: "Mehr Partizipation wagen": Der Prozess von Bürger*innenbeteiligung zu mehr Partizipation durch den Participatory Governance Ansatz in Abhängigkeit der Beteiligungstiefe, eigene Darstellung (2021)

Die Bürger*innen werden zu Partner*innen in komplexen Aufgabenfeldern der Stadtentwicklung, indem ihnen aus einer bedingten Beteiligungshaltung, die gesetzlich geregelt ist und nur limitierte Entscheidungsspielräume zulässt, durch Ansätze der partizipativen Governance zu mehr Partizipation verholfen wird, die freier gestaltbar ist und durch Initiativen

der Bürgerschaft lebt. Damit entwickelt sich laut (Dietrich et al., 2010) zwischen den bisher genannten Entwicklungslinien eine Schnittmenge heraus, nämlich zwischen Staat, Märkten und der Gesellschaft. Es handelt nicht mehr jede Seite für sich oder gar gegeneinander. Es wird kooperativ agiert im Sinne des Participatory Governance und der Co-Creation, denn nachhaltige Stadtentwicklung ist heute mehr denn je abhängig vom Mitgestalten seiner Bürger*innen (Dietrich et al., 2010).

Zukunftsorientierte Hauptstädte haben dies erkannt und ihre Stadtpolitik dementsprechend angepasst (Piskorz, 2009). Auch die Stadt Wien lässt Partizipation als eigenständigen Aufgabenbereich in ihren Stadtentwicklungskonzepten behandeln. Von der Bürger*innenbeteiligung hin zu mehr Partizipation, wie Wiens Stadtentwicklungsstrategien bewerben. Diese sollen im letzten Abschnitt der theoretischen Ausarbeitung beleuchtet werden.

2.6.4 Partizipative nachhaltige Stadtentwicklung in Wien

Wien verankert seit einigen Jahren Beteiligung und Partizipation in ihrer Stadtentwicklung. Die Smart City Rahmenstrategie hat Partizipation als neues Ziel definiert und der STEP 2025 hebt die Beteiligung der Bevölkerung als zentrales Element guter Stadtentwicklung hervor, damit die Entwicklung der Stadt zu langfristig besseren Ergebnissen durch die frühzeitige Zusammenarbeit mit der Bevölkerung führt (Rosenberger, 2014).

Im Rahmen dieser Agenden wurden in den letzten Jahren eigens für den partizipativen Aspekt der nachhaltigen Stadtentwicklung konkrete Ausformulierungen in Handbüchern und Arbeitsblättern vorgenommen, die den Entscheidungsträger*innen und ausführenden Ämtern beim Gelingen Ihres Vorhabens helfen sollen. Drei prominente Beispiele werden an dieser Stelle erörtert.

Praxisbuch Partizipation (MA18)

2012 legte die österreichische Hauptstadt mit dem „*Praxisbuch Partizipation. Gemeinsam die Stadt entwickeln*“, herausgegeben von der Magistratsabteilung 18 für Stadtentwicklung und Stadtplanung, einen konkreten Fokus auf partizipative Entwicklungsprozesse in ihrer Stadtentwicklung. Das Buch hat zum Ziel allen Beteiligten an der Stadtplanung eine Grundlage für die Organisation und Durchführung von Beteiligungsprozessen zur Verfügung zu stellen. Es wird explizit daraufhin gewiesen, dass Beteiligungsprozesse im Mittelpunkt stehen, die nicht rechtlich geregelt und frei gestaltbar sind, also „Partizipation im engeren Sinne“ gemeint ist (Arbter, 2012).

Das Buch differenziert zwischen Bürger*innenbeteiligung, Öffentlichkeitsbeteiligung und Partizipation im Sinne der Beteiligungsart (formell, informell) und ihrer Tiefe. Bürger*innenbeteiligung gilt als die Möglichkeit aller betroffenen bzw. interessierten Bürger*innen, die ihre Interessen und Anliegen bei öffentlichen Vorhaben vertreten und einbringen, mit dem Ziel, Entscheidungen zu beeinflussen. Öffentlichkeitsbeteiligung inkludiert außerdem Organisationen, wie die Kammern, Anwaltschaften und NGOs sowie die Fachöffentlichkeit. Unter Partizipation versteht das Praxisbuch neben der Einbindung von Bürger*innen, Organisationen und der Fachöffentlichkeit auch die Inklusion von Verwaltung, politische Vertreter*innen oder Unternehmen (Arbter, 2012). Das Praxisbuch unterscheidet die Beteiligungstiefe in Anlehnung an Arnsteins Leiter nach „Information – Konsultation – Kooperation“, wobei sich die Definitionen aus den „Standards der Öffentlichkeitsbeteiligung“ des Bundeskanzleramtes ergeben (Dearing, 2009). Es wird auch klargestellt, dass Information eigentlich nicht als Beteiligungsform zählt, für die Partizipation allerdings eine wichtige Grundlage darstellt (Arbter, 2012). Bezüglich der nächsten Beteiligungsstufen hält das Praxisbuch fest, dass ein wesentlicher Unterschied zwischen Konsultation und Kooperation darin besteht, ob die Beteiligten miteinander intensiver in Kontakt kommen oder nicht. Außerdem bedeutet die Staffelung nicht gleichzeitig „Gut – besser – am besten“. Je nach Aufgabe kann Information, Konsultation oder Kooperation die Stufe der Wahl sein, wobei in den meisten Beteiligungsprozessen alle drei Intensitätsstufen kombiniert auftreten (Arbter, 2012).

Masterplan partizipative Stadtentwicklung (MA 21)

Mit dem 2017 erschienenen „Masterplan partizipative Stadtentwicklung“ der Magistratsabteilung 21 für Stadtteilplanung und Flächennutzung konkretisiert die Stadt Wien ihr Vorhaben, Partizipation in der Stadtentwicklung eine priorisierte Rolle zu Teil werden zu lassen erneut. Ein frühzeitiges Beteiligen der Bevölkerung an städtebaulichen Planungs- und Widmungsprozessen soll durch diesen Plan erreicht werden, der eine Schritt-für-Schritt-Anleitung bietet, wie Beteiligung bei städtebaulichen Planungsprozessen organisiert werden und wann ein informelles Beteiligungsverfahren zum Einsatz kommen kann. In diesem Sinne soll gemeinsam mit der Wiener Stadtbevölkerung an einem lebenswerten, sozialen, grünen und zukunftsweisenden Wien weitergearbeitet werden (Brosenbauer et al., 2017).

Auch der Masterplan weist darauf hin, dass es sich gerade um informelle, partizipative Projekte „im engeren Sinne“ handeln soll (Brosenbauer et al., 2017). Er unterscheidet in Beteiligungsart (formell, informell) und Tiefe nach Arnstein, spart allerdings „Information“ als

Beteiligungsstufe aus. Es wird nur auf konsultative und kooperative Prozesse hingewiesen, was darauf hindeutet, dass „Information“ nicht als wirkliche Beteiligung gesehen wird. Unter konsultative Beteiligung versteht der Plan die Beteiligten zu einem Entwurf oder einer Frage Stellung nehmen lassen zu können, während unter kooperativer Beteiligung gemeint ist, dass zusammen mit der Verwaltung, externen Planer*innen und anderen relevanten Handelnden ein Projekt geplant wird (Brosenbauer et al., 2017). Den Fokus sieht der Masterplan auf konsultativen Prozessen, die in der Stadtentwicklung am weitesten verbreitet sind.

Arbeitsblätter zur Partizipation (BMK & ÖGUT)

Ein drittes Werk soll an dieser Stelle vorgestellt werden, welches in Kooperation des ÖGUT zusammen mit dem BMK entstanden ist. Die „Strategiegruppe Partizipation“ entwarf 2012 eine Mappe mit Arbeitsblättern zur Partizipation. Damit möchten sie Wissen über die Gestaltung von Öffentlichkeitsbeteiligung der Allgemeinheit zur Verfügung zu stellen und damit zur Qualitätssicherung von Partizipation einen Beitrag leisten. Die 2002 entstandene Strategiegruppe setzt sich aus Partizipationsexpert*innen der Wissenschaft, Verwaltung und anderen Anwendungsfeldern zusammen. Sie formulierte folgende Ziele (Alge et al., 2012):

- Anheben des Bewusstseins für Partizipation in der Öffentlichkeit sowie bei Entscheidungsträger*innen aus Politik, öffentlicher Verwaltung und Wirtschaft
- Ausarbeitung von Partizipationsstrategien für nachhaltigkeitsrelevante Politikbereiche
- Steigerung einer nachhaltigen Entwicklung durch Förderung von Partizipation auf kommunaler, regionaler und nationaler Ebene
- konkrete Handlungsanleitungen für Praktiker*innen zur Verfügung stellen

In den Jahren 2003 bis 2011 wurden von den Mitgliedern der Strategiegruppe Partizipation sieben Arbeitsblätter zu Kernthemen der Beteiligung erarbeitet. Die Arbeitsblätter dienen der Reflexion und Unterstützung jener, die mit der Planung und Durchführung von partizipativen Prozessen befasst sind (Alge et al., 2012). Das erste beinhaltet eine Checkliste für Rahmenbedingungen partizipativer Verfahren im öffentlichen Bereich und soll helfen, den Erfolg des partizipativen Verfahrens durch die Prüfung der relevanten Rahmenbedingungen und Qualitätskriterien sicherzustellen (Alge et al., 2012). Die Checkliste orientiert sich an der Beteiligungstiefe nach Arnstein (Information, Konsultation, Kooperation) und wird im empirischen Teil der Arbeit zur Prüfung von Partizipation herangezogen.

2.7 Zusammenfassung und Einleitung in die Forschung

Abschließend sollen an dieser Stelle die Kernelemente des theoretischen Hintergrundes zur partizipativen nachhaltigen Stadtentwicklung gegeben werden, um im nächsten Schritt der Forschungsarbeit nachzugehen.

Die Basis der partizipativen nachhaltigen Stadtentwicklung ist ihr demokratisches Grundverständnis. Die Demokratie beinhaltet in ihrer Rohfassung bereits eine partizipative Komponente, jedoch kann diese erst seit dem Paradigmenwechsel vom Government zur Governance wirklich zum Ausdruck gebracht werden. Der pleonastische Neologismus des „partizipativen Governance“- Ansatzes verdeutlicht diesen Mehrwert an Partizipation und weist auf ein neues politisches Verständnis hin, welches in der Öffentlichkeitsarbeit bereits Anwendung findet. Auf diesem Ansatz baut das „neue“ Partizipationsverständnis, welches seinen Ursprung in Sherry Arnsteins Partizipationsleiter hat und von Wissenschaftler*innen, wie Maria Lüttringhaus, auf heutige Bedürfnisse angepasst wurde.

Voraussetzung für eine partizipative Stadtentwicklung ist ihre Zukunftsfähigkeit und damit ihre Verankerung in globalen und lokalen Nachhaltigkeitsagenden. Auf globaler Ebene bildet die Agenda 2030 und offizielle von der EU definierten Schlüsselemente den notwendigen Rahmen sowie eine Vielzahl an Indikatoren, die essenziell sind, um Nachhaltigkeit prüfbar zu machen. Auf lokaler Ebene sind es die Strategiepläne der Städte, die ihre Ziele an die Bevölkerung kommunizieren, weshalb für Wien die Smart City Rahmenstrategie und der STEP 2025 untersucht wurden.

Aus der Geburtsstätte der partizipativen Demokratietheorie in Kombination mit dem Nachhaltigkeitsbestreben moderner Städte, ergibt sich der Forschungsbereich der partizipativen nachhaltigen Stadtentwicklung. Der Aspekt der Partizipation in der Stadtentwicklung kann durch die Beteiligungstiefe sowie die Art der Beteiligung unterschieden werden. Je nach Intensität und Form ergeben sich unterschiedliche Beteiligungsmethoden für die Bevölkerung, die sich immer mehr von konformen, top-down gerichteten Beteiligungsmöglichkeiten lösen und sich hin zu freien, bottom-up gerichteten und kooperativen Partizipationsinitiativen für Bürger*innen bewegen. Die im Rahmen des Participatory – Governance - Ansatzes gewonnene Erkenntnis, dass Bürger*innen ein gewisses Recht auf ihre Stadt besitzen und dies auch wichtig für eine zukunftsfähige Stadt ist, führte zu neuen Strategien in der Stadtentwicklung, die die Stadt Wien umzusetzen versucht. Sie formulierte im letzten Jahrzehnt ein Handlungsbuch und einen Masterplan, sowie diverse Arbeitsblätter zur Gewährleistung dieses Vorhabens.

Die Forschung in dieser Arbeit liegt auf der Prüfung, ob und wie die Stadt Wien ihre Partizipationsziele in der Stadtentwicklung geltend macht und ob diese auch den Kriterien einer nachhaltigen Stadtentwicklung genügen. Dafür wurden exemplarisch zwei Projekte aus der aktuellen Stadtentwicklung gewählt. Ein besonderer Fokus soll auf informellen Beteiligungsmethoden liegen, also Projekte die „Partizipation im engeren Sinne“ betrachten, da dieser engere Partizipationsbegriff in den Stadtentwicklungskonzepten der Stadt Wien besonders hervorgehoben wird.

Für die Forschung wird nun die ausgewählte Methodik vorgestellt, begründet und die Indikatoren zur Messung von Partizipation und Nachhaltigkeit definiert.

3. Methodik

Um die Forschungsfrage zu beantworten, wurde für diese Arbeit die qualitative Inhaltsanalyse gewählt, mit Hilfe derer Indikatoren bestimmt werden, die sowohl Nachhaltigkeit als auch Partizipation messbar machen. „Die qualitative Inhaltsanalyse ist das einzige Verfahren der qualitativen Textanalyse, das sich frühzeitig und konsequent vom Ursprungstext trennt und versucht, die Informationsfülle systematisch zu reduzieren sowie entsprechend dem Untersuchungsziel zu strukturieren“ (Gläser & Laudel, 2009: 200). Da es sich bei dieser Forschung um eine Vielzahl an unterschiedlichen Textquellen handelt (Projektberichte, Websites, Fachliteratur) und auch das Fachwissen von Experten zu Hintergrundinformationen in Form von leitfadengestützten Interviews Einzug in die Forschung erhalten soll, wurde diese Form der Analyse gewählt. Laut der Aussage von Gläser & Laudel scheint somit eine Transkription des gesamten Interviews als wenig aussagekräftig, sondern vielmehr die Kontextualisierung, Strukturierung, Analyse und Interpretation des gesammelten Wissens, welche der Untersuchung erst die nötige Aussagekraft geben und demnach von Bedeutung sind. Deshalb wurde sich bei dieser Forschung für die qualitative Inhaltsanalyse nach Gläser und Laudel entschieden, die auf Mayerings und Kuckartzs Konzept des induktiven und deduktiven Verfahrens aufbaut und eine effiziente Fortführung der Textanalyse in Kombination mit Experteninterviews darstellt. Die Methode wird im Folgenden vorgestellt.

3.1 Qualitative Inhaltsanalyse nach Gläser und Laudel

Die qualitative Inhaltsanalyse nach Gläser und Laudel teilt sich in fünf aufeinanderfolgende Segmente, die in der nachstehenden Graphik (Abb. 8) dargestellt werden:

Nach den theoretischen Vorüberlegungen, die bereits im ersten Kapitel behandelt wurden und den Forschungsgegenstand vorstellen, sowie auf die zu untersuchenden Probleme eingehen, folgt im zweiten Schritt die Vorbereitung der Extraktion. Dafür wird das zu untersuchende Material bestimmt, die in der Theorie herausgearbeiteten Variablen miteinbezogen und erste Indikatoren festgelegt, nach denen das Material untersucht wird.

Die Extraktion beinhaltet die Feldforschung. Hier werden während des Materialdurchlaufs Extraktionsregeln gesucht, die auch auf die Aufnahme oder Veränderung neuer Indikatoren und Ausprägungen schließen. Dieser an die Grounded-Theory-Methodology angelehnte Kreislauf aus Datensammeln und Bildung neuer Regeln bricht das lineare Verfahren, welches Mayering

oft nachgesagt wird, auf und erlaubt einen größeren Spielraum bei der Regelfindung. Da es sich in dieser Arbeit um eine Kombination aus Textanalyse und Experteninterviews handelt, ist diese Reinterpretation des Materials elementar für die Forschungsarbeit. Die Experteninterviews sollen Aufschluss auf weitere Hintergrundinformationen geben und bereits bestehende Extraktionsregeln ergänzen, bzw. neue ermöglichen. Nur durch diesen hermeneutischen Zugang ist eine tiefgründige Extraktion möglich.

Nach Abschluss des Materialdurchlaufes folgt die Auswertung im vierten Schritt. Die extrahierten Regeln werden zeitlich und/oder sachlich sortiert, bedeutungsgleiche Informationen zusammengefasst und etwaige Fehler benannt und beseitigt. Zuletzt werden in der Auswertung Fälle kategorisiert und Kausalzusammenhänge erschlossen, die sich durch gemeinsame Merkmalsausprägungen und Typisierungen zeigen.

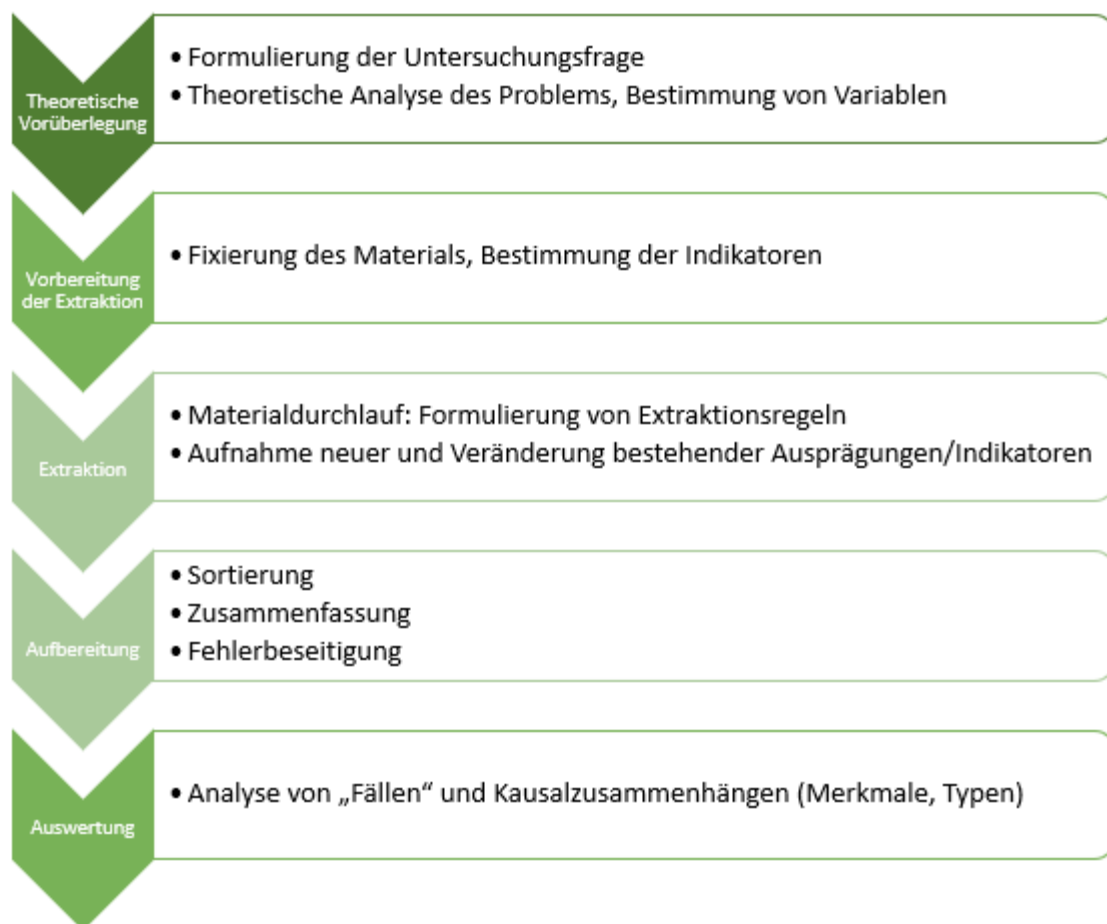


Abbildung 8: Schema der qualitativen Inhaltsanalyse, eigene Darstellung nach (Gläser & Laudel, 2009)

Beim Forschungsdesign wurde sich zwar an einen Interview-Leitfaden orientiert, der für alle Interviewpartner ähnlich gestellte Fragen enthielt, jedoch leichte Änderungen enthielt, je nach wissenschaftlichem oder fachlichem Schwerpunkt des Befragten. So gelang es unterschiedliche

und vergleichbare Antworten und Datenmengen zu sammeln, während darüber hinaus spezifisches Wissen aus den einzelnen Fachbereichen der Expert*innen erschlossen und in Kontext gesetzt werden konnte.

3.2 Bestimmung der Indikatoren

Nachdem im ersten Teil der Arbeit ausführlich auf die Forschungsfrage eingegangen wurde und die Problemstellung mittels der theoretischen Herleitung erhoben wurde, können nun die Indikatoren für die beiden Variablen „Nachhaltigkeit“ und „Partizipation“ ausfindig gemacht werden. Da Nachhaltigkeit als Voraussetzung von partizipativen Prozessen anzusehen ist, folgt die Indikatorenbestimmung in ebendieser Reihenfolge.

3.2.1 Nachhaltigkeit

Für die Indikatoren der Nachhaltigkeit wurden in dieser Arbeit die sechs Schlüsselemente nach (Kliesow, 2015) gewählt, die in Kapitel 2.5.3. vorgestellt wurden. Innerhalb dieser Schlüsselemente wurden Fragen formuliert, die bei positiver Beantwortung auf eine vorhandene Nachhaltigkeit in der Stadtplanung hinweisen. Der gesamte Katalog kann im Anhang eingesehen werden (Annex 1). Exemplarisch wird hier das Handlungsfeld „Planungs, Umsetzungs- und Prozessqualität“ in drei Kategorien vorgestellt, da hier auch auf Partizipation eingegangen wird, was die Voraussetzung für die Prüfung des Partizipations-Indikators darstellt (Kliesow, 2015: 55):

• **Partizipation**

- Gibt es besondere Verfahren für die Beteiligung der Bevölkerung, die über das normale Maß hinausgehen?
- Gibt es eine intermediäre Institution seitens der Stadt für Information und Teilnahme der Bevölkerung?
- Wird die Bevölkerung an städtebaulichen Wettbewerben beteiligt?
- Besteht die Möglichkeit der Teilnahme am Nachhaltigkeitsprozess (z.B. ehrenamtliches LA21 Engagement)?
- Wird aktiv das demokratische Engagement gefördert?

- **Leitbildbezug Nachhaltige Stadtentwicklung**

- Besteht ein Nachhaltigkeitsmanagement in der Verwaltung?
- Werden Umwelteinwirkungen in der Planungsphase berücksichtigt?
- Besteht eine Qualitätssicherung / Monitoring der Entscheidungen?
- Gibt es eine Form der Berichterstattung (Konzepte, Berichte o.ä.) bzgl. Nachhaltigkeit?

- **Horizontale und vertikale Integration**

- Besteht eine interinstitutionelle oder interdepartementale Zusammenarbeit im Bereich der Verwaltung?
- Findet bei Entscheidungen eine Abstimmung zwischen den Themen statt?
- Werden andere räumliche Ebenen bei Entscheidungen mit einbezogen?

Nach Beantwortung aller Fragen innerhalb der sechs Handlungsfelder soll klar werden, ob die Wiener Stadtplanung eine nachhaltige ist. Ein besonderer Fokus soll immer, wenn möglich, auf die beiden Projektbeispiele gelegt werden.

Es soll an dieser Stelle daraufhin gewiesen werden, dass die Bewertung von Nachhaltigkeit einige Hürden birgt. Unterschiedliche und subjektive Indikatorensysteme, ein Mangel an Datenverfügbarkeit und keine exakte Definition von Nachhaltigkeit führen zu einer grundsätzlich schlechten Vergleichbarkeit (Kliesow, 2015). In diesem Fall kann von diesen Problemen abgesehen werden, da die Prüfung der Nachhaltigkeit als Basis für die Prüfung von Partizipation genutzt wird und somit nicht im Fokus steht.

3.2.2 Partizipation

Die Prüfung von Partizipation stellt sich aus mehreren in dieser Arbeit untersuchten Indikationssystemen zusammen. Die Art und Tiefe der Beteiligung stellen die Voraussetzung der Bewertung dar, da anhand diesen beiden Indikatorensystemen eine erste Abschätzung erfolgen kann, ob es sich im Projektbeispiel eher um Bürger*innenbeteiligung oder Partizipation handelt.

Darüber hinaus wird die „Checkliste für Rahmenbedingungen partizipativer Verfahren“ und die „Checkliste für Qualitätskriterien partizipativer Verfahren“ zur Bewertung herangezogen, die aus den Arbeitsblättern des BMK&ÖGUT hervorgehen (Alge et al., 2012). Sie unterscheiden ihre Indikatoren bereits anhand der Beteiligungstiefe, um aufzuzeigen, welche Kriterien in

welcher Beteiligungstiefe vorhanden sein müssen. Gerade kooperative Verfahren setzen ein hohes Maß an vorhandenen Kriterien voraus, was anhand dieser Checkliste erneut klargestellt wird. Zu den Rahmenbedingungen gehören in der Kategorie „Ergebnisse“ beispielsweise, dass alle Beteiligten darüber informiert wurden, was mit den Ergebnissen des Verfahrens geschehen wird. Dieses Kriterium sollte in allen drei Beteiligungstiefen vorhanden sein. Zu den Qualitätskriterien gehört im Bereich „Prozesssteuerung“, dass auf eine Methodenvielfalt innerhalb des Prozesses geachtet wird. Dieses Kriterium sollte in kooperativen Verfahren gegeben sein. Grundsätzlich lässt sich sagen, dass für „echte Partizipation“ im kooperativen Bereich alle Kriterien erfüllt sein müssten. Die gesamte Checkliste befindet sich im Anhang (Annex 4+5).

Nach Erläuterung der angewendeten Methodik, kann nun die Forschungsarbeit beginnen.

4. Forschung: Partizipative nachhaltige Stadtentwicklungsprojekte in Wien

In der ersten Hälfte dieser Arbeit wurde klargestellt, dass sich der Partizipationsbegriff weiterentwickelt hat. Damit ergeben sich neue Diskurse und neue Begrifflichkeiten, die auch heute nicht vollends ausformuliert wurden. Was einst demokratisch als Grundsatz festgeschrieben wurde, ist heute fester Bestandteil jeder moderner Stadtentwicklung, die sich zum Ziel gemacht hat, ihre Bürger*innen aktiv an Entscheidungsprozessen innerhalb der Governance-Strukturen miteinzubeziehen. Dafür werden die beiden Stadtentwicklungsprojekte „Smarter Together“ in Wien-Simmering und „WieNeu+“ in Wien-Favoriten auf ihre partizipativen und damit auch nachhaltigen Bestandteile in einer qualitativen Inhaltsanalyse untersucht.

4.1 Vorstellung der Projekte und Interviewpartner*innen

Im ersten Schritt folgt eine kurze Gegenüberstellung der beiden Wiener Stadtentwicklungsprojekte mitsamt einer Vorstellung der beiden Projektbeteiligten, die als Interviewpartner*innen zur Verfügung standen, sowie einer externen Meinung. Beide Projekte sind Teil der „Smart City Wien“-Agenda, die für hohe Lebensqualität für alle Wiener*innen bei größtmöglicher Ressourcenschonung durch soziale und technische Innovationen steht (Stadt Wien, 2021).

4.1.1 „Smarter Together = Gemeinsam g`scheiter“ – Wien Simmering

Das von 2015 bis 2021 abgelaufene Stadtentwicklungsprojekt „Smarter Together“ ist eine Stadterneuerungsinitiative, die von der EU gefördert wurde und neben Wien auch in Lyon und München umgesetzt wurde. Das Projekt beruht auf einem konkreten, zielorientierten Ansatz des Projektmanagements nach den SMART-Grundsätzen (Specific, Measurable, Attractive, Realistic, Timed). Gemeinsam mit der Bevölkerung und zahlreichen Unternehmen entwickelte die Stadt Wien im 11. Gemeindebezirk Simmering Smart City-Lösungen. Der südöstlich unterhalb des neuen Hauptbahnhofes gelegene Bezirk vereint zahlreiche Merkmale der typischen Bestandsstadt: Gemischte Bebauung mit einem für Wien hohen Anteil an hochwertigem, sozialem, gefördertem Wohnbau sowie einem Anteil gründerzeitlichen Wohnbaus in Privatbesitz, einer sozial sehr durchmischten Bevölkerung und historische Grünanlagen aber auch große Industrie- und Infrastrukturbetriebe. Schwerpunkte liegen in den

Bereichen Gebäudesanierung, Energie, Mobilität und Logistik sowie Informations- und Kommunikationstechnologie (Hartmann et al., 2021). Dabei wurden Impulse für eine positive gesellschaftliche Dynamik und eine nachhaltige Stadtentwicklung gesetzt. Ziel war es, mit den Menschen vor Ort ein innovatives, lebenswertes und umweltfreundliches Simmering und Wien der Zukunft zu gestalten (Hartmann et al., 2021).

Das Projektgebiet von Smarter Together befindet sich im stadtnahen Bereich des südöstlichen Stadtbezirkes Simmering und liegt zwischen der Simmeringer Hauptstraße (einer alten Verkehrsachse) und der Ostbahn. Es umfasst auf knapp 1,5 km² 21.000 Einwohner*innen in den Stadtvierteln Geiselberg, Enkplatz und Braunhuberviertel (Hartmann, 2021b).

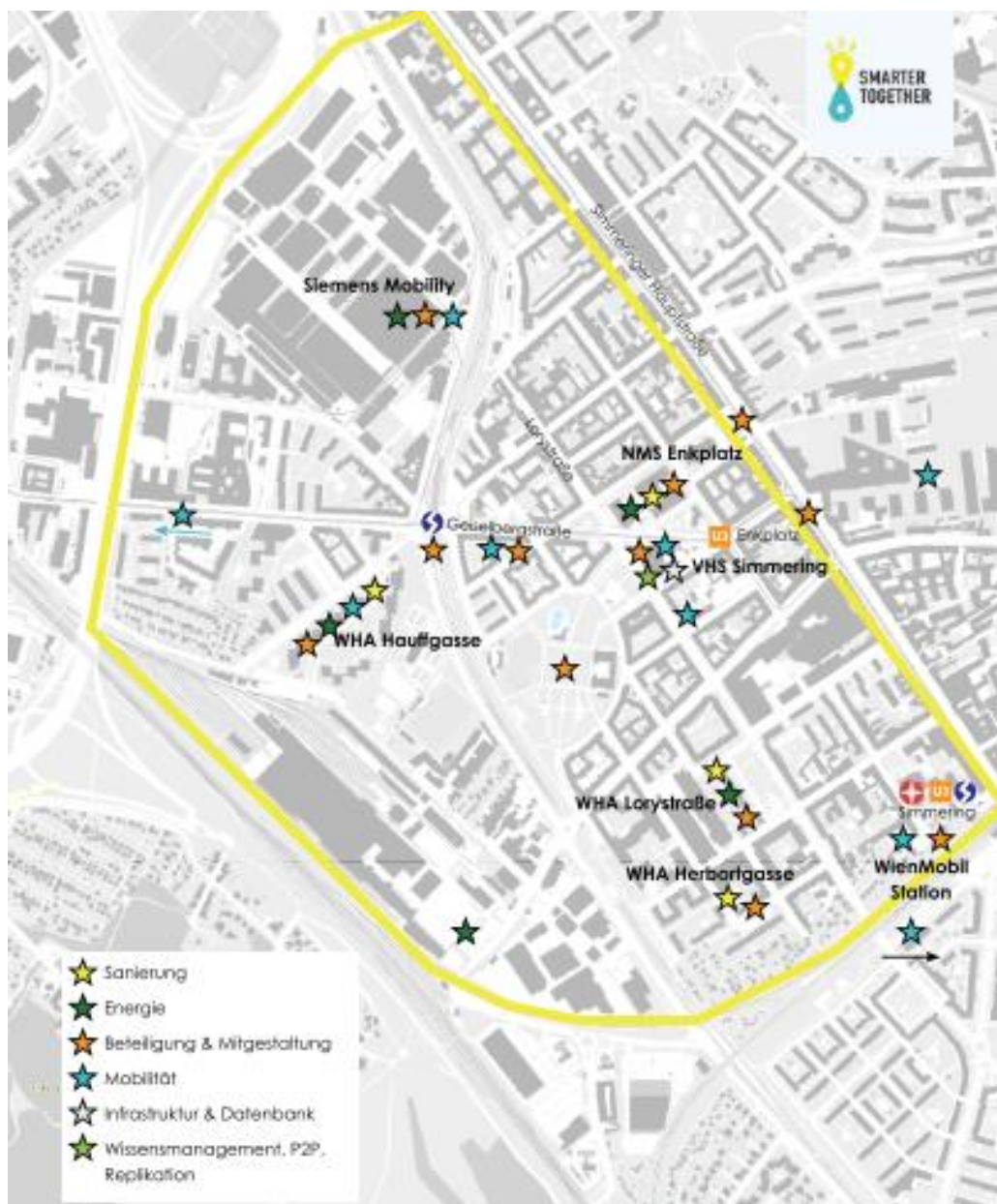


Abbildung 9: Smarter Together Projektgebiet in Simmering, bearbeitet nach (Stepahn Hartmann et al., 2021: 25)

Die Wahl fiel unter anderem auf dieses Projekt, da ein Schwerpunkt „...bei der Bürger*innenbeteiligung, [liegt] was insbesondere auch der Wiener Smart City Rahmenstrategie entspricht. Diese stellt die menschliche Dimension der Smart City in den Mittelpunkt“ (Hartmann, 2021b). Ein umfassender Bürger*innen-Dialog soll verschiedene Generationen und soziale Milieus erreichen und so zu einer integrierten gesellschaftlichen Dynamik beitragen. Der partnerschaftliche Dialog umfasst alle Akteur*innen, von der Stadtregierung über die Verwaltung, Geschäftsleute, NGOs bis hin zu den Bürger*innen. Dabei hat jede*r seinen Teil der Verantwortung und kann/soll zur Erreichung der gemeinsamen Ziele beitragen. Bis heute wurden im Stadtteil Simmering sieben Millionen Euro EU-Fördergelder investiert und damit ein Gesamtinvestitionsvolumen von ca. 80 Millionen erreicht (Hartmann, 2021b).

Ansprechpartner für das Smarter Together ist Bojan Schnabl (MA50, Wohnbauforschung), erst Projektkoordinator, dann Verantwortlicher für den kommunikativen Bereich des Projekts. Herr Schnabl betreute den Blogbereich auf der Website, war redaktionelle Betreuung des Newsletters und des Jahresberichts. Das Interview fand am 19.07.2021 statt.

4.1.2 „WieNeu+“ – Wien Favoriten

Das auf 10 Jahre (2021-2030) angelegte Programm WieNeu+ (im entsprechenden Gemeinderatsbeschluss als „smarter together 2.0“ bezeichnet), ist ein Stadterneuerungs-Programm der Stadt Wien („Wir SAN Wien“), mit dem die städtischen und internationalen Klimaziele verwirklicht werden sollen und auf den in Simmering erzielten Ergebnissen anknüpft. Dafür werden neue technische bzw. soziale Lösungen in ausgewählten Pilotvierteln gemeinsam mit den lokalen Akteur*innen sowie unter enger Einbeziehung der Bevölkerung umgesetzt und ausgewertet. Gleichzeitig wird eine hohe Lebensqualität durch klimafreundliche, nachhaltige und ressourcenschonende Lösungen erzielt. Für die Bewohner*innen steht ein eigenes Budget (Grätzlmarie) zur Verfügung, um kleinere Projekte selbst umzusetzen (Hartmann, 2021a).

Das Projekt beinhaltet das Bestreben die städtischen Strategien (z. B. Smart City Rahmenstrategie) auf die Grätzlebene herunterzubrechen und in die Umsetzung zu bringen. Durch einen interdisziplinären Ansatz sollen technische Innovationen genauso fokussiert werden, wie soziale Innovationen und partizipative Ansätze. Im Fokus stehen dabei Themen wie Energie und Sanierung, Öffentlicher Raum und Zentren- und Grätzentwicklung. Das Bearbeitungsfeld von WieNeu+ sind bestehende Stadtteile.

Es ist somit ein Format der Stadterneuerung, das gemeinsam mit unterschiedlichen Partner*innen und Akteur*innen Maßnahmen unter Einbeziehung von Co-Creation-Tools umsetzt. Ziel ist die Schaffung eines unterstützenden und fördernden Programms für die Erarbeitung und Demonstration neuer und innovativer Lösungen (wie beispielsweise Reallabore).

In den vorgesehenen zehn Jahren sollen schrittweise mehrere Stadtteile in Wien über diesen integrierten Ansatz klima- und zukunftsfit gemacht werden. Das erste von mehreren Gebieten umfasst im 10. Bezirk rund 35.000 Einwohner*innen in den Bereichen Landgutgasse, Inzersdorfer Straße, Triester und Laxenburger Straße in Innerfavoriten (südwestlich des Hauptbahnhofes).

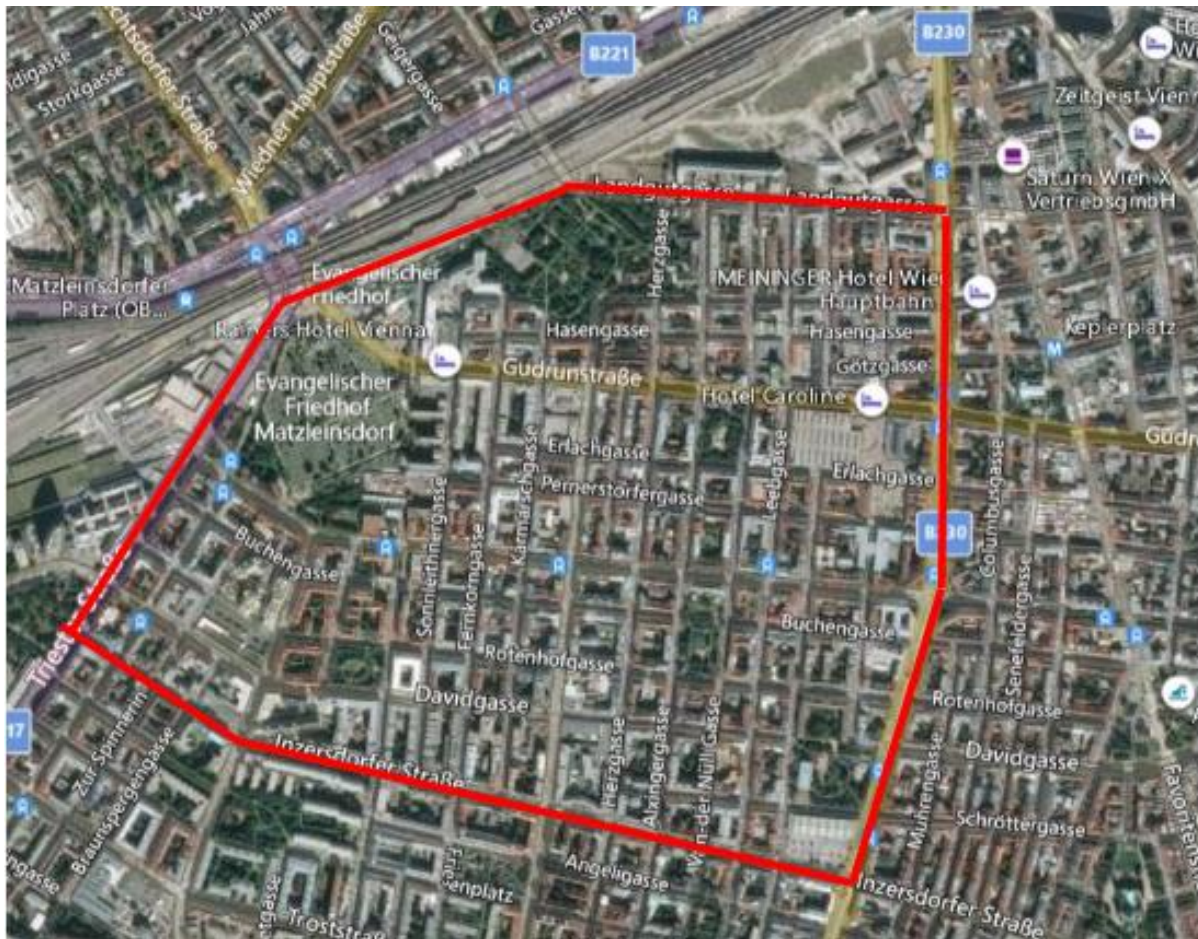


Abbildung 10: Projektgebiet des WieNeu+ in (Hartmann, 2020: 8)

Ansprechpartnerin für das WieNeu+ war Linda Schneider (MA25, technische Stadterneuerung), stellvertretende Projektleitung und Verantwortliche für den Bereich „öffentlicher Raum“ innerhalb des WieNeu+. Das Interview mit Fr. Schneider fand am 14.07.2021 statt.

Darüber hinaus wurde Clara Römhild als Mitarbeiterin der Gebietsbetreuung Stadterneuerung (GB*) für ein drittes Interview hinzugezogen. Die GB* gilt als Expertin für partizipative Ansätze innerhalb des Stadtgeschehens. Fr. Römhild ist bei der GB*, dessen Büro auch in Favoriten liegt, für das WieNeu+ Ansprechpartnerin und betreut die „Grätzlmarie“, sowie den Sammelbereich der „Co-Creation“. Das Interview fand am 21.07.2021 statt.

Nachdem die Vorbereitung der Extraktion durch die Fixierung des Materials und die Bestimmung der Indikatoren abgeschlossen ist, kann im nächsten Schritt die eigentliche Extraktion stattfinden. Um einen zusammenhängenden Überblick zu ermöglichen, folgt die Aufbereitung der Ergebnisse bereits kurz im Anschluss an die Extraktion. Dies kurzen thematischen Zusammenfassungen sollen erste Hinweise auf die Bewertung der Ergebnisse geben.

4.2 Qualitative Inhaltsanalyse

Der Kern dieser Arbeit besteht darin, eine fundierte Aussage über die Implementierung von Partizipation im Kontext einer nachhaltigen Stadtentwicklung zu treffen. Dafür wurden im nächsten Schritt die Nachhaltigkeits- und Partizipations- Indikatoren der beiden Projekte „Smarter Together – Gemeinsam g’scheiter“ (ST) und „WieNeu+“ (WN+) analysiert.

Das untersuchte Material für ST setzt sich zusammen aus dessen Website (Hartmann, 2021b), einer wissenschaftlichen Arbeit (Morishita-Steffen et al., 2021) dem Zwischenbericht (Giradi-Hoog, 2019) und der gerade erschienenen Abschlussevaluierung (Hartmann et al., 2021).

Für WN+ wurde die Website (Hartmann, 2021a) und das Projekthandbuch (Hartmann, 2020) als Quelle herangezogen sowie der Website der Smart City Wien (Weiss, 2021), Pressemitteilungen der Stadt Wien (Mackerle, 2020), (Stadt Wien, 2019), (GB*, 2021) und die Informationswebsite des BMK (Handler, 2021a).

Ergänzend wurden Aussagen der drei Interviewpartner*innen hinzugezogen, deren Transkripte im Anhang zur Verfügung stehen (Annex 6).

4.2.1 Analyse der Nachhaltigkeitsindikatoren

Für die Analyse der Nachhaltigkeit wurden die sechs Handlungsfelder nach Kliesow als Checkliste genutzt. Zusammenfassend wird nun auf die einzelnen Handlungsfelder eingegangen, inwiefern die beiden Projekte das Nachhaltigkeitsbestreben der Wiener Stadtentwicklung umsetzen.

Auf eine genaue Differenzierung der beiden Projekte in Bezug auf ihren Nachhaltigkeitsaspekt wird verzichtet, weil dieser Indikator, wie bereits erläutert, lediglich als Voraussetzung für Partizipation gesehen wird, und nicht den Forschungsbegriff per se darstellt. Ein gesamtstädtischer Überblick soll hier gegeben werden.

Planungs- Umsetzungs- und Prozessqualität

Die Beteiligung der Bevölkerung gehen sowohl im ST als auch im WN+ über das normale Maß hinaus, weshalb sich auch im Vorhinein für diese beiden Projekte entschieden wurde. Die Bevölkerung in Wien kann sich durch Bezirksforen und Arbeitskreisen aktiv am Stadtentwicklungsgeschehen beteiligen. Des Weiteren fördert die Gebietsbetreuung Stadterneuerung (GB*) das demokratische Engagement durch unterschiedliche Aktivitäten. Die MA 22 ist die zentrale Anlaufstelle für nachhaltige Entwicklung in Wien und agiert in unterschiedlichen Bereichen, weshalb sie über die österreichische Nachhaltigkeitsstrategie insgesamt mit anderen räumlichen Ebenen verbunden ist. Vereinzelt und ressortspezifisch werden in Wien Nachhaltigkeitsberichte im Rahmen der „Studien der Wiener Umweltschutzabteilung“ veröffentlicht, der Stadtentwicklungsplan behandelt ebenfalls ähnliche Themen. Monitorings gehen meist von den Projekten direkt aus, auch die Smart City Rahmenstrategie besitzt bereits einen Monitoringbericht.

Das erste Handlungsfeld lässt sich damit als durchwegs positiv bewerten. Grundsätzliche Nachhaltigkeitsstrukturen sind Seitens Wien für ausführende Organe gegeben, weshalb eine Untersuchung im Bereich Partizipation im späteren Verlauf der Arbeit auch gelingen kann.

Individuelle Freiheit, Qualität und soziale Aspekte

Sowohl für ST als auch für WN+ lässt sich ein Bildungsschwerpunkt gegenüber eines Kulturschwerpunktes feststellen. Die VHS in Simmering und der geplante „G‘mischer Block“ in Favoriten sind als Beispiele hier anzuführen. Das ST konnte mit einer Vielzahl an kulturellen Veranstaltungen in der Vergangenheit punkten. Kommunikationsräume und flexible Gemeinschaftsräume spielen seit Planungsbeginn des städtebaulichen Wettbewerbes eine wesentliche Rolle, sie werden auch von der Bevölkerung gewünscht. Der Veranstaltungsraum der GB* wird gern genutzt, es gibt aber kaum Alternativen dazu. Dafür sieht WN+ ein neues Nutzungskonzept des Bahnhof Favoriten vor, dessen Fläche leer steht und zukünftig effizienter genutzt werden soll. Der Planungshorizont der Wiener Linien übersteigt allerdings die Dauer des WN+, weshalb über die tatsächliche Umsetzung keine Auskunft gegeben werden kann.

Das Angebot anderer Infrastruktur, Schulen, KITAs und Kindergärten sind in Simmering und Favoriten gegeben, deren Ausbau stand und steht allerdings nicht im Fokus, da das Hauptaugenmerk auf Sanierungsarbeiten liegt. Im Zuge dessen konnten in der Schule am Enkplatz Freiflächen gesichert werden. Besondere Bedürfnisse einiger Benutzergruppen werden verstärkt beachtet – Barrierefreiheit, Familienfreundlichkeit und Angebote für Kinder (z. B. „Beat the Street“ in ST), Senior*innen und Migrant*innen erhalten/erhielten einen besonderen Fokus. Der Bahnhof Favoriten soll hier mit mehr Nutzungsflexibilität punkten. Innerhalb der Räume soll ein breites Angebot für eine Vielzahl unterschiedlicher Interessent*innen geschaffen werden, wie Werkstätten oder Vereinsräumlichkeiten.

Ein Problemfeld stellt die Qualität der innerstädtischen Raumlage dar. Die neue Bausubstanz und infrastrukturellen Gegebenheiten mögen exzellent sein, ein Mangel an Grün- und Freiflächen lässt sich aber nicht kaschieren. Die nächstgrößeren Anlagen befinden sich weiter südlich (Wienerberg, Parkanlage Löwygrube, Wiener Zentralfriedhof).

Soziale Aspekte und die Bemühung um neue kulturelle Angebote werden im zweiten Handlungsfeld besonders deutlich. (Noch) wenig ausgeprägt ist der Bereich „Grün- und Freiflächen“. Dazu wird im WieNeu+ aktuell bis in den Spätsommer hinein eine Evaluierung in Form eines Beobachtungs- und Beteiligungsverfahrens des Quellenplatzes durchgeführt. Mit Hilfe der GB* soll hier anhand der fünf Sinne („Wie schmeckt/riecht/etc. der Quellenplatz?“) herausgefunden werden, wie der stark vom Straßenverkehr eingenommene Ort auf die Bewohner*innen wirkt und in späterer Folge künstlerisch aufbereitet werden. Dadurch sollen weniger offensichtliche Defizite aufgezeigt werden.

Es sollte allerdings nicht außer Acht gelassen werden, dass sowohl Simmering als auch Favoriten innerstädtische Wohnbezirke sind. Auch wenn eine Aufwertung zentraler Plätze, wie die des Quellenplatzes im Rahmen des WN+ vorgesehen sind, wird der Platz vor allem für Wohninfrastruktur benötigt.

Standortsicherung, bedachtes Wirtschaften und fairer Wettbewerb

Aus dem Monitoring des ST geht hervor, dass 900 Arbeitsplätze gesichert und zum Teil neu geschaffen wurden. Bei dieser Zahl handelt es sich allerdings um einen errechneten Wert, der sich aus dem Volumen der Sanierungsarbeiten aus einem dafür vorgesehenen Schlüssel ergab. Siemens habe beispielsweise deutlich mehr Arbeitsplätze in der Zeit des ST geschaffen, als ursprünglich geplant war. Vom Gabelstaplerfahrer bis zur externen Monitoring-Agentur setzen sich die Arbeitsplätze aus unterschiedlichen Sektoren zusammen.

Ob diese Arbeitsplätze auch heute noch bestehen, lässt sich schwer nachvollziehen. Auch in Favoriten sollen durch die kleinteiligen Blocksanierungen gerade für KMUs neue Arbeitsplätze entstehen. Eine wirkliche Einschätzung sei aber erst nach einem ersten Monitoring möglich, ob und wie viele Arbeitsplätze tatsächlich umgesetzt wurden. Im Rahmen des „kreislauffähigen Lebens“ soll ein Fahrrad-Repaircafé entstehen. Dies fördert auch regionale Wertschöpfungsketten und nachhaltiges Wirtschaften, wie es das Urban-Living Lab im ST auch verfolgte, dass einen Würstlstand zum Infomobil umfunktionierte.

Die Initiative „Wir SAN Wien“ fördert die Entwicklung und Instandhaltung des innerstädtischen Zentrums und schafft neue Arbeitsplätze rund um Simmering und Favoriten, allerdings wieder mit Fokus auf die Baubranche. Beide Projekte arbeiten eng mit ansässigen Unternehmen zusammen. Gerade der Bereich E-Mobilität und Energie spielt(e) eine wichtige Rolle, an dem Siemens im ST beteiligt war. In keinem der beiden Projekte war die Neuschaffung von Gewerbe- und Büroflächen vorgesehen, allerdings lässt sich diese explizite Flächennutzung im Zuge der Corona-Krise und in Zeiten des Home-Office in Frage stellen. Nutzungsflexible Flächen werden vermutlich zukünftig eher forciert.

Das dritte Handlungsfeld lässt sich als durchschnittlich positiv bezeichnen. Der Standort und die ansässigen Unternehmen werden beachtet, bedachtes Wirtschaften und ein fairer Wettbewerb wurden an manchen Stellen umgesetzt. Es wurde kein spezielles Augenmerk auf die Neugewinnung von Arbeitsplätzen gelegt, einige entstanden und entstehen durch die Baumaßnahmen und die Berichterstattung über die Projekte. Damit lässt sich eine Dominanz im Dienstleistungs- vor allem aber im Bausektor feststellen.

Stadtverträgliche und bedarfsgerechte Mobilität

Im WN+-Plan wurde das Ziel formuliert, eine Möglichkeit für aktive Mobilität (Zufußgehen, Radfahren) zu schaffen und den Radweg auszubauen, das Projekt kann allerdings nur als Ideengeber fungieren, da die Kompetenzen bei der Stadtverwaltung liegen (MA18, MA28). Ein ähnlicher Umbau, wie er gerade auf der Thaliastraße stattfand, würde gerade am Quellenplatz neue Möglichkeiten für die Nicht-MIVs schaffen, der Wegfall vieler Stellplätze durch die Entfernung einer Fahrspur und die Finanzierung solcher Eingriffe muss aber erst einmal leistbar sein. Die Entscheidung liegt hier im Bezirk.

Im Zuge des Teilprojekts „Bildungsgrätzl“ im Triesterviertel ist eine Maßnahmenliste für Kinder- und Jugendmobilität entstanden. Im ST wurde an einer allgemeinen neuen Mobilitätsstrategie gearbeitet, dessen Umsetzung war aber nicht Teil des Projektauftrages.

Der ÖPNV Anschluss ist gut, sowohl Simmering als auch Favoriten liegen zentral in der Nähe des Hauptbahnhofes angebunden an S- und U-Bahn, sowie Straßenbahnen und Busse. Gerade Favoriten hat im Zuge vielzähliger Stadtentwicklungsprojekte in den vergangenen Jahren neue Anschlüsse an den ÖPNV erhalten. Eines der Leitbilder des ST ist „Smarte Mobilität“. Acht Mobilitätsprojekte wurden dafür ins Leben gerufen, wie beispielsweise die WienMobil Station der „Wiener Linien“ mit einem Angebot an E-Bikes, einem E-Lastenrad, einer Ladestation für E-Autos und einen Carsharing-Verleih. Dafür erhielt ST im September 2017 den Mobilitätspreis des Verkehrsclubs Österreich (VCÖ) in der Kategorie „Aktive Mobilität und öffentlicher Raum“. Auch in der Fortsetzung WieNeu+ ist ein Ausbau der WienMobil Stationen vorgesehen.

Der Ausbau des ÖPNV und die Nutzung bereits bestehender Infrastruktur sind fester Bestandteil der Projekte. Zur E-Mobilität gibt es kontroverse Ansichten: Während ST die E-Mobilität zu einem wichtigen Pfeiler erklärte und E-Bikes, sowie ein E-Car-Sharing eingerichtet wurden, ist man bei WN+ teilweise der Meinung, dass es gerade bei der Automobilität lediglich zur Verlagerung vorherrschender Probleme kommt. Lärm und Abgase werden reduziert, das Flächenproblem ist aber weiterhin gegeben und Energie wird trotzdem für Herstellung und Erhalt der Autos benötigt.

Fußgänger*innen standen in keinem der beiden Projekte im Fokus, auch Radwege wurden nicht besonders hervorgehoben. Bezüglich der Parksituation kann kein genauerer Aufschluss gegeben werden, da die finale Umsetzung nicht in den Projekten stattfindet und diese Rubrik im WN+ noch nicht genauer konzeptualisiert wurde.

Umgang mit natürlichen Ressourcen

Beide Projekte haben sich energieeffizienten Lösungen gewidmet. Durch kompakte Mehrfamilienhäuser unterschiedlicher Bauart kann auf engem Raum viel Platz für eine Vielzahl von Bewohner*innen gewährleistet werden. Da es sich bei beiden Projekten um Eingriffe in die Bestandsstadt handelt, wurden keine expliziten neuartigen Bauweisen durchgeführt, sondern eher mit innovativen und erneuerbaren Energielösungen gearbeitet. Im Falle der Schule am Enkplatz wurden Teile der Bausubstanz durch einen Neubau mit technisch neuesten und nachhaltigen Standards bereitgestellt. So entstanden im Rahmen des ST Nullenergie-Turnhallen. Dachflächen- und Fassadenbegrünung zur Bekämpfung von Hitzeinseln wurden hier auch angedacht, aus technischen und zeitlichen Gründen Seitens der Verwaltung war dies aber nicht möglich. Es bestehen Förderprogramme der Stadt Wien diesbezüglich, auch für einzelne Hauseigentümer*innen.

Im WN+ soll der Einsatz von ressourcenschonenden Baumaterialien am Demoprojekt „Kreislauffähiges Bauen + Sanieren“ sichtbar gemacht werden. Mit Hilfe des wonfonds_wien wurde eine Blocksanierungsstudie zur Bestimmung des Versiegelungsgrads von Innenhöfen durchgeführt. Darauf aufbauend soll einer weiteren Versiegelung, die in Wien ein bekanntes Problem darstellt, entgegengewirkt werden. Die unversiegelte Fläche in Favoriten Zentrum liegt bei 10%, im Sonnwendviertel sogar bei 0,5% (Standard, 2021). Ein Problem stellen hier die Hauseigentümer*innen dar, denen der Mehrwert dieser Sanierungen bewusst gemacht werden muss. Sie sehen in erster Linie einen Mehrkostenaufwand. Außerdem wird mit der MA22 Umweltschutzabteilung eine Mikroklimasimulation durchgeführt, mit der Hitzeinseln aufgedeckt werden sollen. Diese Bestandssimulationen sollen dem Bezirk übergeben werden, um darauf aufbauend Empfehlungen für die weitere Planung aussprechen zu können. Auch der Quellenplatz soll damit analysiert werden. Die Stadt verfügt außerdem über ein Abfallmanagement durch die MA 22.

In beiden Projekten wird erneut der Sanierungscharakter deutlich. Es geht vor allem um das Aufwerten der bereits bestehenden grauen und grünen Infrastruktur und weniger um die Neuerschließung. Während sich auf neue Energiekonzepte konzentriert wird, findet aktiver Ressourcenschutz eher weniger statt. Ein extra aufgestelltes Bodenmanagement konnte bislang nicht eruiert werden, dies erfolgt teilweise durch Projektpartner*innen für ganz gezielte Bereiche. Die Stadt versucht zwar einen strukturellen und quantitativen Freiraumschutz aufzubauen, ein explizites Grünkonzept war aber in keinem der beiden Projekte vorgesehen.

Räumliche Gerechtigkeit und Qualität

Die beiden Projektgebiete fügen sich in das, im Zusammenhang bebaute, Stadtgebiet des 10. und 11. Wiener Gemeindebezirkes gut ein, es handelt sich bei beiden vor allem um strukturverändernde bzw. aufwertende Projekte mit wenig Neuerschließung. Beide Areale befinden sich allerdings am Stadtrand, weshalb unter Beachtung der Impulswirkung solcher Projekte für die Stadtentwicklung eine flächenhafte Erweiterung der zusammenhängenden Bebauung weiter Richtung Südosten nicht ausgeschlossen werden kann. Form und Lage des 2. Bezirkes, sowie der natürliche Grenzstreifen der Donau würden dies begünstigen – das Prinzip Innen- vor Außenentwicklung könnte demnach in Zukunft gefährdet sein.

Der Versorgungsgrad mit Infrastruktur ist gut, Grün- und Freiflächen sind vor allem kleinräumig vorhanden. Durch die Vielzahl des geförderten Wohnraumes sowie die unterschiedlichen Eigentumsmodelle kann der durchschnittliche Mietpreis gering gehalten werden. Die Wiener Wohnbauförderung ermöglicht es günstig neuen Wohnraum zur

Verfügung zu stellen. Dies wirkt sich auch positiv auf die soziale Durchmischung aus. Ebenso vorbildlich ist die Zahl und Ausprägung von Gemeinschafts- und Wohnprojekten, wie „G’mischter Block“ in Favoriten oder das „Bildungsgrätzl Enkplatz“ in Simmering. Der Fokus der Bauweise liegt klar auf der Schaffung von Mehr- statt Einfamilienhäuser, was im dichtbebauten Favoriten sowie Simmering sinnstiftend ist.

Das letzte der sechs Handlungsfelder kann wieder als äußerst positiv bewertet werden. Dass Grünflächen in den beiden dichtbebauten Stadtgebieten eher klein gehalten sind, kann durch die günstige und gut angebundene Wohnlage ausgeglichen werden. Erholungsgebiete sind schnell erreicht.

Aus der Analyse des Nachhaltigkeitsindikators lässt sich schließen, dass sowohl Smarter Together als auch WieNeu+ in allen Bereichen den Anforderungen an eine nachhaltige Stadtentwicklung genügen. An manchen Stellen gibt es Nachjustierungsbedarf, allerdings muss hier darauf hingewiesen werden, dass „WieNeu+“ gerade erst gestartet wurde und noch kein Evaluierungsbericht vorhanden ist.

An dieser Stelle soll zudem nochmals darauf hingewiesen werden, dass Nachhaltigkeit äußerst schwer messbar ist und diese Bewertung auf subjektiv gewählten Indikatoren beruht und daher lediglich als Überblick und erste Einschätzung zu betrachten ist. Nach dieser positiven Bewertung kann darauf aufbauend der Partizipationsindikator auf beide Projekte angewendet werden.

4.2.2 Analyse der Partizipationsindikatoren

Nun sollen beide Projekte auf ihre Beteiligungsart, sowie ihre Beteiligungstiefe untersucht werden. Wie im theoretischen Teil dieser Arbeit bereits kritisiert, werden die Begriffe „Bürger*innenbeteiligung“ und „Partizipation“ häufig synonym verwendet oder nicht klar voneinander abgegrenzt, obwohl die Unterscheidung in der Beteiligungsart für die Beteiligungstiefe und letztendlich für eine fortgeschrittene Beteiligung der Bürger*innen maßgeblich ist. Danach folgt die Analyse anhand der Checkliste des ÖGUT& BMK.

Für die Betrachtung der Rahmenbedingungen für partizipative Verfahren wurde „WieNeu+“ ausgewählt, da das Projekt gerade erst gestartet hat und die anfänglichen Prozesse noch gut nachvollziehbar sind. Für die Qualitätskriterien partizipativer Verfahren wurde das „Smarter Together“ gewählt, da hier ein abgeschlossener Projektbericht vorliegt und so Aufschluss über den gesamten Verfahrensprozess und seiner Qualität gegeben werden kann.

Beteiligungsart und -tiefe im „Smarter Together“

Auf der Website des ST gibt es einen eigenen Reiter für „Partizipation“, im Abschlussbericht heißt es, dass „auch zahlreiche AkteurInnen, deren vorrangige Mission die BürgerInnen-Beteiligung ist, ins Projekt miteinbezogen [wurden]“ (Stepahn Hartmann et al., 2021:22). Kinder waren „zum Mitbestimmen und Mitgestalten“ in das Projekt mit einbezogen, was wiederum Partizipation im engeren Sinne wäre. Auf der Gebietskarte des ST (siehe Abb. 8) ist von „Beteiligung und Mitgestaltung“ die Rede, womit beide Begriffe gleichzeitig angesprochen werden. Es lässt sich also auf den ersten Blick begrifflich schwer sagen, ob im ST vorwiegend partizipative Prozesse oder Beteiligungsprozesse angesprochen werden. Es kann aber von einer überwiegend direkten, unverfassten und legalen Kombination aus Beteiligungsmethoden ausgegangen werden, was für eine höhere Bürger*innenbeteiligung im engeren Sinne sprechen würde.

Detailliertere Einblicke konnten durch das Interview mit Hr. Schnabl generiert werden. Für ihn hat Partizipation viele Facetten. Er spricht alle Stufen von Arnsteins Leiter an und erklärt auch, dass bezüglich Art und Tiefe unterschiedliche Methoden für unterschiedliche Zielgruppen angewendet werden müssen. Den Rahmen bewertet er als äußerst wichtig. Informative Partizipationsmöglichkeiten, wie das Urban Living Lab in Form eines „recyclten“ Infowagens haben ebenso ihre Daseinsberechtigung, wie zielgruppenspezifischere Formen (Dialog mit Mieter*innen, Jugendlichen, etc.). Dass bei top-down geplanten Projekten mit großem Budget Partizipation im engeren Sinne nur einen Teilaspekt darstellt, spricht er ebenfalls an.

Als Beispiel führt er die Co-Creation am Enkplatz an. Bei diesem Projekt habe man alles versucht, Schüler*innen und Lehrer*innen in die Prozesse mit Workshops, Befragungen und Gamification zu integrieren. Deren Feedback wurde auch in den Planungsprozess integriert. So wurde etwa der Wunsch der Schüler*innen nach einer „bunten Schule“ und nach einer Bolder-Wand durch die Architekt*innen kreativ interpretiert und umgesetzt. Was die technischen Vorgaben etwa nach nachhaltigen Energielösungen betrifft, so ist die Co-Creation und die Partizipation auf der Ebene der Projektpartner*innen zu suchen. Im Sinne des partnerschaftlichen Projektansatzes von Smarter Together ist auch dies als Form der Partizipation in weiterem Sinne zu sehen. Mit einem Budget von 30 Mio. € muss aber davon ausgegangen werden, dass klare Agenden verfolgt werden und den Bürger*innen zwar ein gewisser Rahmen an Spielraum gewährt wird, hier aber Interessen im Vordergrund stehen, die bedient werden wollen.

Ein weiterer wichtiger Anzeiger für die Beteiligungstiefe ist die Möglichkeit, informelle Bottom-Up gesteuerte Prozesse aus der Bevölkerung zu unterstützen.

Dafür nennt Hr. Schnabl die Enzis, bunte Sitzmöglichkeiten aus dem Museumsquartier, die unter anderem dank des engagierten Aktivismus der Direktorin für die Schule am Enkplatz bereitgestellt wurden. Die Schüler*innen durften sich zunächst am Baustellenzaun künstlerisch entfalten, was dem Projektteam von Smarter Together das Potential aufzeigte, Enzis aus dem Museums Quartier als symbolische Verbindung von „Vorstadt“ und „Kulturzentrum“ sinnhaft zur Verfügung zu stellen. In der Folge gestalteten die Schüler*innen die Enzis aus eigenem Antrieb auch in den Sommerferien weiter. Die Schüler*innen selbst wären wohl nicht auf die Idee gekommen. Im gegenständlichen Fall schuf der Impuls den Dialog in der Gesellschaft, der für Partizipation auf allen Ebenen wichtig ist.

Ein weiteres Beispiel ist das Gamification-Projekt „Beat the Street“, das ursprünglich aus England kommt und sich heute großer Beliebtheit erfreut. Bei diesem Partizipations- und Mobilitätsspiel sammeln Schüler*innen und deren Begleitpersonen Punkte durch das Aktivieren von Boxen mittels Chip oder Karte an verschiedenen Stationen in einem Projektgebiet. Als Motivation dienen Preise für das jeweilige Team. Im ersten Jahr erreichte das Spiel 6000 Teilnehmer*innen und wäre laut Schnabl ohne Mitwirken Seitens Lehrer*innen organisatorisch nicht bewältigbar gewesen.

Auch das „Nicht – Machen“ stellt einen wichtigen Teil der Partizipation dar. Bürger*innen haben sich an einer Stelle für den Erhalt der Bepflanzung und somit gegen eine Feuerwehruzufahrt ausgesprochen und an einer anderen Stelle gegen Urban Gardening. Die Entscheidungen wurden respektiert und eine Alternative gefunden. Auch das ist laut Schnabl Teil der Co-Creation, eine Maßnahme nicht umzusetzen, auch wenn sie für Außenstehende auf den ersten Blick als Mehrwert wahrgenommen wird.

Aus der Extraktion der Berichte, sowie dem Interview wird deutlich, dass Smarter Together einen Fokus auf direkte und unverfasste Beteiligungsmöglichkeiten legte und der Bevölkerung ein reichhaltiges Angebot an partizipativen Möglichkeiten bot, sofern der Rahmen dies zuließ. Bezüglich der Beteiligungstiefe fand die gesamte Bandbreite Anwendung. Informative bis hin zu ko-operativen und ko-kreativen Beteiligungsmethoden wurden umgesetzt. Die Prozesse wurden jedoch durchwegs top-down vom Projektmanagement geleitet. Smarter Together versuchte mit allen ihnen zur Verfügung stehenden Mitteln die Bevölkerung am Dialog zu inkludieren, wobei der Spielraum selbst Projekte zu initiieren von den vorgegebenen Projektzielen maßgeblich bestimmt war. Es lässt sich also nach jetzigem Erkenntnisstand auf eine Mischform aus Bürger*innenbeteiligung und Partizipation schließen.

Beteiligungsart und -tiefe im „WieNeu+“

Der Projektbericht des WN+ legt nahe, dass technische Innovationen genauso fokussiert werden sollen, wie soziale Innovationen, partizipative Ansätze und die Einbindung der Bevölkerung in die Veränderungsprozesse.

Der Partizipationsbegriff wird in der Arbeitsgruppe des WieNeu+ als Einbindung der Bürger*innen verstanden. Zum einen auf informative Art und Weise, zum anderen als Teilhabe am Prozess bis hin zur Mitentscheidung - wenn möglich. Sie orientieren sich an Arnsteins Partizipationsleiter.

Fr. Schneider sieht die kleineren Projekte im Rahmen des WN+ eher im Bereich Information und Mitwirken angesiedelt, das partizipative Budget aber im Bereich der Mitentscheidung. Die „Grätzlmarie“, ein von der GB* initiiertes Nachbarschaftsbudget soll Bewohner*innen animieren kleinere Projekte selbst einzureichen, planen und umzusetzen. Der Unterschied zum ursprünglichen partizipativen Budget liegt laut Fr. Römhild in der Projektumsetzung. Beim Nachbarschaftsbudget setzt nicht der Bezirk die Projekte für die Bürger*innen um, sondern die Bürger*innen stehen selbst in der Verantwortung. Das ist nicht zwangsläufig als Vorteil oder „partizipativere“ Möglichkeit zu verstehen, sondern birgt lediglich einen Kompetenztransfer. Was vorher über die Verwaltung genehmigt wurde und somit einen größeren Verwirklichungsspielraum besaß, kann im Nachbarschaftsbudget von eigener Hand entschieden werden, allerdings nur in einem vorgesetzten Rahmen. Eine Baumpflanzung oder Umgestaltung im öffentlichen Raum ist ohne Weiteres nicht möglich, dafür entstehen andere kleinräumigere Projekte, die nicht weniger Relevanz besitzen. Außerdem gibt es in Wien partizipative Budgets, die im Falle einer Nichtrealisierbarkeit kontaktiert werden, damit auch solche Projektideen, die in der Grätzlmarie nicht umgesetzt werden können, Gehör finden.

Das Nachbarschaftsbudget besteht aus einem Beirat, welches sich aus der Bevölkerung im Gebiet und aus lokalen Institutionen, wie dem Verein Wiener Jugendzentren, zusammensetzt. Hier sollen dann über Projektideen, die aus der Bevölkerung kommen, entschieden werden. So sollen Bürger*innen nicht nur über die Projekteinreichung entscheiden, sondern auch langfristig zur Entwicklung im Gebiet beitragen und es mitgestalten. Laut Schneider wäre dann sogar die vierte Stufe der Selbstverwaltung in einem gewissen Rahmen denkbar.

Bezüglich der Steuerungsrichtung sind die meisten Projekte von WieNeu+ top-down gesteuert, die Grätzlmarie bildet hier die Ausnahme. Sie kommt zwar von der GB*, die Projekte, die innerhalb des Budgets entstehen sollen, werden aber von den Bürger*innen eingebracht. Durch

die jetzige Beteiligung erhoffen sich die Projektleiter*innen wertvollen Input von Bürger*innenseite, um sie zukünftig früher in die Planung einbeziehen zu können.

Da die meisten Partizipationsprozesse von der GB* ausgehen, soll hier auch auf das Interview mit Fr. Römhild eingegangen werden. Für Frau Römhild ist Partizipation das Aufnehmen von Wünschen und Anregungen und das Artikulieren und Weitergeben dieser Wünsche. Wichtig ist hierbei die geeignete Interessensvertretung, die diese Wünsche nach außen vertreten kann. Die Beobachtung und Analyse sind als ersten Schritt vor der Information elementar. Nur so können Menschen erreicht werden, die nicht ohnehin bereits in Beteiligungsprozesse involviert sind.

Fr. Römhild sieht die Grätzlmarie ebenfalls im Bereich Selbstverwaltung, der Beteiligungsprozess am Quellenplatz ist für sie zum „Mitwirken“ gedacht. Die Co-Creation wiederum könnte alle Beteiligungsarten und -tiefen, je nach Ausprägung, vertreten. Die Co-Creation war bereits im Smarter Together eine wichtige Toolbox und soll im WieNeu+ noch stärker in das Zentrum gelangen. Angedacht ist ein Forschungsfest im Stil eines öffentlichen Vernetzungsevents mit einer Reihe an Workshops und Projektpartner*innen. Auch ein Straßenfest mit einem Fahrrad-Repaircafé ist in Planung. Was alles unter die „Co-Creation“ fallen wird, ist laut Römhild zum jetzigen Zeitpunkt noch nicht ganz klar. Sie soll WieNeu+ jedoch helfen, das Projekt abgesehen von den Teilprojekten, wie der Grätzlmarie, als Ganzes bekannt zu machen, was im Rahmen des Smarter Together nicht ganz gelang.

Die zu erreichende Stufe macht Römhild an der Ebene der Entscheidungskompetenz fest. Sobald ein Magistrat oder die Verwaltung des öffentlichen Raums Teil des Projektes sind, liegt es in deren Hand, wie viel Spielraum den Bürger*innen überlassen wird. Am Beispiel der Grätzlmarie wird sich zukünftig zeigen, in welchem Rahmen die Projekte abgewickelt werden und ob die Stufe der Mitgestaltung überschritten werden kann.

Das Projekthandbuch sowie alle weiteren Quellen lassen darauf schließen, dass auch im WieNeu+ ein Fokus auf unverfasste, direkte Beteiligungsmöglichkeiten gelegt wird und darüber hinaus durch die Grätzlmarie versucht wird, mehr bottom-up Prozesse für die Bevölkerung einzurichten. Der Großteil findet nach wie vor top-down aus dem Projekt selbst statt. Wie auch beim Vorgängerprojekt beeinflusst die Kompetenzebene den Einflussbereich bezüglich der Beteiligungstiefe. Es wird sich erst in der Zukunft zeigen, inwiefern den

Bürger*innen die Möglichkeit gegeben wird, sich im Stadtgeschehen partizipativ in dem dafür vorgesehenen Rahmen zu engagieren.

Nach dieser ersten Einschätzung sollen die Checklisten des ÖGUT & BMK weitere Eindrücke über das Partizipationspotenzial liefern.

Checkliste für Rahmenbedingungen partizipativer Verfahren am „WieNeu+“

Damit partizipative Verfahren gelingen, werden gewisse Rahmenbedingungen benötigt, die das ÖGUT mit dem BMK in Form einer Checkliste entwickelte und anhand des WieNeu+ für diese Forschung analysiert wurden. Die bereits erwähnte Literatur und Interviewpartner*innen wurden auch hier als Quellen herangezogen. Die Rahmenbedingungen gliedern sich in neun Kategorien auf, die nun am Beispiel der Grätzlmarie beleuchtet werden.

➤ Teilnehmer*innen

Die Projektleitung des WieNeu+ setzt sich zu gleichen Teilen aus Mann und Frau zusammen, wobei dies nicht bewusst so gewählt wurde. Die Grätzlmarie besteht aus verschiedenen Institutionen und Einzelpersonen, die dazu beitragen, dass eine Vielzahl an relevanter Interessensgruppen am Verhandlungstisch sitzen. Nach dem „Prinzip der leeren Stühle“ wird außerdem gezielt darauf geachtet, dass im Vorhinein klare Rollen für alle Jurymitglieder definiert werden, um ein möglichst breites Spektrum der Bevölkerung wiederzugeben. Der mögliche Nutzen der Beteiligung wird im Vorfeld klargestellt sowie das Prozess- und Rollenverständnis der Mitglieder.

➤ Commitment der Entscheidungsträger*innen

Das Projekt WieNeu+ läuft über die Stadtverwaltung der MA 25 technische Stadterneuerung. Die GB*, die sich um die Grätzlmarie kümmert, ist ein Service der Stadt Wien, die der Geschäftsgruppe Frauen, Wohnen, Wohnbau und Stadterneuerung zugeordnet sind und von der Stadt Wien - Technische Stadterneuerung beauftragt werden. Das Projekt genießt also volle Unterstützung seitens der Stadt. Die GB* wird alle drei bzw. fünf Jahre neu ausgeschrieben und fällt dann möglicherweise an ein anderes Unternehmen. Hier muss ein sauberer Übergang gewährleistet werden, da die GB* als wichtige Anlaufstelle für den gesamten Prozess fungiert, ihn moderiert und protokolliert. Dies ist 2022 wieder der Fall.

➤ Ergebnisse

Der Einfluss- und Aktionsspielraum ist für alle Beteiligten klargestellt.

Es war von Anfang an beschlossen, dass der Beirat der Grätzlmarie aus zwölf Beteiligten bestehen wird, nach dem Prinzip der leeren Stühle verfahren wird und sich im Beirat auch Mitglieder aus dem Bezirk und von WieNeu+ wiederfinden werden. Die Entscheidungskompetenz für die Bürger*innen der Jury liegt in der Projektbewilligung. Ob das Ergebnis des Verfahrens im Nachhinein veränderbar und/oder verbindlich ist, kann zum jetzigen Zeitpunkt noch nicht gesagt werden. Genauere Verfahrensregeln werden dann individuell angepasst, was innerhalb des Vorbereitungsworkshop zur Grätzlmarie passieren wird.

➤ Zeit

Der zeitliche Rahmen der Grätzlmarie ist klar auf drei Jahre fixiert, auch wenn die GB* von WieNeu+ jedes Jahr neu dafür beauftragt wird. Diese drei Jahre sind laut Schneider auch wichtig, denn dies gibt ausreichend Spielraum auch für ehrenamtliche Mitglieder, die keine Expert*innen auf diesem Gebiet sind, in die Abläufe zu finden. Das Projekt soll auch nach diesen drei Jahren weiter bestehen und „von selbst“ laufen können. Unerwartete Ereignisse, wie mehr oder weniger Projekteinreichungen als ursprünglich geplant, können berücksichtigt werden, dass soll der Beirat dann aber für sich entscheiden. Um einen akzeptablen Zeitaufwand für die ehrenamtlichen Mitglieder gewähren zu können, hat man sich auf ein Treffen pro Jahr geeinigt, immer zur Deadline für die Projekteinreichungen.

➤ Geld

Das Budget ist auf 30.000€ pro Jahr festgesetzt, ein Projekt kann ab einer Summe von 100€ eingereicht werden. Der Beirat entscheidet selbstständig welche Projekte mit welcher Summe genehmigt werden. Das bürgerschaftliche Engagement wird vom WieNeu+ und von der GB* sehr geschätzt, was den finanziellen Ausgleich betrifft, war man sich allerdings nicht einig: Es wurden Bedenken geäußert, ob man durch monetäre Entlohnung möglicherweise das falsche Publikum anlocke. So wird es voraussichtlich kleine Aufmerksamkeiten, wie Gutscheine oder ein Dankesfest geben. Ein Reservebudget gibt es nicht, allerdings wird in diesem Fall versucht einzelne Projekte aus anderen Töpfen zu fördern oder sie im nächsten Jahr nochmals einzureichen.

➤ Weitere Ressourcen und Informationen

Die GB* fungiert neben ihren direkten Tätigkeiten im Projekt, auch als allgemeine Anlaufstelle für Fragen. Dort können Bürger*innen sich jederzeit Informationen besorgen.

Darüber hinaus ist eine Bildergalerie mit den bereits umgesetzten Projekten geplant, zum einen als Werbung für das WieNeu+ und der GB*, zum anderen soll es den Menschen helfen zu verstehen, wofür die Grätzlmarie da ist. Die Herausforderung liegt darin, die Bürger*innen zu bestärken, kreativ in ihrer Projektidee zu werden.

➤ Prozesssteuerung

Auch hier ist die GB* wieder zu nennen, die als professionelle Ansprechpartnerin in den Bereichen Partizipation und Bürger*innenbeteiligung den gesamten Prozess begleitet. Im Beirat der Grätzlmarie werden ebenfalls Mitglieder aus unterschiedlichen Institutionen vertreten sein, die mit ihrem Wissen den Beirat bereichern können, wenn dies von allen gewünscht wird. Zur Überwachung des Prozesses wird ein externes, unabhängiges Monitoring beauftragt, das mit Hilfe von Indikatoren, die gerade entwickelt werden, den Prozess begutachten wird.

➤ Prozessdesign

Das Veranstaltungsdesign ist an das Thema und die verfügbaren Budgetmittel angepasst. Durch das Mitwirken interdisziplinärer Projektpartner*innen erhofft man sich Synergien zwischen den Projekten, wie es im Smarter Together bereits der Fall war, allerdings wurden diese finanziell für den Mehraufwand entlohnt. Dies ist im WieNeu+ nicht vorgesehen. Mit der Geschäftsgruppe „Wohnen“, dem politischen Büro der Stadträtin, ist WieNeu+ und die GB* eng verknüpft. Hier können Wünsche, Forderungen und Anregungen formuliert werden, die durch die Stadträtin und den Gremien weiterverarbeitet werden. Dadurch kann ein abgestimmter Prozess zwischen formellen und informellen Schnittstellen gewährleistet werden. Öffentlichkeitsarbeit ist ein wichtiger Pfeiler innerhalb des Projekts, um überhaupt auf das Projekt aufmerksam zu machen und transparent arbeiten zu können. Eine gewisse Legitimation für das Projekt will man dadurch ebenfalls erzielen. Der Mehrwert für die Bevölkerung soll damit gesichert werden.

➤ Vorklärungen

Durch das Projekthandbuch wurden organisatorische Rahmenbedingungen gelegt, allerdings weist dies zum jetzigen Zeitpunkt noch größere Lücken auf. Da WieNeu+ gerade erst gestartet hat und das Projekt auf ein Jahrzehnt ausgelegt ist, kann davon ausgegangen werden, dass diese Lücken zukünftig noch geschlossen werden.

Die Rahmenbedingungen für das partizipative Verfahren der Grätzlmarie sind als äußerst gut aufgestellt zu bewerten. Lediglich kleinere finanzielle Defizite sind zu bemängeln (monetäre Entlohnung für Ehrenamt, Entlohnung für zusätzliche Sitzungen für Synergieeffekte, fehlendes Zusatzbudget). Das Projekt liegt allerdings noch in der Zukunft, es wird sich also nach der ersten Evaluierung zeigen müssen, ob die Vorhaben auch so umgesetzt werden können.

Darüber hinaus handelt es sich bei der Grätzlmarie um ein Teilprojekt im WieNeu+, die meisten anderen Teilprojekte befassen sich weniger mit partizipativen Elementen. Es kann also keine fundierte Aussage über das gesamte Projekt gegeben werden.

Checkliste für Qualitätskriterien partizipativer Verfahren am „Smarter Together“

Zum Gelingen partizipativer Verfahren, müssen auch gewissen Qualitätskriterien erfüllt sein. Auch hier wird wieder die Checkliste des ÖGUTs mit dem BMK herangezogen (siehe Anhang), diesmal anhand einer Analyse des Smarter Together. Die bereits erwähnte Literatur und Interviewpartner*innen wurden auch hier als Quellen herangezogen. Die Qualitätskriterien gliedern sich in vier Kategorien auf.

➤ Prozesssteuerung

Das Projekt wurde von Anfang bis Ende geplant, zwischenanalysiert, zwischenevaluert und ausgewertet. Mehrere Monitoringberichte, Blogeinträge, Newsletter, der Dreijahresbericht und die Endevaluierung sprechen für eine ernstgenommene interne sowie externe Prozesssteuerung. Methodisch hat man ebenfalls versucht eine gewisse Vielfalt herzustellen, um gerade Bürger*innen zu erreichen, die sonst weniger Interesse an Beteiligungsformaten zeigen. Gemeinsam mit der Umweltberatung und der Caritas wurde beispielsweise ein Fokus auf Migrant*innen und Geflüchtete gelegt, die durch ein Energiecafé spezifisches Wissen zum Energiesparen erhalten konnten. Das Interesse war groß, da gerade in dieser Bevölkerungsgruppe jede Einsparung einen Mehrwert darstellt.

Alle Inhalte des gesamten Projektzeitraums können transparent auf der Website eingesehen werden sowie der Abschlussbericht des Smarter Together, der auf 200 Seiten das sechsjährige Projekt widerspiegelt.

➤ Umgang mit Informationen und Wissen

Mit Hilfe der Immobilienvermittlung für Gemeindebauten „Wiener Wohnen“ und der Wohnungsbaugesellschaft „BWSG“ wurde Expertenwissen in Form von Infoabenden für die Beteiligten zur Verfügung gestellt. Gerade im Bereich der Wohnhaussanierungen hatten die Bewohner*innen viele technische Fragen, die von Fachkundigen einfach beantwortet werden konnten, wenn sie den geeigneten Rahmen dafür erhielten. Auch die „wohnbund:consult“, ein unabhängiges Büro für nachhaltige Stadtentwicklung und die „wohnpartner“, eine Service-Stelle der Stadt Wien waren hier als Kommunikator*innen eine wichtige Anlaufstelle.

Bezüglich der Rahmenbedingungen gab es Spielräume. So wurde sich in einem Beispiel von Bewohner*innenseite gegen die Rodung eines Gartenareals für eine Feuerwehrezufahrt entschieden und mit EU- Förderungen stattdessen eine Druckbelüftungsanlage eingebaut. Dies war nur möglich, weil man den Bewohner*innen die relevanten Informationen rechtzeitig zur Verfügung stellte und einen Diskurs öffnete.

Ein anderer partizipativer Aspekt des Smarter Together war das sogenannte „Governance Learning“, eine Methode des Wissensmanagements. Smarter Together bestand aus vielen Teilprojekten, die durch ein nachhaltiges prozess- und zielorientiertes Management unter den Teilnehmenden vervielfacht wurden. So konnte ein Wissenserhalt und -transfer gesichert werden.

➤ Spielregeln/Umgang miteinander

Es herrschte eine grundsätzlich offene Atmosphäre, in der Bewohner*innen Gehör verschafft wurde und ihre Meinungen durch die zahlreichen Akteur*innen angehört und im Rahmen der Möglichkeiten umgesetzt wurden. Durch eine Online-Befragung konnte beispielsweise erhoben werden, dass eine Personengruppe Schwierigkeiten hatte, zum Lift zu gelangen. Obwohl er ursprünglich im Budget nicht vorgesehen war, konnte durch Verhandlungen der Einbau eines Treppenlifts erzielt werden. Bezüglich Rollen, Rechte und Pflichten der Beteiligten war von Anfang an klar, welche Handlungsspielräume es geben wird. Wie bereits im Kapitel „Beteiligungstiefe“ angesprochen, hatten die Bürger*innen ein gewisses Mitspracherecht,

allerdings in einem vorgegebenen Rahmen. Gerade im Gemeindebau sind die Menschen vielfach von Armut gefährdet. Hier durfte keine weitere Enttäuschung durch falsche Versprechen entstehen, sondern musste eine wahrhaftige, transparente Leitlinie gewährleistet werden.

Um Vertrauen und Integrität herzustellen, wurde außerdem darauf geachtet, auch fremdsprachige Mitarbeiter*innen einzusetzen. Dabei ging es nicht unbedingt um Verständigungsschwierigkeiten, sondern darum, eine angenehme Atmosphäre zu schaffen.

Zeit sei außerdem ein relevanter Faktor gewesen, denn diese komme oft zu kurz. Durch individuelle Einzelgespräche konnte erzielt werden, dass Versammlungen und aktivierende Befragungen vom Großteil der Bewohner*innen angenommen wurden. Ein Großteil der Finanzierungen können im Abschlussbericht nachgelesen werden, eine genaue Aufteilung ist nicht einsehbar.

➤ Kommunikation und Umsetzung der Ergebnisse

Wie bereits ersichtlich, wurde im Smarter Together großen Wert auf Monitorings gelegt. Dafür war unter anderem die GB* zuständig, die beispielsweise die laufenden Aktivitäten des SIMmobil statistisch erfasste und über die verschiedenen Erfahrungen bezüglich Beteiligung, Standortattraktivität und Schwerpunktinteressen berichtete. „Beat the Street“ wurde informations- und kommunikationstechnologisch (IKT) umgesetzt und entsprechend datenbasiert überwacht. Im Bereich Mobilität war das Austrian Institute of Technology (AIT) für die Monitorings tätig.

Bezüglich der Kommunikation nach außen war der von Hr. Schnabl geführte Blog auf der Website des Projekts zuständig. Hier wurden Events angekündigt, Ergebnisse präsentiert und eine Vielzahl an Informationen für alle Interessierten zur Verfügung gestellt. Auch die Kommunikation mit den Stakeholder*innen über Newsletter wurde äußerst ernst genommen, um einen stabilen Wettbewerb unter den Projektpartner*innen aufrecht zu erhalten, wie beispielsweise mit der Siemens AG, die am Ende in deutlich mehr Projekten involviert waren, als ursprünglich geplant. Viele Teilprojekte, wie „Beat the Street“ oder das SIMmobil konnten auch über eine spezifische Interessensgruppe hinaus öffentliche Aufmerksamkeit erzielen. Als Gesamtprojekt blieb Smarter Together jedoch eher in seiner Nische bekannt.

Das Smarter Together ist nach sechs Jahren ein fertig evaluiertes Projekt mit seinem Nachfolger WieNeu+. Das Projekt besaß eine eigene Partizipationssparte und konnte qualitativ mit seinen

Rahmenbedingungen punkten. Ein breites Angebot an partizipativen Beteiligungsmöglichkeiten für die Bürger*innen bestätigen diese Annahme eines erfolgreich umgesetzten Projekts, das mit EU- Fördertöpfen einen großen Spielraum genoss und gerade im Bereich der Prozesssteuerung, allen Anforderungen genügen konnte.

4.3 Auswertung und Einordnung der Ergebnisse

Nach Gläser und Laudel folgt nun die Auswertung der Ergebnisse durch die Aufstellung von Fällen und fallübergreifenden Kausalzusammenhängen. Hier soll wieder aus der mikroskaligen Projektbeobachtung auf die mesoskalige Stadtebene gewechselt werden, um einen gesamtstädtischen Überblick für Wien gewähren zu können. Da diese Arbeit auch eine Handlungsempfehlung für nachfolgende Partizipationsprojekte darstellen soll, wird vor allem auf Problemfelder eingegangen. Nach vollendeter Extraktion konnten folgende gemeinsam auftretende Merkmalsausprägungen in Wiens partizipativen Stadtentwicklung festgestellt werden:

Fest verankerte Bürger*innenbeteiligung

Nach dieser umfassenden Auswertung der Parameter wird ersichtlich, dass Wien im Bereich nachhaltige Stadtentwicklung und partizipative Prozesse eine klare Linie verfolgt. Die Stadt sieht Beteiligung als notwendigen Katalysator für nachhaltige Entwicklungsprozesse, weshalb auch die beiden Projekte – aufeinander aufbauend – Bürger*innenbeteiligung und Elemente von Bürger*innenpartizipation beinhalten. An Teilprojekten, wie der Grätzlmarie wird sichtbar, dass Wien gewollt ist, ihren Bürger*innen über das normale Maß Möglichkeiten der Einbringung zu gewähren. In allen Entwicklungskonzepten spielt Beteiligung eine Rolle und erhält vielerorts eine eigene Sparte.

Unklar definierte Begrifflichkeiten

Ein erstes Problem liegt in der unterschiedlichen Interpretation von Partizipation. Diese Tatsache wurde schon während der eingehenden Theorie ersichtlich, da bis heute keine eindeutige Definition für den Begriff existiert. Fakt ist, dass es Unterschiede zwischen Bürger*innenbeteiligung und Partizipation gibt und „miteinander arbeiten“ keine Partizipation im engeren Sinne darstellt. Bottom-Up gerichtete, von Bürger*innenseite selbst initiierte Partizipation wurde an keiner Stelle als Definitionsgrundlage ersichtlich, was die

weiterführende Recherche- und Forschungsarbeit enorm erschwerte, da nicht jeder auf demselben Level war, worum es konkret geht.

Die Publikationen der Stadt Wien, wie das „Praxisbuch Partizipation“, unterscheiden in Bürger*innenbeteiligung und Partizipation, es werden jedoch nicht konkret auf Bottom-Up Prozesse hingewiesen, die aber entscheidend für die informelle Partizipation wären. So obliegt es den Handelnden selbst, eine passende Erklärung für den Begriff zu finden, womit der Interpretationsspielraum anwächst.

Auch im Bereich der Beteiligungsmethoden ist man sich nicht sicher, wie weit Beteiligung eigentlich gehen kann und wo welche Methode innerhalb der Beteiligungstiefe anzusiedeln ist. Selbstbestimmung wird im „Praxisbuch Partizipation“ nicht als Beteiligungstiefe angeführt, obwohl durch die Grätzlmarie ersichtlich wird, dass diese Form der Partizipation in einem gewissen Rahmen - ohne dass es zur vollständigen Selbstverwaltung kommt - durchaus angestrebt wird.

Diese Definitionsspielräume erschwerten auch das Erstellen der Graphik im Anhang, da beispielsweise Konsultation und Kooperation häufig nicht klar voneinander getrennt werden können. Steht im Methodenplan der Stadt Wien, dass ein Bürger*innencafé unter Kooperation gelistet wird, findet sich im Methodenplan der Stadt Berlin dieselbe Methode unter Konsultation wieder. Die Methode „Open Space“ wird in Berlin als Mischung aus Konsultation und Kooperation gesehen, während Wien sie als Kooperation einstuft. Dieser Punkt verliert allerdings in Zukunft womöglich immer mehr an Wichtigkeit, wie aus der nächsten Merkmalsausprägung ersichtlich wird.

Paradigmenwechsel der Beteiligungsmethoden

Während der Forschung stellte sich heraus, dass heute selten in getrennten Beteiligungsformaten gearbeitet wird, wie im Methodenteil eingangs erläutert wurde, sondern der Fokus auf der Zusammenarbeit auf allen Ebenen liegt. Somit zählen zu den Beteiligungsmethoden eine Vielzahl an informativen als auch konsultativen Methoden sowie Mischformen aus Konsultation und Kooperation. Im Anhang (Annex 2) befindet sich ein Überblick einer Vielzahl an gängigen Beteiligungsmethoden, die in ein Verhältnis zwischen Aufwand der Methode und ihrer Beteiligungstiefe gesetzt wurden. Außerdem beschreibt die Ringgröße die passende Gruppengröße. Auch Reallabore sind hier angeführt, die innerhalb der Co-Creation eine wichtige Rolle spielen. Reallabore liegen zwischen Konsultation und Kooperation, da die Co-Creation keine Selbstverwaltung vorsieht, weil Selbstverwaltung laut

Schneider für alltägliche menschliche Bedürfnisse mehr Weitsichtigkeit verlangen würde, als sie in der Realität tatsächlich umsetzen können.

Die von der Wiener Stadtverwaltung empfohlenen Methoden trennen Beteiligung in verschiedene Stufen, oftmals anlehnend an Arnsteins Leiter. Durch die Praktik der Co-Creation wird allerdings deutlich, dass diese Trennung heute weniger vorgenommen wird, sondern die gesamte Palette von Information bis Selbstverwaltung in den Methoden widergespiegelt wird (siehe Grätzlmarie). Nur durch eine umfassende Einschulung am Anfang, kann eine spätere Kooperation auf allen Ebenen gewährleistet werden. Deshalb gilt Information, auch wenn sie häufig nicht als Beteiligung beschrieben wird, als der erste fundamentale Baustein der Partizipation.

Trägheit und Kurzfristigkeit des Verwaltungsapparats

Ein großes Problem in der Einbeziehung der Bürger*innen, sind lange Planungsphasen der Großgrundbesitzer*innen, wie den Wiener Linien oder der Stadt Wien und zu kurze Legislaturperioden der Stadtpolitik. Was in der jetzigen Periode nicht durchgeführt wird, muss nicht unbedingt in weiterer Folge geschehen. Was am Anfang eines Projekts geplant war, muss nach zehn Jahren nicht unbedingt genauso auch umgesetzt werden. So fällt es leichter ein Projekt über einen derart langen Zeitraum zu gestalten, wie das WieNeu+, wenn die aktuelle Regierung zum Abschluss des Projekts als solches möglicherweise nicht mehr die Entscheidungen trägt. Innerhalb dieser zehn Jahre wird es aber zu einigen Wechseln in der Entscheidungskompetenz kommen, dessen Auswirkungen heute noch nicht genau erkennbar sind.

Ausgelagerte und undurchsichtige Entscheidungskompetenzen

Ein weiterer Aspekt liegt in den Entscheidungskompetenzen, die häufig außerhalb des Projekts in der Verwaltung oder bei privaten Akteur*innen liegen. Sobald beispielsweise private Eigentümer*innen die Entscheidungsinstanz bilden, obliegt es ihrem Interesse, sich im Sinne der Stadtentwicklung zu engagieren und in welchem Rahmen sie Beteiligungsverfahren auf „ihrem Gelände“ unterstützen.

Es wurde auch immer wieder ersichtlich, dass zwischen den Akteur*innengruppen manchmal keine eindeutige Verantwortlichkeit erkennbar war oder manche Inhalte „nicht Teil des Projektauftrags“ seien, obwohl sie allgemein gültig wären, wie beispielsweise einige Aspekte der Nachhaltigkeitsparameter. So werden manche Teilprojekte zwar gewünscht, aber Seitens

der Geldgeber*innen oder Entscheidungsträger*innen nicht umgesetzt. Dass jeder „sein eigenes Süppchen kocht“ wurde auch Seitens der Interviewpartner*innen kritisiert und der Wunsch geäußert, dass einige Teilaspekte des Projekts flüssiger und transparenter laufen könnten, wenn noch stärker im Netzwerk gearbeitet würde.

5. Allgemeine Handlungsempfehlungen

Für die Stadt Wien, aber auch grundsätzlich für alle europäische Städte, die eine moderne Stadtentwicklung im Sinne der allgemeingültigen Nachhaltigkeits- und somit auch der Partizipationsziele verfolgen, ergeben sich gewisse Handlungsempfehlungen, die an dieser Stelle zusammengetragen werden.

In erster Linie wird hier nochmal angeführt, dass Wien ihren Nachhaltigkeitsauftrag ernst nimmt und nachkommt. Dass externe Büros an der Verwirklichung dieser Ziele in Form von Projekten beteiligt sind, darf und soll nicht außer Acht gelassen werden, weshalb sich immer wieder Interessenskonflikte ergeben werden, bei denen nicht jeder Aspekt der Nachhaltigkeit berücksichtigt werden kann. Bei der Finanzierung und Umsetzung solcher Projekte wird auch in Zukunft eine Vielzahl an Interessen eine Rolle spielen, die bedient werden wollen. Ein effizienteres Energiesystem in bereits bestehender Infrastruktur zu installieren ist ein einfacher zu realisierendes Unterfangen, als neue Parkmöglichkeiten in einer stark versiegelten Stadt zu schaffen. Hier kann Beteiligung eine wichtige Rolle spielen, um herauszufinden, was wirklich benötigt wird. Platzmangel wird es in Wien und in anderen Großstädten auch in Zukunft geben, wobei damit gerechnet werden muss, dass diese Problematik weiter zunimmt. So müssen effiziente Lösungen in der Bestandsstadt gefunden werden, die der Bevölkerung zugutekommt und gleichzeitig dem Aufruf der Nachhaltigkeitsagenda entspricht.

Beteiligung findet in unterschiedlichen Formen in Wien immer mehr Anklang, wenn auch der erste Impuls klar aus städtischen Büros an die Bevölkerung getragen wird. Bevor jene Bevölkerung in den Partizipationsprozess inkludiert werden kann, wäre es wichtig, den Begriff unter allen Agierenden unmissverständlich zu bestimmen. Bisher zeigte sich keine einheitliche Definition, die alle Aspekte der Partizipation beinhaltet. Allerdings liegt diese Schwachstelle auch auf Seiten der Forschung, da das Feld der Partizipation, wie es heute verfolgt wird, einen sich ständig wandelnden und gerade erst etablierenden Bereich darstellt. Es wird auch in Zukunft schwer bleiben, Partizipationsziele einheitlich zu verfolgen und zu realisieren, wenn sich städtische Einrichtungen nicht auf eine Definition festlegen. Nur dann kann eine verlässliche Kommunikation zur Bevölkerung gewährleistet werden.

Dies könnte auch Grund dafür sein, weshalb es für „echte“ bottom-up gerichtete Partizipation aus der Bevölkerung noch zu wenig Anreize gibt. Es muss davon ausgegangen werden, dass

ein Großteil der Bevölkerung nicht weiß, wie und wann sie sich am Stadtgeschehen beteiligen kann. Die Projekte blieben als Gesamteinheit in der Bevölkerung weitgehend unbekannt. Das Argument, dass gewisse Bevölkerungsgruppen andere Sorgen als eine nachhaltige Stadtentwicklung haben, kann in Frage gestellt werden, da viele Aspekte dieser Projekte indirekt auch Auswirkungen auf das Wohlergehen aller Individuen hätten. So trägt beispielsweise Fassadenbegrünung zu einem allgemein milderen Klima bei, welches gerade vulnerable Gruppen, die in allen Bevölkerungsschichten vertreten sind, zugutekommt. Die Kommunikation nach außen „über den Tellerrand“ stellt, wie so oft, eine essentielle Teilaufgabe der erfolgreichen Projektverwirklichung dar.

Die städtischen Büros zeigten sich in der Recherche als äußerst engagierte Akteur*innen, die der Bevölkerung ein notwendiges Sprachrohr boten, während die Stadtverwaltung diesem Engagement durch ein träges Bürokratiesystem im Wege steht. Aufgabe der Stadtverwaltung sollte es in Zukunft sein, diesen Anregungen besser nachzukommen und mehr Angebote bereitzustellen, um ihren Bürger*innen ihr Recht auf Partizipation einzuräumen. Durch eine Vielzahl an klassischen und modernen Beteiligungsmethoden können unterschiedliche Gruppen erreicht werden und je nach Bedürfnis Projekte entwickelt werden. Die „Grätzlmarie“ sollte kein Einzelphänomen bleiben.

Partizipation ist fester Bestandteil der Nachhaltigkeitsforderungen der Vereinten Nationen sowie dem allgemeinen Demokratieverständnis, da ohne Bürger*innenbeteiligung (im engeren, als auch im weiteren Sinne) keine Entwicklung und somit auch keine Stadt entstehen kann. Die Vertretung jener Interessen stellt dabei eine elementare Rolle dar, muss aber in Zukunft über die rein formelle Bürger*innenbeteiligung hinausgehen und einen stärkeren Fokus auf Partizipation im engeren Sinne ermöglichen. Dafür müssen die Mühlen des Verwaltungsapparates schneller mahlen.

Es zeigte sich, dass einzelne Individuen (wenn auch oft dieselben) diese Art der Beteiligung gut annehmen, alle Akteur*innen davon profitieren und die Ergebnisse aus solchen Beteiligungsprozessen als durchwegs fruchtbar einzuschätzen sind.

Fruchtbar nicht nur im Sinne des spezifischen Partizipationsprojektes, sondern auch produktiv im Sinne der Allgemeinheit, denn Partizipation geschieht im Kopf. Wer einmal Teil eines solchen Beteiligungsprozesses war, wird auch in Zukunft den betroffenen Stadtteil mit anderen Augen sehen, die Stadt und ihre Agierenden aus einem anderen Blickwinkel betrachten und die neu gewonnenen Erfahrungen mit Mitmenschen teilen. Ein Interesse und eine Wahrnehmung

für die Infrastruktur zu erzeugen, in der Menschen sich tagtäglich aufhalten, führt letztendlich zu einem respektvolleren und besseren Miteinander, wovon die gesamte Stadt profitiert.

6. Conclusio: „mehr Partizipation wagen“

Um abschließend die Frage zu klären, ob und wie es der Wiener Stadtentwicklung gelingt, Nachhaltigkeit in ihrer Agenda zu implementieren, soll hier ein Zitat von Clara Römhild angebracht werden, die Partizipation als Mittel zur Kommunikation zwischen Bürger*innen und Politik sieht und beschreibt, dass es im Kern darum geht „...die Stimmen, die wir einfangen, so weitergeben zu können, dass sie auch Wirkung entfalten.“ (Römhild, 2021).

Es scheint, als seien die Projekte aus der Stadt bekleidet mit hochengagierten Mitarbeiter*innen, die sich für die Bürger*innen einsetzen und ihnen entgegenkommen, wie es ihr Möglichkeitsbereich zulässt.

Die Praxis der Partizipation im engeren Sinne sieht noch etwas anders aus und ist in vielerlei Hinsicht weniger bürger*innen- und partizipationsorientiert wie (Dietrich et al., 2010) und der Stand der Fachdiskussion oder die politische Programmatik nahelegen: Die alte Forderung aus den 1970er Jahren, Stadtentwicklung solle sich nicht ohne einem Mitspracherecht aus Bürger*innenseite vollzogen werden, wird noch wenig berücksichtigt. Das liegt zum einen daran, dass ein Großteil der für die Entwicklung der Städte zentralen Entscheidungen – ob Grundstücksverkäufen oder Werksschließungen – nicht in Parlamenten und Stadtverwaltungen, sondern in Büros privater Akteur*innen getroffen werden. Zum anderen scheinen sich auch die kommunalen Entscheider*innen mehr um ihre eigenen Angelegenheiten innerhalb der jeweiligen Projekte zu kümmern, womit wichtige Verantwortungsbereiche ungeklärt oder sogar unberührt bleiben. Zudem entsteht der Eindruck, dass alles Wesentliche ohnehin bereits entschieden wurde, da viele der vorgeschriebenen Beteiligungsprozesse rein verfahrensbezogen und routiniert abgewickelt, „echte“ Partizipation also wenig Spielraum hatte. Dies führt dazu, dass sich die negativen Vorurteile gegenüber Partizipation im engeren Sinne auf allen Seiten vielfach aufs Neue bestätigen (Dietrich et al., 2010).

Dennoch gibt es trotz aller Komplikationen, positive Beispiele, innovative Ansätze, bemerkenswerte Teilhabeprozesse mit relevanten Ergebnissen, beeindruckende Eigenaktivitäten, engagierte Stadtbüros und fruchtbare Kooperationen. Deshalb kann hier nur an alle Agierenden, die sich als Teil der Stadt betrachten appelliert werden, mehr Partizipation zu wagen, da sie der Schlüssel zu einer nachhaltigen und demokratischen Stadtentwicklung ist, die wir alle wollen und für zukünftige Generationen auch dringend brauchen.

So kann gespannt auf weitere Projekte gehofft werden, wie das Smarter Together 3.0, das bereits im Stadtentwicklungsplan 2035 angedacht ist und ob sich „echte“ Partizipation in Zukunft noch stärker im Stadtgeschehen einbringen lässt.

G. Literatur

- Abromeit, H. (2008). Wozu braucht man Demokratie? *Wozu braucht man Demokratie?*, 1–19. <https://doi.org/10.1007/978-3-663-11894-7>
- Ahlke, B., Beckmann, G., Binot, R., Bucher, H., Burgdorf, M., Buthe, B., Dosch, F., Einig, K., Eltges, M., Gatzweiler, H.-P., Gebhardt, D., Görmär, W., Greiling, K., Günthner, S., Jakubowski, P., Jonas, A., Kawka, R., Koch, A., Korinke, E., ... Zorn, C. (2011). *Raumordnungsbericht 2011*.
- Alge, T., Arbter, K., Bachmann, J., Begusch-Pfefferkorn, K., Beisteiner, D., Binder-Zehetner, A., Dangschat, J. S., Dankl, C., Fidlischuster, L., Frey, O., Greisberger, H., Hammerl, B., Handler, M., Heckl, F., Hertzsch, W., Ingruber, D., Kroiss, F., Nicolini, M., Ornetzeder, M., ... Trattnigg, R. (2012). *Arbeitsblätter zur Partizipation* (1. Aufl.). ÖGUT. http://www.partizipation.at/handbuch_ab.html
- Arbter, K. (2012). *Praxisbuch Partizipation. Gemeinsam die Stadt entwickeln* (MA 18 (Hrsg.); 1. Aufl.). Holzhausen Druck GmbH.
- Arnstein, S. R. (2019). A Ladder of Citizen Participation. *Journal of the American Planning Association*, 85(1), 24–34. <https://doi.org/10.1080/01944363.2018.1559388>
- Balbach, T. (2018). *Was ist der Unterschied zwischen Bürgerbeteiligung und Bürgerpartizipation?* CitizenLab. <https://www.citizenlab.co/blog/civic-engagement-de/unterschied-buergerbeteiligung-partizipation/?lang=de>
- Beecroft, R., Trenks, H., Rhodius, R., Benighaus, C., & Parodi, O. (2018). Reallabore als Rahmen transformativer und transdisziplinärer Forschung: Ziele und Designprinzipien. In *Transdisziplinär und transformativ forschen*. R. Defila und A. Di Giulio. https://doi.org/10.1007/978-3-658-21530-9_4
- Brosenbauer, B., Ehmayer, C., Kail, E., Kickert, J., Rauscher, B., Rupp-Ebenspanger, A., & Sengelin, W. (2017). *Masterplan Partizipative Stadtentwicklung. Frühzeitiges Beteiligen der Bevölkerung an Städtebaulichen Planungs- und Widmungsprozessen* (1. Aufl.). Magistrat der Stadt Wien, MA 21 - Stadtteilplanung und Flächennutzung. <https://www.wien.at/stadtentwicklung/partizipation/>
- Buse, M. J., & Nelles, W. (1975). Formen und Bedingungen der Partizipation im politisch/administrativen Bereich. In U. von Alemann (Hrsg.), *Partizipation --- Demokratisierung --- Mitbestimmung: Problemstellung und Literatur in Politik, Wirtschaft, Bildung und Wissenschaft. --- Eine Einführung* (S. 41–111). VS Verlag für Sozialwissenschaften. https://doi.org/10.1007/978-3-663-01375-4_2
- Civicus. (2020). *Participatory Governance Toolkit*. <https://www.civicus.org/index.php/es/centro-de-medios/recursos/manuales/611-participatory-governance-toolkit>
- Collins, K., & Ison, R. (2009). Jumping off Arnstein's ladder: Social learning as a new policy paradigm for climate change adaptation. *Environmental Policy and Governance*, 19(6), 358–373. <https://doi.org/10.1002/eet.523>
- Cronin, K., & Perold, H. (2008). Volunteering and Social Activism: Pathways for

- participation in human development. In *International Association for Volunteer Effort*.
http://reliefweb.int/sites/reliefweb.int/files/resources/5FDF3204053D530FC12574EC004749EF-unv_oct2008.pdf
- Czernohorszky, J. (2021). *LA21 Plus. Unsere Mission. Geschichte*. Verein Lokale Agenda 21 in Wien zur Förderung von Bürgerbeteiligungsprozessen.
<https://www.la21wien.at/unsere-mission.html>
- Dearing, E. (2009). *Standards der Öffentlichkeitsbeteiligung. Empfehlungen für die gute Praxis*. Bundeskanzleramt.
- Dietrich, H., Kuczkowski, K. von, Lau, P., Pahl-Weber, E., & Stellmacher, F. (2010). *Planen - Bauen - Umwelt. Ein Handbuch* (1. Aufl.). VS Verlag für Sozialwissenschaften.
- GB*. (2021). *Wir SAN Wien. Neue Städtische Sanierungsoffensive*. Magistrat der Stadt Wien, Technische Stadterneuerung. <https://www.gbster.at/news/wir-san-wien/>
- Geissel, B. (2009). Participatory governance: Hope or danger for democracy? A case study of local agenda 21. *Local Government Studies*, 35(4), 401–414.
<https://doi.org/10.1080/03003930902999522>
- Geissel, B. (2020). *Partizipative Demokratietheorie und Kritik*. 182–196.
<https://www.researchgate.net/publication/344465359>
- Geißel, B. (2007). Zur (Un-)Möglichkeit von Local Governance mit Zivilgesellschaft: Konzepte und empirische Befunde. In *Local Governance - mehr Transparenz und Bürgernähe?* (1. Aufl., S. 23–316). Schwalb, Lilian Walk, Heike.
- Giradi-Hoog, J. (2019). *Smarter Together Gemeinsam g ' scheiter. 3 Jahre EU-geförderte Stadterneuerungsinitiative in Simmering 2016 - 2019*. Magistrat der Stadt Wien / Magistratsabteilung 25 Stadterneuerung und Prüfstelle für Wohnhäuser. www.smartertogether.at
- Gläser, J., & Laudel, G. (2009). *Experteninterviews und qualitative Inhaltsanalyse: als Instrumente rekonstruierender Untersuchungen* (3. Aufl.).
http://books.google.com/books?id=2a1fZ8YU0_oC&pgis=1
- Grote, J. R., & Gbikpi, B. (2002). From Democratic Government to Participatory Governance. In B. Gbikpi & J. Grote (Hrsg.), *Participatory Governance. Political and Societal Implications*. Springer Fachmedien Wiesbaden GmbH.
<https://doi.org/10.1007/978-3-663-11003-3>
- Gustafson, P., & Hertting, N. (2017). Understanding Participatory Governance: An Analysis of Participants' Motives for Participation. *American Review of Public Administration*, 47(5), 538–549. <https://doi.org/10.1177/0275074015626298>
- Haas, W., Jacobi, N., & Steininger, K. W. (2017). *Die Auswirkungen des Klimawandels für Wien: eine ökonomische Bewertung* [Elsevier B.V.].
<https://doi.org/10.1016/j.cliser.2016.02.003>
- Handler, M. (2021a). *Partizipation & nachhaltige Entwicklung in Europa*. ÖGUT – Österreichische Gesellschaft für Umwelt und Technik.
<https://www.partizipation.at/home.html>
- Handler, M. (2021b). *Partizipation und nachhaltige Entwicklung in Europa. Alle Methoden*. <https://www.partizipation.at/alle-methoden.html>
- Hartmann, S. (2020). *Projekthandbuch. Umsetzung WieNeu+ Favoriten* (0.30; S. 78).

- MA 25 - technische Stadterneuerung.
- Hartmann, S. (2021a). *Smarte Stadterneuerung mit WieNeu+*. Stadt Wien.
<https://smartcity.wien.gv.at/wienu/>
- Hartmann, S. (2021b). *Smarter Together*. MA 25 - technische Stadterneuerung.
<https://www.smartertogether.at>
- Hartmann, S., Schnabl, B., Forstinger, V., & Schneider, L. (2021). *Smarter Together-gemeinsam g'scheiter Stadterneuerung mit Vision & Methode. Abschlussbericht 2016- 2021*. Stadt Wien, Technische Stadterneuerung.
- Haus, M. (2010). Von government zu governance? Bürgergesellschaft und Engagementpolitik im Kontext neuer Formen des Regierens. In T. Olk, A. Klein, & B. Hartnuß (Hrsg.), *Engagementpolitik. Die Entwicklung der Zivilgesellschaft als politische Aufgabe* (1. Aufl., S. 210–232). VS Verlag für Sozialwissenschaften | GWV Fachverlage GmbH.
- Homeier, I., Pangerl, E., Tollmann, J., Daskalow, K., Lutter, J., Bartik, H., Cervený, M., Hofinger, J., Mühlmann, P., Watzak-Helmer, M., & Mühlberger, M. (2017). *Monitoringbericht 2017. Smart City Wien Rahmenstrategie*.
- Joerges, C. (2002). Das Weißbuch der Kommission über „Europäisches Regieren“: Ein missglückter Aufbruch zu neuen Ufern. *integration. Vierteljahrszeitschrift des Instituts für europäische Politik in Zusammenarbeit mit dem Arbeitskreis europäische Integration*, 3(2), 187–200.
- Kaase, M. (1992). Politische Beteiligung/ Politische Partizipation. In U. Andersen & W. Woyke (Hrsg.), *Handwörterbuch des politischen Systems der Bundesrepublik Deutschland* (S. 429–433). VS Verlag für Sozialwissenschaften.
https://doi.org/10.1007/978-3-322-95896-9_103
- Kliesow, M. (2015). *Die Praxis nachhaltiger Stadtentwicklung in Europa. Zukunftsfähiges Modell für jederman oder elitäres Privileg?* Universität Wien.
- Lefebvre, H. (1996). The right to the city. In *The Anarchist Library*.
<https://doi.org/10.4324/9781315260211>
- Lüttringhaus, M. (2019). Perspektivwechsel - Planen aus der Sozialraumorientierung. *IzR - Informationen zur Raumentwicklung*, 46(5), 18–23.
- Mackerle, G. (2020). *Gaal/Franz: Stadt Wien startet neue Sanierungsoffensive „Wir SAN Wien“*. Presseservice. Rathauskorrespondenz der Stadt Wien.
<https://www.wien.gv.at/presse/2020/09/16/gaal-franz-stadt-wien-startet-neue-sanierungsoffensive-wir-san-wien>
- Magistrat der Stadt Wien. (2019). *Smart City Wien Rahmenstrategie 2019-2050. Die Wiener Strategie für eine nachhaltige Entwicklung*. (I. Homeier, E. Pangerl, J. Tollmann, K. Daskalow, & G. Mückstein (Hrsg.); 1. Aufl.). Magistrat der Stadt Wien. <https://www.wien.gv.at/stadtentwicklung/studien/pdf/b008380a.pdf>
- Martens, J., & Ellmers, B. (2020). *Agenda 2030 : Wo steht die Welt ? 5 Jahre SDGs - eine Zwischenbilanz* (1. Aufl., S. 1–228). Druckerei Brandt GmbH.
- Michellini, A. G., Klaperski, D., Michel, A., Dametto, D., Tauch, A., & Popiolek, R. (2021). *SmartUpLab. Anwendung von Co-Creation-Tools für die Entwicklung innovativer Mobilitätslösungen*.
- Morishita-Steffen, N., Alberola, R., Mougeot, B., Vignali, É., Wikström, C., Montag, U., Gastaud, E., Lutz, B., Hartmann, G., Pfaffenbichler, F., Hainoun, A., Gaidon,

- B., Marvuglia, A., & Andreucci, M. (2021). Smarter Together: Progressing Smart Data Platforms in Lyon, Munich, and Vienna. *Energies*, 14(4), 1075. <https://doi.org/10.3390/en14041075>
- Newman, J., Barnes, M., Sullivan, H., & Knops, A. (2004). Public participation and collaborative governance. *Journal of Social Policy*, 33(2), 203–223. <https://doi.org/10.1017/S0047279403007499>
- Pateman, C. (1970). *Participation and Democratic Theory*. Cambridge University Press. <https://doi.org/https://doi.org/10.1017/CBO9780511720444>
- Piskorz, W. (2009). *Förderung der nachhaltigen Stadtentwicklung in Europa. Erfolge und Chancen* (S. 1–60). Europäische Kommission, Generaldirektion Regionalpolitik. <https://doi.org/10.2776/8394>
- Rosenberger, M. (2014). *STEP2025. Stadtentwicklungsplan Wien*. Stadtentwicklung Wien MA 18.
- Rosenberger, M., & Conrad, K. (2020). *STEP2025. Positionsbestimmung: Der STEP 2025 aus heutiger Sicht. Aktuelle Einblicke und Ausblicke*. Stadt Wien, Stadtentwicklung und Stadtplanung (MA 18). www.step.wien.at
- Schraml, C., & Kleinszig, E. (2014). From Obstacle to Opportunity: Bürgerbeteiligung in der lebenswertesten Stadt der Welt. In *Nimm's sportlich - Planung als Hindernislauf* (S. 31–44). Verlag der ARL - Akademie für Raumforschung und Landesplanung. <http://nbn-resolving.de/urn:nbn:de:0156-3892047%0AThis>
- Somerville, P. (2011). Democracy and participation. *Policy and politics*, 39(3), 417–437. <https://doi.org/10.1332/147084411X581817>
- Stadt Wien. (2019). *3 Jahre „Smarter Together“ in Simmering*. Magistratsdirektion - Magistratsdirektor, Gruppe Europa und Internationales. <https://www.wien.gv.at/politik/international/aktivitaeten/smarter-together.html>
- Stadt Wien. (2021). *Rahmenstrategie - Smart City Wien*. Stadt Wien. <https://smartcity.wien.gv.at/der-wiener-weg/rahmenstrategie/>
- Standard. (2021, Mai 13). *Stadtforscher errechnen Versiegelungsgrad in Wiener Stadtviertel*. <https://www.derstandard.at/story/2000126619205/stadtforscher-errechnen-versiegelungsgrad-in-wiener-stadtviertel>
- Stowasser, J. M. (1971). *Der kleine Stowasser. Lateinisch-deutsches Schulwörterbuch*. Hölder-Pichler-Tempsky (Wien).
- Takács, S. (2021). Managing the Flow Experience - The Dilemmas of Participatory Governance in Hungarian Social Enterprises. *Journal of Social Entrepreneurship*. <https://doi.org/10.1080/19420676.2021.1874487>
- Toepler, E. (2015). Die Bedeutung von Qualitätssicherung und Qualitätsmanagement. In *Handbuch Sozialversicherungswissenschaft* (S. 573–587). Springer Fachmedien Wiesbaden. https://doi.org/10.1007/978-3-658-08840-8_36
- UN. (2017). *“Transforming Our World: The 2030 Agenda for Sustainable Development”*. <https://doi.org/10.5005/pjn-11-2-42>
- v. Alemann, U. (1975). Partizipation, Demokratisierung, Mitbestimmung --- Zur Problematik eines Gegenstandes. In U. von Alemann (Hrsg.), *Partizipation --- Demokratisierung --- Mitbestimmung: Problemstellung und Literatur in Politik, Wirtschaft, Bildung und Wissenschaft*. --- *Eine Einführung* (S. 13–40). VS Verlag für Sozialwissenschaften. https://doi.org/10.1007/978-3-663-01375-4_1

- Vilmar, F. (1973). Strategie gesamtgesellschaftlicher Demokratisierung, parlamentarische Demokratie und sozialistische Transformation. *Zeitschrift für Parlamentsfragen*, 4(4), 480–501. <http://www.jstor.org/stable/24205376>
- von Alemann, U. (2002). Demokratie. In M. Greiffenhagen, S. Greiffenhagen, & K. Neller (Hrsg.), *Handwörterbuch zur politischen Kultur der Bundesrepublik Deutschland* (S. 78–85). VS Verlag für Sozialwissenschaften. https://doi.org/10.1007/978-3-322-80358-0_12
- Walk, H. (2008). Partizipative Governance. Beteiligungsformen und Beteiligungsrechte im Mehrebenensystem der Klimapolitik. In *Partizipative Governance* (1. Aufl.). VS Verlag für Sozialwissenschaften | GWV Fachverlage GmbH. <https://doi.org/10.1007/978-3-531-90803-8>
- Walz, S., Kast, A., Schulze, G., Born, L., Krüger, K., & Niggemeier, K. (2012). *Handbuch zur Partizipation* (2. Aufl.). Kulturbuch-Verlag GmbH. <http://stadtentwicklung.berlin.de>
- Weiss, D. (2021). *Smart City Wien. Projekte*. <https://smartcity.wien.gv.at/projekte/>
- Winkler-Hermaden, R. (2021, April 8). Bäume statt Beton: Wie Wien grüner werden kann. *DerStandard*. <https://www.derstandard.at/story/2000125612824/baeume-statt-beton-wie-wien-gruener-werden-kann>
- Würzner, E. (2014). *Klimawandel: Was er für Städte bedeutet. Kernergebnisse aus dem Fünften Sachbericht des IPCC*. European Climate Foundation.

Alle elektronischen Quellen wurden am 13.08.2021 auf ihre Vollständigkeit und Richtigkeit geprüft.

H. Annex

1. Die sechs Handlungsfelder der nachhaltigen Stadtentwicklung nach Martin Kliesow (Kliesow, 2015: 55ff.)

Handlungsfeld			ST	WN+
Planungs- Umsetzungs- und Prozessqualität	Partizipation	- Gibt es besondere Verfahren für die Beteiligung der Bevölkerung, die über das normale Maß hinausgehen? - Gibt es eine intermediäre Institution seitens der Stadt für Information und Teilnahme der Bevölkerung? - Wird die Bevölkerung an städtebaulichen Wettbewerben beteiligt? - Besteht die Möglichkeit der Teilnahme am Nachhaltigkeitsprozess (z.B. ehrenamtliches LA21 Engagement)? - Wird aktiv das demokratische Engagement gefördert?	✓ ✓ ✓ ✓ ✓	✓ ✓ ✓ ✓ ✓
	Leitbildbezug Nachhaltige Stadtentwicklung	- Besteht ein Nachhaltigkeitsmanagement in der Verwaltung? - Werden Umwelteinwirkungen in der Planungsphase berücksichtigt? - Besteht eine Qualitätssicherung / Monitoring der Entscheidungen? - Gibt es eine Form der Berichterstattung (Konzepte, Berichte o.ä.) bzgl. Nachhaltigkeit?	✓ ✓ ✓ ✓	✓ ✓ ✓ ✓
	Horizontale und vertikale Integration	- Besteht eine interinstitutionelle oder interdepartementale Zusammenarbeit im Bereich der Verwaltung? - Findet bei Entscheidungen eine Abstimmung zwischen den Themen statt? - Werden andere räumliche Ebenen bei Entscheidungen mit einbezogen?	✓ ✓ ✓	✓ ✓ ✓
Individuelle Freiheit, Qualität und soziale Aspekte	Kulturelle Vielfalt und Bildung	- Besteht ein angemessenes Angebot an Kultur allgemein (Bibliotheken, Kino, Museen, Theater, etc.)? - Werden Kommunikation und Begegnung / kulturelles Leben gefördert (Veranstaltungen, Projekte)? - Gibt es Kunst im öffentlichen Raum? - Gibt es Räume für die Bevölkerung für Kunst / Kultur? - Werden Selbsthilfegruppen, Kulturinitiativen bzw. außerschulische Einrichtungen von der Stadt gefördert? - Ist das Schulangebot, Angebot an KITAs und Kindergärten ausreichend?	✓ ✓ ~ ✓ ✓	~ ✓ ? ~ ✓ ~

	Identifikation mit Räumen, Stärkung Gemeinde und Nachbarschaft	• Bestehen nachbarschaftsfördernde Raumstrukturen (Halböffentliche Räume, Räume für Begegnungen, etc.)? • Gibt es Nachbarschaftsaktivitäten (Urban Gardening, Aktivitäten allgemein) und werden sie gefördert? • Wie ist die Qualität der Räume einzuschätzen (Aufenthaltsqualität in der Öffentlichkeit, Angebot an Grünflächen, Wald und Erholungsgebiete, etc.)?	~	~
	Solidarität in der Stadtgesellschaft, soziale und funktionale Diversifikation	• Werden senioren- / familien- / kinder- oder frauenspezifische Aspekte in der Raumplanung berücksichtigt? • Gibt es Optionsflächen /-räume für Selbstorganisation? • Besteht eine Nutzungsflexibilität innerhalb der Flächen?	✓	✓
Standortsicherung, bedachtes Wirtschaften und fairer Wettbewerb	Innerstädtischer Wirtschaftsstandort	• Gibt es ausreichend Arbeitsplätze im Quartier? • Gibt es Projekte, die zur Stärkung und Entwicklung des innerstädtischen Zentrums beitragen? • Gibt es wohngebietsverträgliche Arbeitsplätze?	✓	?
	Ausgeglichene Wirtschaftsstruktur	• Sind die Arbeitsplätze gleichmäßig über den Raum verteilt? • Besteht eine, nach Beschäftigten und nach Wirtschaftsbereichen, ausgeglichene Struktur? • Wird lokale Ökonomie und Produktion gefördert? • Werden Mittelstand und Handwerk gefördert?	✓	?
	Soziale und ökologische Aspekte von Erwerbsarbeit und Produkten	• Gibt es eine Förderung des Bereiches nachhaltiges Wirtschaften / umweltschonende Betriebe? • Werden Projekte für die Sensibilisierung regionaler Wertschöpfung umgesetzt bzw. gefördert? • Gibt es attraktive und leistbare Gewerbe- bzw. Büroflächen für Neuansiedlungen? Förderungen?	✓	✓
Stadtverträgliche und bedarfsgerechte Mobilität	Aufenthaltsqualität für nicht-MIV und ÖPNV	• Gibt es ein Radfahrer- / Fußgängerkonzept? • Wie sind die Qualität und das Angebot der Fußwege / Radwege zu beurteilen? • Gibt es Vorrangflächen für Fußgänger / Radfahrer?	~	~
	Erschließung und Umgang mit Flächen	• Wie ist die Anbindung von Wohngebieten / Arbeitsstätten an den ÖPNV zu beurteilen?	✓	✓

		• Wie ist die Parkplatzanordnung des MIV gestaltet? • Gibt es eine Parkraumbewirtschaftung? • Gibt es Sammelgaragen / Tiefgaragen zur Reduzierung des Flächenbedarfs?	X X ~	? ? ?
	Alternative Verkehrskonzepte	• Gibt es Förderungen für alternative Energien? Stromtankstellen? • Besondere Verkehrskonzepte und –modelle (z.B. shared space)? • Besteht ein Car-Sharing Konzept? Sind Sonderflächen vorhanden?	✓ ✓ ✓	? ? ?
Umgang mit natürlichen Ressourcen	Ressourcen	• Liegt eine energieeffiziente Bauweise vor? Wird sie bei Neubauten beachtet? • Gibt es bauliche Besonderheiten (Passivhäuser, niedriger Energiestandard, Dachflächen-, Fassadenbegrünung)? • Wie ist der Anteil und die Ausweitung regenerativer Energien in der Energiegewinnung zu beurteilen (Photovoltaik, Solarthermie)? • Wurden nachhaltige Baustoffe verwendet (recycelte Materialien, nachwachsende Baustoffe, Rückbaufähigkeit)? • Gibt es Förderprogramme im Bereich Energie und Umweltschutz bzw. städtische Zuschüsse im privaten Wohnungsbau? Klimaschutzaktivitäten von Wohnbaugenossenschaften? • Besteht ein Abfallmanagement? Wird das Restmüllaufkommen reduziert?	✓ ✓ ✓ ✓ ✓ ✓	✓ ✓ ? ? ✓ ✓
	Flächeninanspruchnahme	• Wird ein quantitativer Freiraumschutz betrieben (Reduzierung des Zuwachses an bebauter Fläche)? • Wird gegen die städtebauliche Siedlungsdichte vorgegangen? • Gibt es ein Bodenmanagement? • Gibt es Leerstands- oder Zwischennutzungen? • Gibt es im Untersuchungsgebiet verwendete Konversionsflächen?	~ ✓ ✓ X ✓	~ ✓ ✓ X ✓
	Qualität & Angebot der Freiräume	• Wird aktiv struktureller Freiraumschutz betrieben (zusammenhängende Grün- / Freiflächen)? • Gibt es Naturschutzflächen, Naturdenkmäler, Landschaftsschutzgebiete, o.ä.? • Wird ein qualitativer Freiraumschutz betrieben (Qualität und Zahl der Grün- und Freiflächen)? • Beachtet die Freiraumplanung das Lokal- und Mikroklima?	X X ~ ✓	X X ~ ✓

Räumliche Gerechtigkeit und Qualität	Bauliche / planerische Umsetzung des Leitbildes NSE	- Ist die städtebauliche Einbindung des Quartiers angemessen? - Wird das Prinzip „Innen- vor Außenentwicklung“ bedient? - Wird eine „Stadt der kurzen Wege“ planerisch umgesetzt? - Wird Monofunktionalität vermieden? - Sind Klimastrategien, Maßnahmenkonzepte, Handbücher, Analysen zur Verwundbarkeit, o.ä. vorhanden?	✓ ✓ ✓ ~ ✓	✓ ✓ ✓ ~ ✓
	Sozial und ökologisch gerechte Infrastruktur	- Ist der Versorgungsgrad mit Infrastruktur ausreichend bzw. räumlich ausgeglichen? - Angemessene Zahl von Grünflächen bezogen auf die Einwohnerzahl? - Angemessene Zahl von Lebensmittelgeschäften und ähnlicher Infrastruktur bezogen auf die Einwohnerzahl? - Gibt es einen frühzeitigen Ausgleich von Eingriffen in die Natur (z.B. Ökokonto)?	✓ ~ ✓ X	✓ ~ ✓ X
	Sozialverantwortliche Wohnraumversorgung	- Wie ist der durchschnittliche Mietpreis einzuschätzen (Mietpreisindex, Anteil Miete an Einkommen)? - Findet eine Differenzierung der Eigentumsverhältnisse statt (Bauformen)? Gibt es variierende Parzellengrößen (Angebot und Preise)? Wie ist das Verhältnis von Ein- / Mehrfamilienhäuser? Werden flexible Grundrisse angeboten (funktionale Vielfalt, Nutzungs-, Angebotsflexibilität)? - Werden unterschiedliche Eigentums- und Mietmodelle berücksichtigt? Gibt es geförderten Wohnraum? Wohnbaugenossenschaften? - Wie ist der Bestand an Wohnungen in Gemeinschafts- und / oder Nachbarschaftsprojekten mit kommunaler Unterstützung? Gibt es generationenübergreifende Wohnprojekte? - Wie ist die soziale Durchmischung zu beurteilen?	✓ ✓ ✓ ~ ✓	✓ ✓ ✓ ~ ✓

Bewertungsschlüssel:

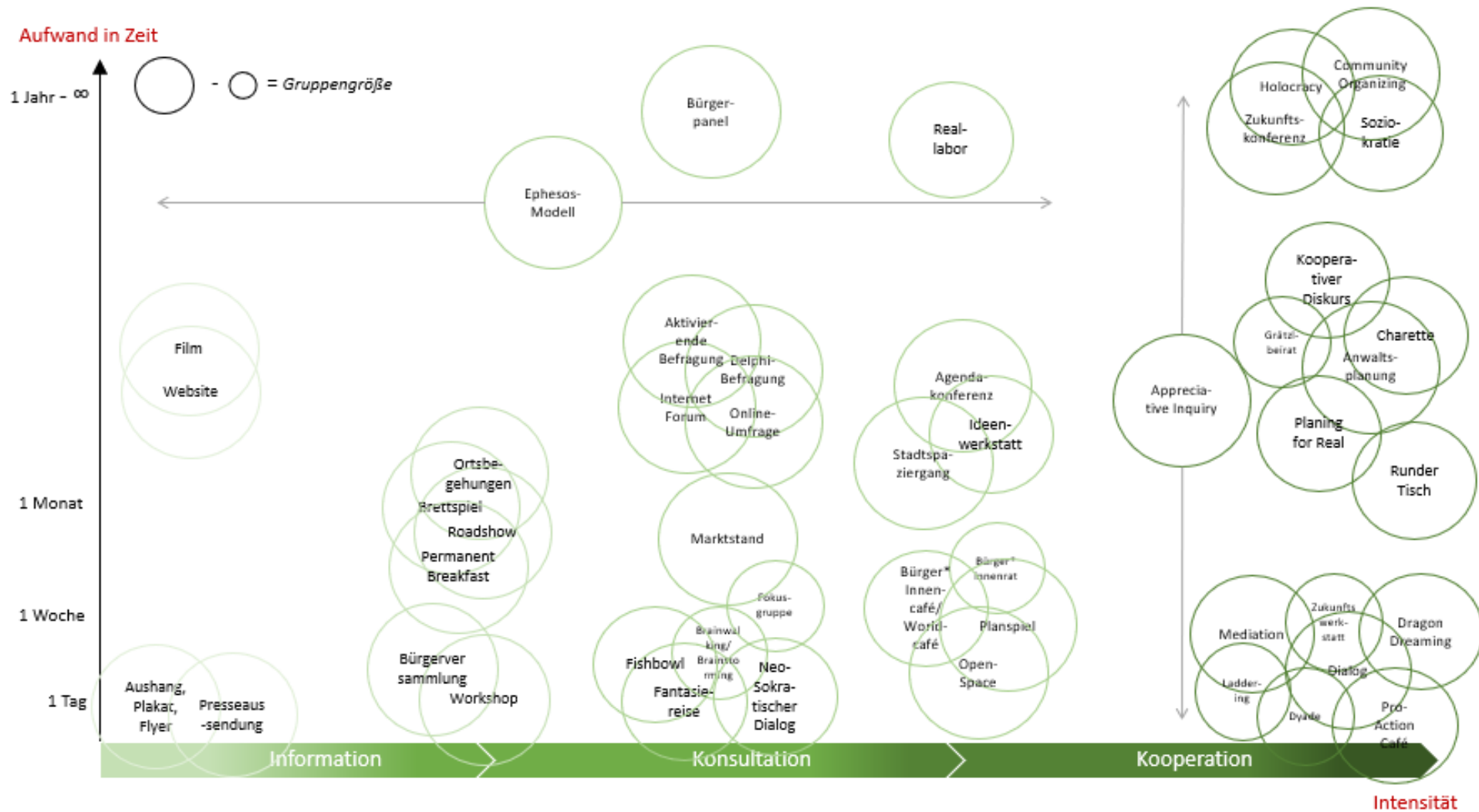
✓ = ja

X = nein bzw. nicht Teil des Projektauftrags

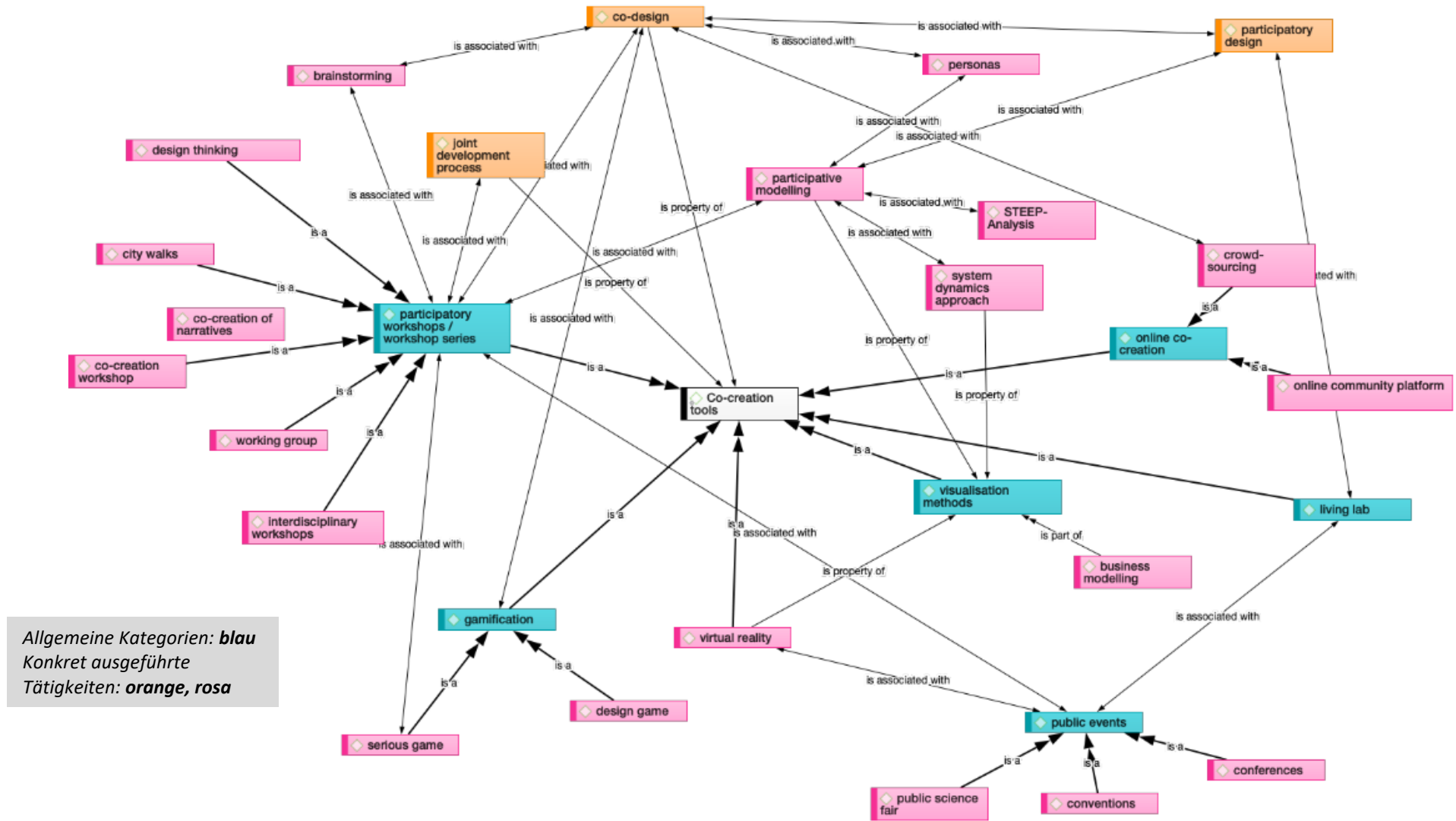
~ = mittelmäßig

? = noch in Planung

2. Beteiligungsmethoden (Auswahl) – Übersicht nach (Walz et al., 2012), (Alge et al., 2012) und (Arbter, 2012), eigene Darstellung



3. Übersicht der Co-Creation Tools nach (Michelini et al., 2021: 14)



4. Checkliste für Rahmenbedingungen partizipativer Verfahren nach (Alge et al., 2012: 8)

	Rahmenbedingungen partizipativer Verfahren	i	k	m
	TeilnehmerInnen			
☒	Alle relevanten Interessensgruppen sind am Verhandlungstisch ausgewogen vertreten.			X
☒	Bei der Zusammensetzung der Gruppe werden Erfordernisse des Gender Mainstreaming beachtet (z. B. ausgewogene Besetzung der Gremien mit Frauen und Männern).		X	X
☒	Vorgespräche mit Gruppen und Einzelpersonen über Prozess- und Rollenverständnis werden geführt.			X
☒	In den Vorgesprächen wird der mögliche Nutzen der Beteiligung erörtert.		(X)	X
	Commitment der Entscheidungsträger			
☒	Die Unterstützung durch Politik und Verwaltung soll abgeklärt und nach Möglichkeit sichergestellt werden.	X	X	X
☒	Die InitiatorInnen bemühen sich um eine Zusage nachgeschalteter EntscheidungsträgerInnen, dass diese die Ergebnisse des partizipativen Verfahrens berücksichtigen und ihre Entscheidungen v. a. bei Abweichungen begründen werden.		X	X
	Ergebnisse			
☒	Die Einfluss- und Aktionsmöglichkeiten für die Beteiligten sind für alle klargestellt.	X	X	X
☒	Es ist geklärt/vereinbart, wer im Verfahren oder danach was entscheidet (wo liegt welche Entscheidungskompetenz).	X	X	X
☒	Allen Beteiligten ist bekannt, ob die Ergebnisse verbindlich oder unverbindlich sein werden.	X	X	X
☒	Die Beteiligten sind darüber informiert, was mit den Ergebnissen des Verfahrens geschehen wird.	X	X	X
☒	Das Ergebnis des Verfahrens ist offen – es besteht Gestaltungsspielraum.		X	X
	Zeit			
☒	Ein klarer, ausreichend bemessener zeitlicher Rahmen ist gegeben.	X	X	X
☒	Zeitliche Flexibilität für unerwartete Ereignisse während des Verfahrens ist gesichert.		(X)	X
☒	Es ist sichergestellt, dass der Zeitaufwand für alle Beteiligten, v. a. auch für ehrenamtliche TeilnehmerInnen, abschätzbar und akzeptabel ist.		X	X
☒	Die Einbindung der Betroffenen in den Entscheidungsfindungsprozess erfolgt so frühzeitig, dass der Gestaltungsspielraum genutzt werden kann.		X	X
	Geld			
☒	Ausreichende Finanzmittel sind sichergestellt.	X	X	X
☒	Es gibt Regeln für den Bedarf und die Verteilung der Finanzmittel.		X	X
☒	Für bürgerschaftliches Engagement gibt es finanzielle oder anderweitige Anerkennung.			X
☒	Ein Reservebudget für unerwartete Ereignisse während des Verfahrens ist vorgesehen (z. B. für zusätzliche Sitzungen, Gutachten, etc.).		X	X
	Weitere Ressourcen und Informationen			
☒	Die Ressourcen, die den Machtausgleich während des Verfahrens herstellen, werden bereitgestellt (z. B. Informationen, Geld).			X
☒	Alle Beteiligten bekommen ausreichende Informationen zu Inhalt und Prozess des Verfahrens.	X	X	X
	Prozesssteuerung			
☒	Professionelle AnsprechpartnerInnen sind bestellt/beauftrag.	X	X	X
☒	Eine unabhängige, kompetente Prozesssteuerung ist bestellt/beauftrag.		(X)	X
	Prozessdesign			
☒	Das Veranstaltungs-/Prozessdesign ist individuell an das Thema und an die verfügbaren Budgetmittel angepasst.	X	X	X
☒	Formale und informelle Prozesse sind aufeinander abgestimmt (z. B. Schnittstellen zur politischen Ebene sind geklärt).	X	X	X
☒	Bei Verfahren, für deren Verlauf das Interesse der Öffentlichkeit förderlich ist, wird versucht, dieses Interesse zu wecken (Öffentlichkeitsarbeit, etc.).	X	X	X
	Vorklärungen			
☒	Die organisatorischen Rahmenbedingungen sind geklärt (z. B. Rollenaufteilung, Rahmen und Ort der Treffen der TeilnehmerInnen, etc.).	X	X	X
☒	Die Ausgangslage ist analysiert.	X	X	X

5. Checkliste für Qualitätskriterien partizipativer Verfahren nach (Alge et al., 2012: 7)

	Qualitätskriterien	i	k	m
	Prozesssteuerung			
☒	Das Verfahren wird durch eine Prozesssteuerung professionell geleitet.	x	x	x
☒	Kontinuierliche Reflexion und Supervision über den Prozess und den Inhalt finden statt.	x	x	x
☒	Auf Methodenvielfalt innerhalb des Prozesses wird geachtet.			x
☒	Auf die Kontinuität des Arbeitsflusses wird geachtet.			x
☒	Der Verfahrensablauf wird gut organisiert (Zeitplan, Tagungsräume, Protokollierung, etc.).	x	x	x
	Umgang mit Informationen und Wissen			
☒	Ergänzendes ExpertInnen(wissen) wird – wenn erforderlich – verfügbar gemacht, damit die Entscheidungen auf fachlicher Basis getroffen werden können.	x	x	x
☒	Alle für den Prozess relevanten Informationen werden den Beteiligten rechtzeitig zur Verfügung gestellt.	x	x	x
☒	Das Verfahren wird nachvollziehbar dokumentiert (Protokolle, Zwischenberichte, etc.).	x	x	x
☒	Flexibilität in Bezug auf Rahmenbedingungen und Verhandlungsgegenstand im Prozess soll gegeben sein.		(x)	x
	Spielregeln/Umgang miteinander			
☒	Die Prozesssteuerung sorgt für klare Spielregeln, Vereinbarungen betreffend Ablauf, Rollen, Rechte und Pflichten der Beteiligten, Entscheidungsmodus innerhalb des Verfahrens (konsensuale Entscheidungen, Mehrheitsentscheidungen, etc.).			x
☒	Die Prozesssteuerung legt mit den Beteiligten Regeln betreffend die Gruppenkultur fest: fairer Umgang miteinander und mit dem im Prozess erworbenen Wissen, offene Atmosphäre.			x
☒	Alle Meinungen werden im Verfahren gehört und diskutiert.			x
☒	Unterschiedlichen Ansprüchen, Beiträgen und Sichtweisen wird im Verfahren Rechnung getragen.			x
☒	Während des Verfahrens herrscht Klarheit über die Rollen aller Beteiligten (z. B. wer spricht für wen mit welcher Handlungsbefugnis).	x	x	x
☒	Das Vertrauensverhältnis soll gestärkt werden, damit ein höherer Grad an Verbindlichkeit der Ergebnisse entsteht.			x
☒	Auf personelle Kontinuität und die Integration neuer TeilnehmerInnen wird geachtet.			x
☒	Das Zeit-Nutzen-Verhältnis ist für alle Beteiligten akzeptabel.			x
☒	Der Einsatz finanziell nicht abgegotener Ressourcen wird transparent gemacht.			x
☒	Die Aufteilung der Finanzmittel wird sichtbar gemacht.			x
	Kommunikation und Umsetzung der Ergebnisse			
☒	Zur Umsetzung der Ergebnisse und deren Kontrolle sollen tragfähige Strukturen geschaffen werden.			x
☒	Alle Beteiligten verpflichten sich dazu, dass das Ergebnis als gemeinsame Leistung präsentiert wird.			x
☒	Die Kommunikation der Entscheidung (der Ergebnisse) wird gemeinsam vereinbart.			x
☒	Es erfolgt eine kontinuierliche abgestimmte Kommunikation über den Prozess nach außen.	(x)	(x)	x

6. Interviews

Linda Schneider, WieNeu+ (14.07.2021)

YG: „Zu Beginn würde ich Sie bitten sich kurz vorzustellen, ihr Arbeitsfeld kurz anzureißen und beschreiben für welchen Bereich Sie im Projekt „WieNeu+“ tätig sind.“

LS: „Linda Schneider, vom Hintergrund her Raumplanerin. An der TU Wien habe ich den Master gemacht. Partizipation und Bürger*innenbeteiligung sind mir also vertraut. Ich bin seit zweieinhalb Jahren in der MA25 Technische Stadterneuerung tätig. Die MA 25 hat eigentlich andere Aufgaben, aber nachdem das „Smarter Together“ in die MA25 mit der Projektleitung gekommen ist, wurde ein eigener Bereich geschaffen. Der nennt sich EU und Sonderprojekte und da ist auch „WieNeu+“ angesiedelt. Ich unterstütze meinen Kollegen und Projektleiter Stefan Hartmann immer mehr in seiner Projektleitungstätigkeit, sodass wir in näherer Zukunft gemeinsam die Leitung von diesem Projekt innehaben, weil es doch umfangreich ist und sich gezeigt hat, dass ein interessanter Austausch zu Stande kommt, wenn zwei Leute vom unterschiedlichen Geschlecht zusammenarbeiten. WieNeu+ gliedert sich in drei große Themenbereiche: „Sanierung und Energie“, „Öffentlicher Raum“ und „Sozialer Zusammenhalt und lokale Wirtschaft“ und ich betreue vor allem den Bereich „Öffentlicher Raum“.“

YG: „Ich habe mir zum Thema Nachhaltigkeit im WieNeu+ ein paar Indikatoren rausgesucht, was eine nachhaltige Stadtentwicklung und Stadtplanung beinhalten sollte. WieNeu+ steht noch ganz am Anfang, dementsprechend ist der Projektbericht in manchen Bereichen noch so aufschlussreich gewesen. Deshalb die erste Frage an Sie, ob wir im WieNeu+ ein kulturelles Angebot erwarten dürfen und wie das aussehen könnte?“

LS: „Einerseits gibt es das Projekt „G’mischter Block“, welcher auch Teil der IBA Wien ist, die ganz bewusst den Fokus auf ökologische und soziale Nachhaltigkeit setzt. Sie versuchen also nicht nur ein schönes Gebäude hinzustellen mit einem nachhaltigen Energiesystem, mit einer guten Energiebilanz insgesamt, sondern auch einen sozialen Mehrwert mit einzubringen, indem sie einen Kindergarten einerseits errichten, aber auch ein Weinlager mit einem Veranstaltungsraum geplant haben. Die Menschen haben auch damals schon mit diesen Akteur*innen bei der Nutzungsmischung mitentschieden, es wurde also kooperativ entwickelt.“

YG: „Kooperativ heißt zwischen dem Veranstaltungskomitee bzw. Ihnen und den Bürger*innen?“

LS: „Nein, zwischen den Projektentwickler*innen vom „G’mischten Block“ und diversen Akteur*innen, die der G’mischte Block damals eingeladen hat. Die Projektentwickler*innen der Firma Auroris machen mehrere Projekte in diesem Bereich, so haben sie diverse Akteur*innen auch potenzielle Kund*innen und Mieter*innen der Räumlichkeiten eingeladen. Sie wollen außerdem versuchen den öffentlichen Raum zu integrieren. Sie fertigten kleine Balkone in der Fassade, wo Bäume angesiedelt wurden, und jetzt machen sie sich auch Gedanken über den öffentlichen Raum, der direkt an die Liegenschaften angrenzt. Sie haben sich informiert, welche Bäume, die Klimawandel ganz gut aushalten, dort geplant werden könnten. Es ist interessant, dass sie den Raum, der offiziell gar nicht mehr zu Ihnen gehört, auch mitdenken.“

YG: „Das würde meine zweite Frage schon fast beantworten, nämlich inwieweit der öffentliche Raum in dieser Hinsicht eingeschlossen wird? Im Smarter Together gab es eine Gruppe, die eine Wand künstlerisch gestalten durfte mit Graffiti. Wird es im WieNeu+ auch so eine Möglichkeit geben, wo die Bewohner*innen den öffentlichen Raum mitgestalten dürfen?“

LS: „WieNeu+ läuft ja erst seit 2021 und wir haben wahnsinnig viele Ideen, was wir gerne machen wollen. Wir haben auch immer wieder diskutiert, wie man Kunst oder andere Interventionen mit einbinden kann in unsere Tätigkeit, um einen „Aha-Moment“ bei den Menschen zu erzeugen, eine Irritation, die sie zum Innehalten einlädt. Z.B. macht die Gebietsbetreuung den Umbau des Quellenplatzes im 10. Bezirk, das ist auch ein Projekt vom WieNeu+ und die Gebietsbetreuung macht dort gerade ein Beobachtungs- und Beteiligungsverfahren dazu. Sie haben sich in einem ersten Schritt angeschaut, wer auf diesem Platz ist, wer ihn nutzt auf welche Weise und zu welchen Uhrzeiten und aus diesen Beobachtungen heraus kreieren Sie dann eine Beteiligung. Die läuft über den ganzen Juli und August, wo sie die Menschen aktiv fragen und das ganze haben sie interessanterweise am Thema der 5 Sinne aufgehängt. Mit Fragen wie „Wie schmeckt, riecht und fühlt sich der Quellenplatz an?“ wollen sie im frühen Herbst Interventionen ableiten, die dann später in eine künstlerische

Aufbereitung des Quellenplatzes übergehen sollen. Also so gesehen ist es nicht unbedingt vorgesehen, dass die Bürger*innen selbst etwas bemalen, sondern die Gebietsbetreuung das übernimmt. Eine Zusammenarbeit mit der Bevölkerung ist hier auf jeden Fall denkbar. Außerdem haben wir ein Nachbarschaftsbudget entwickelt in WieNeu+ für das Projektgebiet. Dort können Menschen, also Mieter*innen, Hausgemeinschaften, Vereine, lokale Institutionen, wie Jugendzentren, etc. Projekte einreichen, die das Quartier oder den Bereich, den sie betrachten Klima- und Zukunftsfit machen. Es gibt eine Jury, die darüber entscheiden soll, ob das wirklich den Zielen von WieNeu+ zuträglich ist, ob das eingereichte Projekt wirklich dazu beiträgt, dass ein Grätzl klimafit wird, und dort können dann künstlerische Elemente, wie Bemalungen und Verschönerungen im Alltag eine Rolle spielen.

Ein großes Problem ist das Raumangebot. Wir haben für mehrere Aktivitäten bzw. Veranstaltungen Räumlichkeiten im Gebiet gesucht und haben keine geeigneten Räumlichkeiten gefunden, weil es zu wenig Veranstaltungsräume im Grätzl gibt. Dies ist auch eine Rückmeldung, die wir von der Gebietsbetreuung bekommen, dass ihr Saal sehr gerne von der Bevölkerung für Veranstaltungen gemietet wird und es kaum Alternativen gibt. Dazu gibt es neue Entwicklungen am Bahnhof Favoriten. Dort wird gerade an einem Nutzungskonzept gearbeitet, das vorsieht, ihre ganzen Räumlichkeiten neu zu gestalten. Großteile des Komplexes sind komplett leer und dort überlegt man sich, wie man diese Flächen effizienter und nachhaltiger nutzen kann. Es soll einen Workshop dazu geben, wie man diese Räumlichkeiten neu nutzen kann und ein Anliegen ist es, in diesen Räumen kulturelles Angebot zu ermöglichen, wie beispielsweise Werkstätten, wo sich die Menschen selbst verwirklichen können oder wo lokale Vereine sich kostengünstig einmieten können. Die Wiener Linien, dessen Areal dies ist, haben einen großen Planungshorizont, das wird also sicher nicht mehr im Rahmen des WieNeu+ passieren, sondern eher in den nächsten Jahren.“

YG: *„Wir bleiben bei der Verschönerung des Freiraums bzw. wie man den noch anderweitig nutzen kann. Wie soll im WieNeu+ das Angebot an Grün- und Freiflächen gestaltet werden? Gibt es da schon konkrete Konzepte?“*

LS: „Es gibt einerseits den Quellenplatz, der soll umgestaltet und aufgewertet werden, wobei die große Frage ist, wie man das schaffen möchte, denn der Platz wird nicht als Platz wahrgenommen, sondern mehr als vier einzelne Teile, weil er so zerstückelt ist durch den langen Weg zwischen den beiden Straßenseiten. Die zwei Fahrspuren für die Autos auf jeder Seite und die Gleise und Masten der Wiener Linien in der Mitte geben kein rundes Bild ab. In dem einen Eck hat man den Gemeindebau, da drüben ist der Würstlstand und grundsätzlich sehr viel Infrastruktur. Eine kürzlich von uns durchgeführte Begehung des Platzes hat dies deutlich gemacht. Auch der Untergrund ist belebt durch Wasserkanäle und den Stromleitungen der Telekommunikation. Wie man hier einen Mehrwert schaffen will, ist noch eine große Frage, die auch von der politischen Vorgabe abhängt. Wenn wir eine Fahrspur entfernen könnten, hätte man viel mehr Platz für die Menschen.“

YG: *„So ähnlich, wie das was gerade auf der Thaliastraße passiert?“*

LS: „Das war eine politisch mutige Entscheidung. Hier sind enorm viele Stellplätze weggefallen und das muss man sich als Bezirksvorsteher leisten können bzw. wollen.

Ansonsten ist unsere Abteilung im Wohnbauresort angeordneten, d.h. dort liegen unsere Kompetenzen, dort haben wir Möglichkeiten. Der öffentliche Raum ist allerdings bei einer anderen Abteilung, dem Umweltresort angesiedelt und wir können als WieNeu+ lediglich Ideengeber sein, wir haben aber nicht die Planungs- und Entscheidungskompetenzen. Dies zeigt sich dann am Beispiel des Quellenplatzes: Wir haben gemeinsam mit dem Bezirksvorsteher diesen Aufwertungsprozess angefangen und haben nun die Aufgabe, diesen Prozess voranzutreiben und etwas weiter zu denken als in bloßen Standardlösungen, aber sobald es in den Regelprozess übergeht, sind wir im Prinzip raus. Beim öffentlichen Raum, bei allem was man plant kommt es am Ende immer auf die Frage der Finanzierung an, weil die Bezirke ein eingeschränktes Budget haben.“

YG: *„Welche Konzepte sieht WieNeu+ in Bezug auf Vorrangflächen für Fußgänger und Fahrradfahrer vor? Gibt es auch Pläne zur Auto- und Parksituation?“*

LS: „Dadurch, dass das Thema wieder nicht in unserem Kompetenzbereich liegt, können wir Ideen nur anstoßen, aber vieles muss dort vom Bezirk ausgehen bzw. von den zuständigen Abteilungen, MA18 Stadtplanung oder die MA28 Straßenbauverwaltung. Mit dem Supergrätzl versuchen wir hier Lösungen zu finden, wie beispielsweise mit dem Teilprojekt „Bildungsgrätzl“ im Triesterviertel. Dort ging es um Kinder- und Jugendmobilität und wie man die sicherer gestalten kann. Eine Maßnahmenliste ist in diesem Zuge entstanden, es dreht sich aber wieder um die Frage, wer das ganze finanzieren kann. Der Bezirk selbst hat Interesse, aber

nicht das Geld. Hier können wir von WieNeu+ zumindest Möglichkeiten aus Fördertöpfe suchen bzw. bei EU-Einreichungen solche Themen mit aufzunehmen.“

YG: *„Gilt dasselbe für den Ausbau von Kitas bzw. Schulen? Soll hier ein Ausbau stattfinden, der jedoch an der Finanzierung scheitern könnte?“*

LS: „Das ist bei uns im Projekt nicht vorgesehen, uns geht es eher darum neben den normalen business-as-usual-Lösungen, auch Wege zu finden, wie beispielsweise Energielösungen, die noch nicht ganz etabliert sind. Der Neubau einer Kita stellt keine innovative Lösung dar, soll sie jedoch mit einem besonderen Energiekonzept oder einem neustrukturierten Freiraum ausgestattet werden, dann wird das auch gerne verfolgt.“

YG: *„Ist im Rahmen des WieNeu+ angedacht, neue Arbeitsplätze zu schaffen?“*

LS: „Mit jeder Bautätigkeit entstehen Arbeitsplätze, bzw. werden welche gesichert. Solchen Fragen werden wir uns wahrscheinlich in ein oder zwei Jahren widmen können, wenn wir wissen, was konkret umgesetzt wird. Im Rahmen des 10-jährigen Programms sind Monitorings angedacht, die dann genau diese Dinge beleuchten sollen, wie der Beitrag zur Klimaneutralität, die Einsparung von CO₂ oder eben auch Schaffung von Arbeitsplätzen. Wir schätzen, dass die meisten Arbeitsplätze im Bereich von Sanierungsarbeiten, aber auch im Sozialen gesichert werden und die Unterstützung lokaler Institutionen, wie beispielsweise ein Fahrrad- Repaircafé mit der Gruppe „Lenkerbande“ vorgesehen ist, was in WieNeu+ unter dem Titel „Kreislauffähiges Leben“ gehandelt wird. Hier soll auf niederschwellige Weise demonstriert werden, wie wichtig Reparieren statt Wegwerfen ist.“

YG: *„Ist E-Mobility auch ein Thema? Wird es möglich sein, einen E-Bike-Verleih oder ein Carsharing irgendwo im Bereich des WieNeu+ in Favoriten anzusiedeln?“*

LS: „Es gibt die Überlegung zusammen mit den Wiener Linien eine neue Wien-Mobilstation am Quellenplatz anzusiedeln. Ob es eine hauseigene Lösung gibt, ist noch nicht klar. Dafür sind wir gerade dabei mehrere größere Bauträger im Gebiet zu kontaktieren für eine mögliche Zusammenarbeit.“

Im Team selbst gibt es allerdings eine kontroverse Haltung zu E-Mobilität, weil wir teilweise der Meinung sind, dass es lediglich zur Verlagerung vorherrschender Probleme kommt. Lärm und Abgase werden weniger, allerdings ist das Flächenproblem weiterhin gegeben und Energie wird trotzdem benötigt zur Erstellung und Erhalt der Autos.“

YG: *„Soll es im Zuge des WieNeu+ zur Neuschaffung von Büroflächen oder Möglichkeiten zur Ansiedelung anderer Unternehmen kommen ist eine reine Wohnsiedlung vorgesehen?“*

LS: „Wir bauen ja nicht wirklich etwas Neues, uns geht es um die gebaute Stadt als Bestandsstadt und wie wir die klimaneutral machen können. Der G’mischte Block wird Büroflächen schaffen, es ist aber in keinem anderen Projekt explizit vorgesehen. In Anbetracht der Tatsache, dass durch die Coronapandemie Büroflächen Großteils überflüssig wurden, müssen diese in Zukunft sowieso in Frage gestellt werden. Nutzungsflexible Flächen werden wohl eher forciert.“

YG: *„Der Schutz des Freiraums bekommt heute immer mehr Zuspruch, gerade in Anbetracht der großflächigen Versiegelungsproblematik in Wien. Hat WieNeu+ Pläne, wie Grünflächen geschützt oder Grauf Flächen reduziert werden können?“*

LS: „Ein explizites Grünkonzept, wo welche Potentiale entstehen, gibt es nicht, allerdings sind zwei Dinge vorgesehen.“

Einerseits arbeiten wir mit dem wohnfonds_wien zusammen, die Teile des Gebiets als Blocksanierungsstudie untersucht haben, also den Zustand und den Versiegelungsgrad der Innenhöfe bestimmen. Darauf aufbauend wollen wir in unseren WieNeu+ Projekten dieser Versiegelung der Innenhöfe entgegenwirken. Das Problem sind allerdings die privaten Eigentümer*innen, die man erst überzeugen muss, welchen Mehrwert diese kostspielige Sanierung der Umwelt zuliebe für sie hat.

Andererseits machen wir mit der Umweltschutzabteilung MA 22 eine Mikroklima- Simulation, mit der Probleme wie Hitzeinseln in einzelnen Straßenzügen erkennbar gemacht werden sollen. Diese Bestandssimulation können wir dem Bezirk übergeben und Empfehlungen für zukünftigen Planungen aussprechen. Außerdem wollen wir diese Simulation einsetzen, um am Quellenplatz verschiedene Begrünungsoptionen simulieren zu können. Welche Auswirkung haben Büsche im Gegensatz zur Fassadenbegrünung hinsichtlich der gefühlten Temperatur,

der Verdunstung, etc. So soll mehr Aufmerksamkeit für das Thema in den Planungsstellen geschaffen werden. Auch eine Kommunikation mit den Bürger*innen wäre durch solch eine Simulationen denkbar.“

YG: „Sind generationsübergreifende Wohnprojekte bzw. Ein- oder Mehrfamilienhäuser angedacht?“

LS: „Dadurch das wir keinen Neubau erschließen, sondern die Bestandsstadt bearbeiten, nein, das wäre für das Gebiet auch nicht passend, weil es Platzverschwendung wäre.“

YG: „Ich würde nun konkreter auf Partizipation eingehen. Wie haben Sie diesen Begriff in ihrer Arbeitsgruppe definieren bzw. wie würden Sie selbst beschreiben, was Partizipation ist?“

LS: „Partizipation definieren wir in der Gruppe als Einbindung der Bürger*innen und nicht nur auf eine informative Art und Weise, sondern sie auch am Prozess teilhaben zu lassen, eventuell sogar an den Entscheidungen. Wir orientieren uns an Arnsteins Partizipationseiter.“

YG: „Wo würden Sie die meisten Projekte auf dieser Leiter ansiedeln, wenn wir von vier Stufen „Informieren-Mitwirken – Mitentscheiden – Selbstverwalten“ ausgehen?“

LS: „Die kleineren Projekte eher in der Information und Mitwirkung, gerade bei der „Grätzlmarie“, das Nachbarschaftsbudget initiiert von der Gebietsbetreuung, geht es aber schon viel mehr in Richtung Mitentscheidung. Dieser Beirat setzt sich einerseits aus der Bevölkerung aus dem Gebiet zusammen, aber auch zur Hälfte aus lokalen Institutionen, wie dem Verein Wiener Jugendzentren. Hier soll dann über Projektideen, die aus der Bevölkerung kommen entschieden werden. Unsere Idee ist, dass sie nicht nur über die Projekteinreichungen entscheiden, sondern sich auch langfristig zur Entwicklung im Gebiet mit einbringen und mitgestalten. Wenn es beispielsweise zu wenig Einreichungen gibt, zu überlegen, wie man dies verbessern kann und wie die Gestaltung des Bezirks weitergehen soll. Somit könnte man langfristig gesehen ab einem gewissen Punkt, wenn das Projekt auf stabilen Beinen steht, sogar von Selbstverwaltung sprechen, aber das ist Zukunftsmusik.“

YG: „Wurden die bisher festgelegten Teilprojekte größtenteils von der Stadt bzw. von Ihnen oder von Bürger*innen initiiert?“

LS: „Die wurden von uns initiiert. Es gab im Vorhinein keine Möglichkeit, sich an der Auswahl zu beteiligen, aber indem wir sie jetzt durchführen, bekommen wir wertvollen Input und hoffentlich ermöglicht uns das in Zukunft, sie in den nächsten Projekten früher mitzunehmen und daran mitwirken zu lassen.“

YG: „Wenn wir in den Partizipationsprozess blicken, welche Möglichkeiten der Teilnahme stellen sich der für die Bürger*innen? Wie können sie sich in den Projekten einbringen?“

LS: „Am Beispiel des Quellenplatzes, werden die Bürger*innen vor allem befragt, insofern sie sich auch drauf einlassen und am Beispiel der Grätzlmarie sind die Bürger*innen aufgefordert und haben die Möglichkeit, sich einzubringen. Das Mehrgenerationenwohnen ist ein großes Thema in Favoriten. Hier sollen die Bürger*innen an den Entscheidungsprozessen mitwirken.“

YG: „Welche Beteiligungsmethoden sind im Projekt WieNeu+ angedacht?“

LS: „Die konkrete vor Ort Beteiligung und Partizipation macht ganz intensiv die Gebietsbetreuung, da die die Expertise in der Methodenfindung haben und wissen, mit welchen Zielen wir welche Gruppen erreichen.“

YG: „Welchen Mehrwert erwartet sich WieNeu+ durch diesen Partizipationsaspekte? Was kann Partizipation, was andere Projektverfahren nicht können?“

LS: „Mit WieNeu+ verfolgen wir das Ziel klimaneutral zu werden, wie es die Smart City Rahmenstrategie auch vorgibt. Partizipation hilft uns dabei die Lebensrealität unterschiedlicher Menschen kennenzulernen und dort einen Anknüpfungspunkt zu finden, wie wir dieses Ziel der Klimaneutralität mit den Lebenswelten der Menschen verbinden. Also welche Sprache muss ich sprechen, damit die Menschen verstehen, warum wir das alles machen, bis sie selbst danach leben. So gesehen wird dieser Ansatz wahrscheinlich immer Stufen von der

Partizipationsleiter beinhalten, da wir Ziele verfolgen, die von Menschen angenommen und gelebt werden sollen. Unser primäres Ziel ist nicht, dass wir sie zur Selbstverwaltung auffordern, sondern sie bis zur Mitentscheidung begleiten.“

YG: *„Weil Selbstverwaltung im Chaos enden würde?“*

LS: „Weil Menschen weniger eine langfristige Perspektive im Kopf haben. Veränderung wird grundlegend nicht als etwas positives wahrgenommen und Innovationen werden deshalb auch nicht unbedingt von dem Menschen selbst kommen, wenn es nicht ihren eigenen Lebensbereich betrifft. Klimaneutral zu werden ist bei den meisten Bewohner*innen wohl weniger eine Priorität und geht einher mit Veränderungen, oder sogar Einschränkung. Hier müssen Fachleute Überzeugungsarbeit leisten und sich überlegen, wie sie solche Ziele mit den Menschen gemeinsam erreichen können. Und diese Übersetzungsarbeit legitimiert unser Dasein, weil das aus der Bevölkerung von allein kaum kommen wird.“

YG: *„Wie handhaben Sie Gender Equality im Projekt WieNeu+? Wird auf eine gleichmäßige Verteilung geachtet?“*

LS: „In der Projektleitung sind Herr Hartmann und ich, also dort ist es ausgeglichen. Es gibt allerdings immer mal wieder Momente, wo ich feststelle, mal wieder die einzige Frau in der Runde zu sein und ich dann meine Rolle als Frau bewusst wahrnehme. Ich bin mir sicher, meinen Kollegen fällt das auch auf, aber es ist kein definiertes Ziel, daran bewusst etwas zu ändern.

In Bezug auf ein konkretes Projekt, der Grätzlmarie war das ein großes Thema, wie man es schaffen könnte, nicht sechs weiße alte Männer am Tisch zu haben, die dann mitdiskutieren, sondern es wurde jetzt entschieden, dass dieser Beirat nach dem „Prinzip der leeren Stühle“ arbeitet. Dafür werden vorher Rollen definiert, wie z. B. „Dieser Stuhl gehört einer Frau unter 30 mit migrantischem Hintergrund“ und danach werden die Kandidat*innen ausgesucht. Solange man diese Person nicht gefunden hat, wird dieser Sessel auch nicht besetzt, somit arbeitet man lieber mit einem leeren Stuhl, anstatt ihn mit dem/der Erstbesten zu besetzen.“

YG: *„Die Grätzlmarie gehört in der Theorie zum Grätzlbudget bzw. partizipativen Budget, stellt also eine konkrete partizipative Beteiligungsmethode dar. Deshalb würde ich bei diesem Beispiel gern bleiben, das im WieNeu+ als das Projekt mit den meisten partizipativen Elementen gehandelt wird. Wann und wie erfahren die Bürger*innen welche Rolle oder Prozesse es explizit für sie geben wird? Wann werden sie miteinbezogen?“*

LS: „Am 30.6.2021 gab es eine sogenannte Ideenwerkstatt, der vorher auf der Website und in der Bezirkszeitung publik gemacht wurde. In diesem Zukunftswerkshop soll einerseits herausgefunden werden, wohin sich das Grätzl entwickeln soll und andererseits konkrete Ideen angesprochen werden und auch die Leute untereinander bekannt zu machen, um möglicherweise Kooperationen und Allianzen auszuloten.

Es hat sich gezeigt, dass bei dem Workshop eher Multiplikatoren dabei waren, also Akteur*innen, wie Caritas oder die Volkshilfe. Diese sind sehr wichtig, weil sie die Ergebnisse zu ihren Zielgruppen tragen können und sie noch zielgruppengerechter vermitteln. Über den Sommer soll es noch zwei bis drei weitere solche Workshops geben. Der erste war sehr offengehalten, der zweite und dritte richtet sich vermutlich an bestimmte Zielgruppen, wie die lokale Wirtschaft oder eventuell auch Senior*innen und dann wird es ab September, die die Möglichkeit zur Einreichung geben, sodass dann im Oktober das erste Mal dieser Grätzlbeirat zusammenkommt und erste Einreichungen besprochen werden können.“

YG: *„Mal angenommen ein*e Entscheidungsträger*in fällt weg oder einen Wechsel in der GB*, die die Grätzlmarie leitet, findet statt, wie kann sich das auf den aktuell laufenden Prozess auswirken?“*

LS: „Dem Projekt selbst kann nichts passieren, weil die Gebietsbetreuung von uns beauftragt wurde. Interessant wird es allerdings, wenn die Gebietsbetreuung neu ausgeschrieben wird.

Das passiert alle drei bzw. fünf Jahre und wäre dann nächstes Jahr eventuell wieder der Fall. Sollte ein anderes Unternehmen dann an der Reihe sein, wird es interessant, wie man diesen Übergang schafft, schließlich fungiert die Gebietsbetreuung als wichtige Anlaufstelle, die den ganzen Prozess moderiert und protokolliert.“

YG: *„Werden Aktionsmöglichkeiten und Spielräume für die Beteiligten vorneweg für alle klargestellt?“*

LS: „Ja, das ist enorm wichtig, dass ich den Rahmen klar setze, indem ich mich überhaupt bewegen kann. Beispielsweise war klar, dass dieser Beirat aus 12 Personen bestehen wird und einer aus unserem Team, sowie

jemand vom Bezirk dabei sein wird. Das Jahresbudget wurde auf 30000 € pro Jahr festgesetzt und ein Projekt kann ab 100€ eingereicht werden. Außerdem war auch klar, dass es das Prinzip der leeren Stühle geben wird. Genauere Regeln werden dann innerhalb der Workshops ausgearbeitet, sie erhalten hier also in der Projektbewilligung Entscheidungskompetenzen, welche Projekte realisiert werden und welche nicht.“

YG: „Gibt es darüber hinaus ein Zusatzbudget?“

LS: „Nein, der Betrag ist fix. Was wird dann versuchen würden, ist dass man bestimmte Projekte aus einem anderen Topf fördert, wie beispielsweise mit der Grätzloase zusammen zu arbeiten oder einfach im nächsten Jahr wieder probieren.“

YG: „Hat die Grätzlmarie einen fixierten Zeitplan und wie flexibel ist der aufgestellt?“

LS: „Der ist klar. Wir als MA25 beauftragen die Gebietsbetreuung für das WieNeu+ immer jährlich, aber in der ganzen Konzeption war klar, dass das Projekt über drei Jahre gehen wird. Die 3 Jahre sind auch gut, die geben uns einen Spielraum alles auf einen guten Weg bringen zu können und damit hoffentlich erfolgreich zu sein.“

YG: „An dem Projekt sind nicht nur Expert*innen beteiligt, sondern es sollen auch die einzelnen Bürger*innen mit einbezogen werden. Wurde diese zeitliche Herausforderung berücksichtigt?“

LS: „Wir haben uns anfangs Gedanken darüber gemacht, in welchen Abständen man in diesem Beirat einreichen kann. Soll das immer funktionieren dann müsste man sich öfter treffen oder soll es Einreichungszeiträume geben. Hier wurde dann viel über Motivation diskutiert, denn wenn ich weiß, dass ich immer erreichen kann, ist die Motivation eine andere, als wenn ich eine Deadline habe. Im Endeffekt haben wir uns dann für drei Einreichzeiträume entschieden, nämlich immer dann, wenn sich die Jury trifft. Wenn sich im Laufe der Zeit herausstellt, es kommt viel mehr oder weniger Einreichungen, als wir dachten, dann sind wir da flexibel. Das muss dann aber aus dem Beirat direkt kommen.“

YG: „Bekommt die Jury einen finanziellen Ausgleich für ihre Tätigkeit in der Grätzlmarie?“

LS: „Wir haben uns dazu entschieden, kein Geld auszuzahlen, aber es soll eine Aufmerksamkeit geben, wie ein Dankesfest mit einem Buffet oder etwas Ähnlichem. Es war auf jeden Fall eine heiße Diskussion, aber letztendlich sollen die Leute dort aus eigenem Interesse mitmachen und nicht weil es Geld gibt. Damit könnte man die falschen Leute an den Tisch holen.“

YG: „Können sich die Beteiligten über den aktuellen Stand des Projekts informieren?“

LS: „Sie können jederzeit die Gebietsbetreuung kontaktieren und darüber hinaus wollen wir eine Bildergalerie mit den umgesetzten Projekten ins Leben rufen. Zum einen ist das eine super Werbung für uns und zum anderen hilft es den Menschen zu verstehen, was man mit der Grätzlmarie machen kann. Das wird eine der großen Herausforderungen, die Menschen in ihrer Kreativität zu bestärken.“

YG: „Welche Rolle spielt externes bzw. Expertenwissen im Projekt?“

LS: „Die Gebietsbetreuung ist im Bereich Beteiligung und Partizipation eine Expertin, das heißt das Konzept kam von ihnen und viele offene Fragen bezüglich vieler Eckpunkte haben wir gemeinsam miteinander diskutiert. Im Beirat sind Mitglieder aus unterschiedlichen Institutionen vertreten, die wiederum ihr Wissen mitbringen. Inwieweit dieses Expertenwissen dann herangezogen wird, obliegt aber wieder dem Beirat intern.“

YG: „Wie soll der Monitoringprozess im WieNeu+ aussehen? Das Projekt ist auf 10 Jahre angesetzt und bedarf einer großen Finanzierungssumme.“

LS: „Daran arbeiten wir gerade. Es wird ein externes Unternehmen dafür beauftragt. Wir überlegen gerade, wie wir was monitoren wollen und dafür müssen dann bestimmte Indikatoren entwickelt werden. Gerade bei Sanierungskonzepten sollen Einsparungen klar ersichtlich werden, das zählt für mich aber eher zu projektspezifischen Monitorings und nicht zur Messung des Projekterfolges per se.“

YG: „WieNeu+ betreut eine ganze Palette an unterschiedlichen Projekten. Wie wird auf diese Herausforderung reagiert in Anbetracht des Budgets?“

LS: „WieNeu+ hat für die einzelnen Projekte kein eigenes Budget, sondern wir haben zwei Förderschienen rausgebracht. Das eine ist die Grätzlmarie für die Bevölkerung und soziale Projekte und das andere nennt sich Grätzlförderung für innovative bauliche und technische Maßnahmen. Das ist eines unserer wichtigsten Instrumente für unsere Projektpartner*innen. Die führen ihr Projekt eigenständig durch, manche Teilprojekte sind auch über nationale Fördergelder finanzieren, aber für den innovativen Anteil können wir zumindest mit unserem Geld einen Beitrag leisten. Schön wäre es die hier ständig entstehenden Synergien zwischen diesen interdisziplinären Partner*innen zu nutzen und das wir wegkommen von den Einzelprojekten, weil es einen Mehrwert gibt sich das anzuhören, was in anderen Projekten passiert. Das ist vielleicht der größte Unterschied zum Smarter Together, da erhielten die Projektpartner*innen auch Geld, bei Projektsitzungen der anderen dabei zu sein und sich auch die Probleme von anderen anzuhören.“

YG: „Formelle und informelle Beteiligungsverfahren unterscheiden sich in mehreren Dingen, wie beispielsweise der gesetzlichen Regelung. Dafür müssen Schnittstellen zur Politik geklärt sein. Wie wird im WieNeu+ damit umgegangen?“

LS: „Wir sind mit der Geschäftsgruppe „Wohnen“, dem politischen Büro der Stadträtin im regelmäßigen Austausch, was in WieNeu+ passiert. Wir können über den Weg bestimmte Wünsche, Forderungen, Anregungen formulieren, die die Stadträtin in ihre politischen Kreise mitnehmen kann, was wieder Auswirkungen auf WieNeu+ hat. Im besten Falle können wir weitermachen, im schlimmsten Fall können wir das so nicht machen. Im Regelfall äußern wir Themen an die Politik und weniger andersherum.“

YG: „Welche Rolle spielt Öffentlichkeitsarbeit im WieNeu+?“

LS: „Wenn wir transparent arbeiten wollen, müssen wir natürlich Öffentlichkeitsarbeit betreiben und es ist auch die beste Möglichkeit Menschen darüber zu informieren, welche Mitgestaltungsmöglichkeiten sie haben. Wenn ich keine Öffentlichkeitsarbeit mache, wie soll dann jemand erfahren, wo er oder sie sich beteiligen kann. Wie sollen die Leute überhaupt erfahren, dass es die Grätzlmarie gibt, über Veranstaltung erfahren, die es im Gebiet gibt. Und als Legitimation, dass die Arbeit, die wir machen, wertvoll ist. Das hat glaube ich auch gut funktioniert, zumindest haben viele der stadtnahen Akteur*innen von dem Projekt schon mal gehört, das heißt die Öffentlichkeitsarbeit hat gut funktioniert. Letztendlich geht es um den Mehrwert, der für die Bevölkerung geschaffen wurde.“

YG: „Vielen Dank, Fr, Schneider für das Gespräch.“

Bojan Schnabl - Smarter Together (19.07.2021)

YG: *"Zu Beginn würde ich Sie bitten sich kurz vorzustellen, ihr Arbeitsfeld kurz anzureißen und beschreiben, wie Sie in Verbindung mit Smarter Together stehen."*

BS: "Bojan Schnabl, ich bin Mitarbeiter der der MA 50 im Bereich der Wohnbauforschung. Ich war seit 2015 am Projekt "Smarter Together" ursprünglich als Koordinator, dann als Kommunikator für das "Story Telling" zuständig, also die Bestückung der Webpage mit Inhalten, wie den 3-Jahresbericht oder den Newsletter, die ich redaktionell betreut habe."

YG: *"Bezüglich der Nachhaltigkeitsparameter, die ich mir für meine Arbeit angesehen habe, sind ein paar Fragen offengeblieben, die sich mir aus den Recherchen zu Smarter Together nicht erschlossen haben. Die erste Frage beläuft sich auf das Angebot an Grün- und Freiflächen. Ist innerhalb des Smarter Together ein Ausbau oder Schutz derer vorgesehen gewesen?"*

BS: "Ja und nein. Grün- und Freiflächen waren nicht Teil des Projektauftrages. Zu den von der EU vorgegebenen Aktionsfeldern gehörten die großflächige Sanierung von Wohngebäuden -im Falle Wiens der Wohnbau, Energielösungen und Energieeinsparungen, die wir beispielsweise an der Schule am Enkplatz verwirklicht haben, E-Mobilitätslösungen in Form der Wienmobilstation oder dem Grätzlrad und zuletzt Datenbanken- und Management, in dessen Rahmen wir eine Open-Source-Variante erarbeitet haben. Zwei weitere Pfeiler haben wir noch ergänzt: Zum einen Partizipation in einem sehr breiten Konzeptionsrahmen in Anlehnung an die Smart City Rahmenstrategie und zum anderen das "Learning Governance", eine Form des Wissensmanagements, das im Projekt selbst vernetzt wurde und nun nachhaltig zur Verfügung steht. Das sind unsere Aspekte, die wir im Rahmen der Nachhaltigkeit beigetragen haben. Grüne Infrastruktur war keine zentrale Anforderung zum Zeitpunkt der Einreichung. An der Schule haben wir versucht Fassadenbegrünung zu verwirklichen, dies ist aber leider nicht möglich gewesen aus technischen und zeitlichen Gründen der Verwaltung. Die Resultate wurden allerdings in die allgemeine Stadtpolicy aufgenommen. Im Rahmen der Schulhaussanierung wurden 3500qm Freifläche geschaffen und im Rahmen des "Beat the Street" wurde der Freiraum auch genutzt."

YG: *"Wie setzten sich die neu gestalteten Arbeitsplätze zusammen bzw. in welchen Sektoren sind sie angesiedelt? Es wurden laut Monitoring 900 Plätze gesichert bzw. neu erschaffen."*

BS: "Diese Zahl wurde recht früh im Projekt berechnet, weil sie sich aus dem Volumen der Sanierungsmaßnahmen ergab, beispielsweise. Das sind standardmäßige Schlüssel, die dort verwendet werden. Die Zahl ist aber diskutierbar, da Siemens viel mehr gemacht hat, als ursprünglich geplant war. Außerdem wurden wir fürs Monitoring nochmals bezuschusst, dort wurden dann Arbeitsplätze vorrangig im IT-Bereich geschaffen."

YG: *"Wurden leistbare bzw. attraktive Büroflächen für Neuansiedelungen geschaffen?"*

BS: "Büroflächen waren nicht Teil des Projektauftrags, sondern die großflächige Sanierung von Wohngebäude."

YG: *"Was wurde für die Fußgänger/ Fahrradfahrer getan? Gibt es eigene Konzepte/ Vorrangflächen?"*

BS: „Wir haben eine lokale Mobilitätsstrategie konzeptuell erarbeitet, welche das gesamte Projektgebiet umfasst hat, um zu schauen, wo welcher Bedarf herrscht. Hier wurde ein Industriegebiet zu einem Wohngebiet umgebaut und dadurch sind neue Wege entstanden. Es war aber nicht die Aufgabe des Projekts, dies umzusetzen."

YG: *"Und was wurde für Autofahrer getan? Entwicklungen, wie neue Parkplatzmöglichkeiten, Tiefgaragen, etc.?"*

BS: "Großflächig nicht, weil es nicht Teil des Projektauftrags war. Im Rahmen der BWSG wurden drei E-Cars angeschafft und da war die Frage, wo werden diese stationiert und wo die Ladeboxen sind. Ich gehe davon aus, dass von den vorhandenen Parkplätzen drei für die E-Cars reserviert wurden, ob in dieser Hinsicht weiterhin Infrastruktur geschaffen wurde, liegt außerhalb des Projektbereichs auf Seiten der BWSG.

Als generelle Anmerkung sollte ich vielleicht erwähnen, dass Smarter Together nicht für die Gebäudesanierung zuständig war, sondern die BWSG die ausführenden Prozesse begleitete und diese auf standardmäßigen Förderschienen der Stadt Wien beruhen."

YG: *"Sprich, über nachhaltige Baustoffe innerhalb der Gebäudesanierungen kann Smarter Together auch keine Auskunft geben?"*

BS: "Genau, das ist nicht unser Projektinhalt. Das ist ein wichtiges Thema auch im Sinne der Kreislaufwirtschaft. Im Zuge der Schulerweiterung wurden Teile des Gebäudes abgerissen, weil man aus der Bausubstanz nichts mehr machen konnte. Die Neubauten sind dann nach allen nachhaltigen Standards errichtet worden, gerade im Bereich der erneuerbaren Energiesysteme [...]."

YG: *"Hat sich etwas am Mietpreis der sanierten Wohnungen für die Bewohner*innen geändert?"*

BS: "Einen Teil der Sanierungskosten muss immer auf die Bewohner*innen umgelegt werden, sie profitieren schließlich von den Sanierungskosten. Den nennt man dann den Sanierungs- und Erhaltungsbeitrag. Sind genug Mittel vorhanden, wird der Erhaltungsbeitrag nicht erhöht. Im sozialen Wohnbau bleiben die Mieten immer gleich nur dieser Beitrag wird gegebenenfalls angepasst in den allgemeinen Mietkosten. Die Kosten für die Sanierung im Gemeindebau Lorystraße konnten meines Wissens aus den Rücklagen gedeckt werden. Bei der BWSG waren die Beiträge geringer, dort wurde der Beitrag leicht angehoben.

Allerdings sollte man hier schon ehrlicher weise sagen, dass man eine bessere Lebensqualität und einen geringeren Energieverbrauch durch diese Maßnahmen erhält, und das kann man nicht als Geschenk von der Stadt Wien erwarten. Spannend war im Dialog mit den Mieter*innen, dass nicht unbedingt die ärmsten am lautesten protestierten, sondern gerade in dieser Gruppe wichtige Sanierungen, wie eine Gegensprechanlage mit Kamera, äußerst gewünscht wurden. Die Herausforderung wird immer sein, die subjektiven Lebenswahrnehmungen der Menschen in Einklang mit Innovationen zu bringen."

YG: *„Wir gehen weiter zur Partizipation: Wie haben Sie "Partizipation" in Ihrer Arbeitsgruppe definiert?"*

BS: "Partizipation ist ein globaler Begriff, der von Information über Interesse wecken, Involvement hin zur Co-Creation geht mit unterschiedlichen Zugängen und Zielgruppen. Kinder muss man anders ansprechen als Pensionist*innen. Der Rahmen ist äußerst wichtig. So haben unterschiedliche Zielgruppen, auch unterschiedliche Angebote bekommen. Studierende, die über einen Grätzlspaziergang ihre Seminararbeit schreiben, haben einen anderen Zugang als ein normaler Bürger, der sich anschaut, was in seiner Stadt passiert. Auch die einzelnen Teilaspekte machen Sinn, deshalb hat der Würstlwagen, das Urban-Living-Lab als reine Informationsquelle auch seine Daseinsberechtigung, weil es die Bürger*innen in einer gewissen Form mit einbezieht. Eine Forscherin hat mich mal gefragt, ob die Co-Creation am Enkplatz als Paradebeispiel von Partizipation gesehen werden kann. Naja, das war ein 30 Mio. Euro Projekt, top-down geplant. Wir haben unser Bestes getan, um Werte mit allen Beteiligten zu vermitteln, haben Workshops zu den Themen "Demokratie", "Partizipation" und "Klimawandel" angeboten und versucht in der uns vorgegeben Zeit, mit der vorgegebenen Mitteln die Menschen zu erreichen."

YG: *"War es neben solchen Projekten den Bürger*innen auch möglich, sich informell, bottom-up im Rahmen des Smarter Together zu beteiligen?"*

BS: "Ich möchte das am Beispiel der Enzies aufbereiten. Die Direktorin der Schule am Enkplatz, die einen hohen Migrationsanteil aufweist, ist sehr bemüht, den Schüler*innen außerhalb der "normalen" Schule einen selbst gestaltbaren Anteil zu überlassen. So wurde der Schulzaun auf der Innenseite von Schüler*innenhand bemalt, nachdem sie auf einer Ausstellung im MQ während der Schulzeit waren. Kunst und Kreativität sind wichtige Mittel bei der persönlichen Entwicklung, deshalb habe ich mit dem MQ die Bereitstellung von Enzies an diese Schule bewirkt, damit die Schüler*innen sich dort künstlerisch ausleben können. Obwohl das Projekt während der Schulzeit nicht fertig wurde, sind die Schüler*innen in den Sommerferien auf das Schulgelände gekommen und haben die Enzies fertig bemalt. Die Schüler*innen wären von selbst wohl nicht auf die Idee gekommen, das Projekt zu initiieren, aber durch den Dialog in der Bevölkerung können solche Projekte entstehen. Zur Partizipation gehören alle Beteiligten, von der Verwaltung bis zu den Kindern. Governance- Learning und Aktivierung umfasst alle Bereiche.

Ein anderes Beispiel ist das "Beat the Street", ein Partizipations- und Mobilitätsspiel ursprünglich aus England kommend, dass Kinder und Erwachsene in ihrer Stadt zum Punkte erspielen und Preise gewinnen motiviert. Ein finanziell und organisatorisch herausforderndes Projekt, das im ersten Jahr 6000 Mitwirkende erreichte. Das Spiel kann als Teil der Co-Creation gesehen werden, dass ohne das Engagement der Lehrer*innen und Schüler*innen nicht möglich gewesen wäre. Aber auch das "Nicht-Machen" gehört zur Co-Creation dazu, dass

sich beispielsweise in der Lorystrasse gegen Urban Gardening von Bürger*innenseite ausgesprochen wurde, wurde respektiert. Bäume blieben, als sich gegen eine Feuerwehrezufahrt entschieden wurde und stattdessen eine Alternative gefunden wurde. Die Bürger*innen hatten in diesen Prozessen die Möglichkeit durch ihre Beteiligung gegen eine Maßnahme zu stimmen."

YG: *"Welche Beteiligungsmethoden waren im Smarter Together für die Bürger*innen möglich?"*

BS: "Viele wurden bereits genannt, wie Beat the Street oder allgemein das Governance Learning. Ein anderes Beispiel sind die Energiecafés, die wir mit der Umweltberatung zusammen gemacht haben, um spezifisches Wissen zum Energiesparen zu vermitteln. Gemeinsam mit der Caritas haben wir versucht, speziell das Angebot auf Migrant*innen und Flüchtlinge zu richten. Das Feedback zeigte, dass das Interesse groß war, da hier jeder Cent, der gespart wird, einen Mehrwert darstellt.

Unsere Partner*innen spielten zu jeder Zeit eine wichtige Rolle. Das Regionalforum war ein wichtiger Partner, eine informelle Verbindung von sozial orientierten Einrichtungen im Bezirk mit denen wir zusammengearbeitet haben. So gesehen, haben wir den Projektauftrag der EU sicherlich um ein Vielfaches getoppt mit zusätzlichen Ideen und Aufträgen. Eine Reihe an (Online-) Befragungen spielten natürlich auch eine Rolle, sowie die Kommunikation über Newsletter und Webpage, dass die "wichtigen" Leute auch die Information bekommen."

YG: *"Die Kommunikation nach außen war also sehr wichtig?"*

BS: "Die war selbstverständlich auch wichtig, aber ich spreche hier von den Stakeholdern. Diese Kommunikation hat viele Werte vermittelt und eine Dynamik und den notwendigen Wettbewerb geschaffen, was wiederum andere Partner*innen antreibt, sich zu involvieren. Partner*innen, wie Siemens Wien sollen an dieser Stelle genannt werden, die einen großen Anteil an den Smarter Together Projekten hatten und deren Beteiligung über das ursprünglich geplante Ziel hinausging. Es macht viel Sinn die Menschen mitzunehmen und sie an diesen Stadtprozessen teilhaben zu lassen, auch um weiterführendes Wissen zu vermitteln. "

YG: *"WieNeu+, das jetzt gerade angelaufen ist, ist die Fortsetzung des Smarter Together. Können Sie einen Schluss ziehen, was man aus Smarter Together gelernt hat?"*

BS: "Neben der GB*, dem Regionalforum, dem wohnfonds_wien und anderen bereits vorhanden Partner*innen, werden Neue generiert. Das Forschungsfest ist breiter angesetzt im WieNeu+. Die Philosophie findet sich wieder, andere Themen sind neu, wie die Kreislaufwirtschaft, die als solches im Smarter Together in Form des Würstwagens bereits integriert war, jedoch als solches noch nicht artikuliert war. Auch die personelle Kontinuität wird beibehalten. Hr. Hartmann, Fr. Schneider und ich sind ebenfalls wieder mit an Bord. Was die Partizipation betrifft, möchte ich gern einen Projektkollegen aus München zitieren: "Kopieren statt kopieren!", weil man in Sachen nachhaltige Projekte selten 1:1 die Dinge übernehmen kann. Man muss flexibel bleiben, wenn beispielsweise Gebäude unter Denkmalschutz stehen, wie es bei der Schule der Fall war. Da braucht man andere Lösungen."

YG: *"Also gibt es im Bereich Partizipation keinen Verbesserungsbedarf für das Fortsetzungsprojekt?"*

BS: "In den uns gesetzten Rahmenbedingungen haben wir versucht maximal kreativ die Freiheiten zu nutzen, die sich geboten haben. Die EU-Gelder haben uns dabei sehr geholfen. Der EU haben wir gesagt, wir müssen das machen, weil die Stadt Wien das so will und umgekehrt. So konnten wir uns kreativ und umfassend austoben. WieNeu+ in Favoriten hat andere Rahmenbedingungen, aber ich bin überzeugt, dass die Kolleg*innen sich im Bereich Partizipation maximal engagieren werden. Die Stadt Wien hat eine lange Tradition in Partizipationsaktivitäten, von denen ich selbst auch immer wieder erstaunt bin. Der Prozess ist stark verankert, wir gehen in die richtige Richtung."

YG: *"Vielen Dank fürs Gespräch, Herr Schnabl."*

Clara Römhild, GB* (21.07.2021)

YG: „Zu Beginn würde ich Sie bitten sich kurz vorzustellen, ihr Arbeitsfeld kurz anzureißen und beschreiben, wie Sie in Verbindung mit WieNeu+ stehen.“

CR: „Clara Römhild, ich arbeite seit November 2019 für die Gebietsbetreuung. Neben WieNeu+ haben wir viele kleinere partizipative Projekte, die auf unterschiedlichen Ebenen ansetzen in mehreren Bezirken in Wien. Dazu zählen z.B. thematische Stadtspaziergänge, aber auch Infoveranstaltungen vor Ort. Wir sind Ansprechpartner für Probleme und Fragen betreffend der Wohnungen, wir beraten grundsätzlich zu spezifischen Anliegen. Ansonsten sind wir bemüht Eigeninitiativen und engagierte Bürger*innen zu unterstützen. Seit Beginn des Jahres sind wir bei dem Stadterneuerungsprogramm WieNeu+ dabei, welches ich für die Gebietsbetreuung leite. Wir sind insgesamt 16 Mitarbeiter*innen und für WieNeu+ ein Team aus 4-5. Da unser Büro in der Quellenstraße liegt, sind wir neben WieNeu+ sowieso bereits in Favoriten gut verankert und der lokale Ansprechpartner, auch wenn es um Bereiche geht, die wir ad hoc nicht bearbeiten können, leiten wir diese von hier aus weiter. Bei WieNeu+ haben wir im Wesentlichen zwei große Teilprojekte. Das eine ist das partizipative Budget „Grätzlmarie“ und das andere ist die Co-Creation.“

YG: „Wie haben Sie den Begriff der Partizipation in ihrer Arbeitsgruppe definieren bzw. wie würden Sie selbst beschreiben, was Partizipation für Sie ist.“

CR: „Wir haben das nicht konkret für dieses Projekt definiert, ich kann mich auch an keinen teaminternen Workshop zur Begriffsdefinition erinnern, es ist aber immer ein großer Teil unserer Arbeit. Für mich persönlich hat der Begriff mehrere Dimensionen. Einerseits geht es um das Aufnehmen von Wünschen und Anregungen und auch das Artikulieren und Weitergeben dieser Wünsche. Es geht aber auch um Interessenvertretung, dass diese Wünsche Gehör finden und nach außen vertreten werden. Die Beobachtung und Analyse gehören für mich ebenso dazu, wer nutzt beispielsweise einen bestimmten Raum. Es sind meistens dieselben Leute, die sich in Beteiligungsprozessen engagieren, also brauche ich auch ein möglichst diverses Angebot, um auch andere anzulocken.“

YG: „Wurden die Projekte, wie die Co-Creation und die Grätzlmarie von Ihnen initiiert, oder kam dieser Wunsch aus der Bevölkerung?“

CR: „Ich glaube ich wüsste es, wenn es von Bürger*innenseite gekommen wäre, ich bin allerdings erst später hinzugekommen, als die Projektideen schon da waren.“

YG: „Ist das partizipative Budget, das Nachbarschaftsbudget und die Grätzlmarie ein und dasselbe Projekt? Es kursieren mehrere Begriffe aktuell.“

CR: „Ja, eigentlich schon. Die Grätzlmarie wurde ursprünglich als partizipatives Budget gehandelt, als ich das Projekt übernommen habe. Allerdings versteht man grundsätzlich unter diesem Begriff, dass der Bezirk ein Budget hat, ich die Idee herantrage und der Bezirk meine Idee umsetzt. Bei der Grätzlmarie setzte ich mein Projekt selbst um, deshalb sprechen wir heute von Nachbarschaftsbudget.“

YG: „Ist das Nachbarschaftsbudget dann nicht sogar partizipativer, weil „die Macht vom Volk ausgeht“, statt vom Bezirk?“

CR: „Ich würde sagen anders, da andere Dinge möglich wären, wenn der Bezirk die Macht hätte, wie Baumpflanzungen oder Umgestaltungen im öffentlichen Raum. Da sich die Projekte ausschließlich die Bürger*innen selbst auswählen und umsetzen, haben sie nicht die gleichen Berechtigungen wie der Bezirk. Es entstehen damit eben andere Projekte. Es gibt aber partizipative Budgets in Wien, wie beispielsweise im 5. Bezirk Margareten. Wenn es im Nachbarschaftsbudget zu Projekten kommt, die von Bürger*innenhand nicht bearbeitet werden können, sehen wir es als unsere Aufgabe diese dann an die partizipativen Budgets in Wien weiterzugeben, damit sie dort Gehör finden.“

YG: „Ein mir noch eher fremder Begriff ist die sogenannte Co-Creation. Was darf man darunter verstehen?“

CR: „Im Endeffekt ist es ein Tool, um verschiedene Projektpartner*innen für ein Projekt zusammenzubringen, damit die sich untereinander vernetzen können. Beispielsweise macht die Wirtschaftsagentur ein Forschungsfest im September für Schulen. Der Ernährungsrat organisiert eine Veranstaltung, in der es um die Sensibilisierung für Ernährungsthemen geht. Die Zielgruppe ist bei beiden ähnlich. Wir versuchen in diesem Fall mit der lokalen Bevölkerung, Eigentümer*innen und Schulen in Kontakt zu kommen und der Vernetzung dieser Akteur*innen unter die Arme zu greifen und gebündelt Anfragen weiterzugeben. Noch wissen wir nicht, was alles unter die Co-Creation fallen wird, es ist aber ein Straßenfest beispielsweise geplant, an dem es ein Fahrrad-Repaircafé geben wird auf einem Parkplatz und dafür müssen alle betreffenden Akteur*innen an Board sein. Diese Co-Creation soll auch dazu beitragen, dass WieNeu+ im Gegensatz zu seinem Vorgänger Smarter Together auch als Gesamtprojekt bekannt wird und nicht nur die Teilprojekte in Erinnerung bleiben.“

YG: „Wo würden Sie das WieNeu+ im Partizipationsfeld nach Arnsteins Leiter ansiedeln: Informieren – Mitwirken – Mitentscheiden – Selbstverwalten?“

CR: „Die Grätzlmarie würde ich in Richtung Selbstverwalten sehen, weil die Bürger*innen ihre eigenen Projekte umsetzen. Bezüglich des Beteiligungsprozesses am Quellenplatz lässt sich von „Mitwirken“ ausgehen. Co-Creation würde im besten Falle die gesamte Palette innehaben. WieNeu+ insgesamt lässt sich somit schwer in einer Stufe platzieren.“

YG: „Wovon hängt die erreichbare Stufe ab?“

CR: „Das hängt davon ab, von welcher Ebene aus Entscheidungen getroffen werden. Bei der Grätzlmarie ist es sehr projektabhängig. Manche sind von Magistratsentscheidungen abhängig. Wenn die ihr OK geben, kann ich das Projekt selbstverwalten, wenn nicht dann wird meine Entscheidungsfreiheit begrenzt. Der Quellenplatz ist eine Umgestaltung des öffentlichen Raumes, somit stark von Entscheidungen der Verwaltung abhängig. Sicherlich würde ich mir wünschen, dass Bürger*inneninput Gehör findet, allerdings bin ich verhalten optimistisch, dass die Prozesse über „Mitentscheiden“ hinausgehen. Sicherlich über der Information, aber für eine legitimierte Einschätzung muss man mehr in den Entscheidungsprozessen der Magistratsabteilungen involviert sein, als ich es bin. Die Gebietsbetreuung ist außenstehend.

Wichtig ist für uns, dass wir es schaffen, die Stimmen, die wir einfangen, so weitergeben zu können, dass sie auch Wirkung entfalten. Ob das gelingt, wird sich erst zeigen. Wir haben gerade die Beobachtungen am Quellenplatz abgeschlossen und wollen jetzt die Wahrnehmung schärfen, da der Platz aktuell eher als Transitort in den Köpfen verankert ist. Wir wollen herausfinden, was den Menschen hier wichtig wäre.“

YG: „Welche Methoden haben Sie hier gewählt, um die Beteiligung der Bevölkerung zu gewinnen?“

CR: „Bislang haben wir passiv beobachtet. Über den restlichen Sommer wollen wir Interventionen in Form der Sinnesorgane machen und dazu wollen wir die Reaktionen der Bürger*innen einfangen. Ein Beispiel, was wir gern machen wollen, ist das wir in einer Aktion den Quellenplatz vermessen wollen, um die Platzverhältnisse zwischen Autos und Fußgänger darzustellen. In Form von kleinen Sprechblasen könnten dann die Ergebnisse wieder in den öffentlichen Raum zurückgespiegelt werden. Eine reine Befragung wird wenig neue Erkenntnisse liefern. Deshalb stoßen wir jetzt schon einen Prozess zur Wahrnehmungsschärfung an.“

YG: „Welche andere Beteiligungsmethoden sind darüber hinaus in WieNeu+ angedacht?“

CR: „Im Rahmen der Grätzlmarie wird es offene Workshops geben, wo viele Multiplikator*innen eingeladen waren, um mit ihrer Zielgruppe zu kommunizieren. Auch zielgruppenspezifische Workshops sind geplant für beispielsweise Senior*innen und Jugendliche. Eine offene Fragestunde wurde bereits durchgeführt. Ein mobiles Lastenrad mit Infostand soll Leute mit Flyern bestücken, weil wir die Erfahrung gemacht haben, dass auf die Leute direkt zuzugehen oft mehr bringt, als nur einen Infostand zu haben. Auch mit Sprühkreide auf das Projekt aufmerksam zu machen ist angedacht. Bei der Grätzlmarie wollen wir über die schon umgesetzten Projekte das Projekt bewerben, indem wir sie entsprechend kennzeichnen, dass sie von uns gefördert wurden. Davon erhoffen wir uns, Leute zum partizipieren zu ermutigen. Bei uns im Hof der Gebietsbetreuung soll noch ein Kleidertausch stattfinden im September, aber das sind bislang eher kleinere Veranstaltungen, um die Themen für WieNeu+ zu platzieren, damit möglich viele Zielgruppen angesprochen werden. Stadtpaziergänge sind immer sehr beliebt, aber auch da werden nicht alle Zielgruppen angesprochen.“

YG: „*Welches sind den die schwierig erreichbaren Zielgruppen?*“

CR: „Man erreicht primär die, die wissen was die Gebietsbetreuung ist, die grundsätzlich interessiert sind am Stadtgeschehen, die sich für Themen wie „Kunst im öffentlichen Raum“ interessieren. Personen, die dafür kein Interesse, oder schlichtweg nicht die Kapazitäten haben, sich mit sowas auseinander zu setzen oder weil es sprachliche Barrieren oder Hemmungen haben, die erreicht man dadurch weniger.“

YG: „*Wie schätzen Sie die Potentiale dahingehend im 10. Bezirk ein, der bekanntlich recht bunt ist?*“

CR: „Ganz unterschiedlich. Innerfavoriten ist heterogener als man auf den ersten Blick denken mag. Zu uns kommen häufig Menschen mit wohnrechtlichen Fragen. Die haben andere Problem als die Grätzlmarie. Wir haben letztes Jahr ein Projekt gemacht, wo wir uns vorgestellt haben, welche kühlenden Maßnahmen in einem angrenzenden Grätzl möglich wären. Wenn ich knapp über meine Runden komme, noch andere Personen zu versorgen habe und mit meiner Aufenthaltsgenehmigung Probleme habe, dann werde ich eher keine Grätzloase bauen wollen. Das muss man mitdenken, dass es nicht für alle wichtig ist. Wenn ich mir die Eigentümer*innenstrukturen im 10. Bezirk anschau, dann sehe ich immer mehr Finanzfonds. Die haben kein Interesse an Fassadenbegrünung, die haben nur das Weiterkaufen der Immobilie im Kopf. Das sind erschwerende Ausgangsbedingungen für partizipative Prozesse, weil ich mir das in gewisser Weise leisten können muss. Die Grätzlmarie fordert sehr viel Engagement von ihren Teilnehmer*innen ein, im Gegensatz zu einer Umfrage am Quellenplatz und selbst das kann und will das nicht artikulieren.“

YG: „*Es wurde sich explizit gegen eine monetäre Entlohnung für die Jury der Grätzlmarie entschieden, aus Angst das falsche Publikum anzulocken. Was für alternative Anreize sind stattdessen angedacht?*“

CR: „Eine kleine Aufmerksamkeit wie ein Blumenstrauß oder ein Gastrogutschein. Es wurde diskutiert, ob wir ein Sitzungsgeld zahlen. Ich glaube, wir hätten das zahlen können, ich denke nicht, dass wir Schmarotzer angelockt hätten, weil es nicht so viel gewesen wäre. Aber es geht jetzt eher in Richtung netter Anreiz.“

YG: „*Letzte Frage: Welchen Mehrwert erwarten Sie sich durch Partizipation? Was kann Partizipation, was andere Projektverfahren nicht können?*“

CR: „Meine Meinung deckt sich nicht zwangsläufig mit der allgemeinen Meinung, die wir in der Gebietsbetreuung nach außen transportieren. Grundsätzlich bietet so ein Partizipationsverfahren die Möglichkeit, Stimmen und Ideen aus der Bevölkerung aufzunehmen, Probleme wahrzunehmen und sein eigenes Handeln davon leiten zu lassen. Es gibt aber mehrere Probleme, wie beispielsweise die Umgestaltung öffentlicher Räume. Durch die Strategie der Intervention am Quellenplatz versuchen wir dem entgegenzuwirken, dass man nicht nur die offensichtlichen Antworten bekommt, wie „für Fußgänger ist zu wenig Platz.“ Das zweite Problem ist, ob das was da herauskommt, auch wirklich umgesetzt wird. Sowohl auf politischer Ebene als auch bei den ausführenden Behörden.

In Beteiligungsprozesse wird sehr viel Energie und Geld hineingesteckt und es kommen auch immer wieder Ideen, auf die wir nicht gekommen wären, aber die Verhältnismäßigkeit erschließt sich mir nicht immer ganz. Das ist nicht unbedingt ein Problem der Partizipation, sondern der Ausführung., weil Vorschläge oft ausgeschlagen werden von den ausführenden Behörden. Das ist ein Punkt, der meiner Meinung nach nicht groß genug gedacht wird. Es würde sehr wohl viel gehen, man muss mutiger sein und etwas von dem Weg abweichen, den man für Gewöhnlich wählt. Das ist ein altbekanntes Input-Output-Problem in Beteiligungsprozessen, wo ich mir manchmal denke: „Darauf hätten die Stadtplaner auch ohne uns kommen können“. Eine wichtige Rolle spielt die Legitimation, das ist der Hauptgrund, weshalb man das macht.“

YG: „*Also lohnt sich Partizipation?*“

CR: „Ja bestimmt, es machen ja alle (lacht). Ein zentraler Punkt ist denke ich die Legitimation. In Deutschland gibt es in vielen Städten extremen Protest gegen Neuerungen. Ich denke, dass man diesen Blockaden durch Partizipationsprozessen entgegenwirken kann. Dadurch hat man auch Zeit sich zu erklären. Deshalb ist die erste Stufe der Leiter, die Information, auch grundlegend wichtig. Darauf basieren dann die weiteren Schritte. Am Quellenplatz jedenfalls, sind die Leute froh, dass mal was passiert.“

YG: „*Vielen Dank fürs Gespräch, Fr. Römhild.*“